Europa als Geisel S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

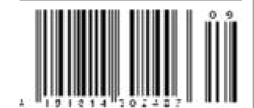
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 9 – 5. März 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Die Mehrheit der Deutschen stand bis zum letzten Moment hinter ihm: Mit Karl-Theodor zu Guttenberg ist ein Hoffnungsträger abgetreten (siehe Seite 3, 8 und 24).

Foto: F1 online

Gefesselt ans »Türkentum«

Erdogan spannt Deutschtürken vor seinen Karren – Berlin fordert Integration

Deutschland ist Ankaras viertgrößter Wahlbezirk, den der türkische Ministerpräsident ohne Rücksicht auf deutsche Interessen pflegt und an sich bindet.

Trotz aller Aufregung über die Düsseldorfer Wahlkampfrede des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan und seiner verfrühten Abreise wegen des Todes seines Mentors Necmettin Erbakan, dem früheren islamistischen Regierungschef, gab Bundeskanzlerin Angela Merkel ihm noch ein Versprechen: Die Bundesregierung wolle prüfen, wie sie die Teilnahme der rund 1,6 Millionen türkischen Wahlberechtigten an der türkischen Parlamentswahl im Sommer erleichtern kann. Deutschland gilt nach Istanbul, Ankara und Izmir als der viertgrößte Wahlbezirk für die türkische Parlamentswahl. Angesichts dieses Umstands erscheinen die Appelle Erdogans an das türkische Nationalgefühl seiner in Deutschland lebenden Landsleute aus deutscher Sicht noch bizarrer.

Das sieht auch der seit 1960 in Deutschland lebende Vural Öger, Gründer von Öger Tours, so: Dass sich selbst die in der dritten Generation in Deutschland lebenden Türken der Türkei sehr nah fühlen, „das ist verständlich, aber in erster Linie müssen sie deutsche Staatsbürger werden. Voraussetzung ist eigentlich, dass sie die deutsche Sprache perfekt können, wenn sie dazu noch Türkisch lernen, dann ist das wunderbar.“ Aber es könne nicht sein, dass Erdogan ihnen nahelegt, dass ihre Kinder, wenn sie in Deutschland geboren sind, erst Türkisch lernen. „Es sind deutsche Kinder“, erregte sich Öger bei Radio Hamburg und sprach damit das aus, was deutschen Politikern offenbar zu absonderlich erscheint, denn nicht umsonst wird immer wieder von linker Seite die doppelte Staatsbürgerschaft als Mittel für eine bessere Integration angemahnt, auch wenn die Betroffenen seit Jahren in Deutschland leben und auch ihre Zukunft hier planen. „Das sind Deutsche, auch wenn sie türkischer Herkunft sind“, so Öger über jene Menschen, die wie er einst die Türkei gen Deutschland verließen, um hier zu bleiben. „Man kann nicht in Deutschland arbeiten und sich irgendwie zu Hause in der Türkei fühlen – das geht natürlich nicht.“

> Vural Öger: »Das sind Deutsche, wenn auch türkischer Herkunft«

Genau das will aber Erdogan, deswegen bietet er seinen Landsleuten auch die erweiterte „Blaue Karte“ an. Diese gewährt ehemaligen türkischen Staatsbürgern aufenthaltsrechtliche und erbrechtliche Privilegien und stellt die Inhaber dieser Karte mit Ausnahme des Wahlrechts mit türkischen Staatsbürgern gleich. Linke Medien wie die „taz“ waren sofort begeistert und feierten die Unterstützung Ankaras bei der Integration von Türken in Deutschland, denn diese „Blaue Karte“ würde die Einbürgerungsmotivation der Türken erhöhen. Zugleich wird sie aber auch die Bindung der eingebürgerten Türken hierzulande an die Heimat ihrer Eltern oder Großeltern zementieren. Zumal Erdogan eine Zugehörigkeit zu seinem Volk mit viel mehr Leidenschaft verkauft, als es ein deutscher Politiker je tun würde. *Rebecca Bellano*

Wilhelm v. Gottberg:

Erdogan zündelt

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan erhielt am Sonntag bei einem Auftritt vor 11000 Landsleuten in Düsseldorf begeisterten Zuspruch. Was er kundtat, verdient die Bewertung „Schmähung Deutschlands und Einmischung in seine inneren Angelegenheiten“. Erdogan sprach von einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit und Islamphobie in Deutschland. Im Hinblick auf eine kritische Betrachtungsweise des Islam in Teilbereichen der Gesellschaft hierzulande griff er verbal zum schweren Säbel: „Islamphobie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit genauso wie Rassismus.“ Dies sagt ein Staatschef, in dessen Land die Christen keine Religionsfreiheit genießen und die nur rudimentär vorhandene christliche Minderheit von Verfolgung und Tod bedroht ist.

Erdogan hatte schon 2008 bei einer Rede in Köln unerträglich polarisiert. Wie damals, so auch jetzt empfahl er seinen Landsleuten die Integration, nicht aber die Assimilation. Assimilation sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. „Ich sage nein zur Assimilation.“ Was Erdogan fordert, ist nichts anderes, als eine türkische „Fünfte Kolonne“ in Deutschland. Dazu sagen wir Nein, ebenso zum türkischen EU-Beitritt.

In einem Interview mit der „Rheinischen Post“ hatte Erdogan zuvor die Haltung der Kanzlerin zum EU-Beitritt der Türkei scharf kritisiert. Die Türkei erwarte, dass Deutschland eine Vorreiterrolle bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einnehme. Den Begriff „Privilegierte Partnerschaft“ der Türkei gegenüber der EU verstehe er als eine Formulierung, die allein für den innenpolitischen Gebrauch gedacht ist. Es wird Zeit, Herrn Erdogan aufzuklären.

Druck zu groß

Guttenberg: Zum Ende eines Hoffnungsträgers

Am Ende wurde der Druck zu mächtig: Die Plagiatsvorwürfe und die Aberkennung seiner Doktorwürde mochte Karl-Theodor zu Guttenberg noch aushalten. Als sich zum Schluss aber immer mehr Parteifreunde von ihm abwendeten, sah er keine Perspektive mehr.

Verblüfft blickten Demoskopen auf die hohen Zustimmungswerte, die der Minister bis zu seiner Demission erreichte. Woher diese Popularität? Dieser Frage wendet sich *PAZ*-Chefredakteur Wilhelm v. Gottberg auf Seite 8 zu und wirft zugleich einen kritischen Blick auf die akademische Welt, die den Politiker mit äußerster Härte verurteilt hat. Werden Deutschlands Wissenschaftler den selbst gestellten Ansprüchen immer gerecht?

> Der Fall wirft eine Reihe von Fragen auf

Auf Seite 3 betrachtet Vera Lengsfeld den nonchalanten Umgang anderer Politiker mit den Schatten ihrer Vergangenheit und entdeckt allerhand zweierlei Maß. Auf Seite 24 schließlich wendet sich Hans Heckel im Wochenrückblick den akademischen Leistungen eines besonders heftigen Guttenberg-Richters zu und wundert sich, womit man alles Doktor werden kann. *PAZ*

Zurück auf die Ausgangslinie?

Parteienstreit um Hartz-IV-Reform noch nicht beigelegt – Neue Verfassungsklage droht

Bundestag und Bundesrat haben grünes Licht für die Hartz-IV-Reform gegeben. Herausgekommen ist indes nur ein Kompromiss, auf den sich die Union, FDP und SPD nach monatelangen Verhandlungen geeinigt haben. Und schon gibt es Zweifel an dessen Verfassungsmäßigkeit.

Der Reformplan sieht eine ab Jahresbeginn rückwirkende Erhöhung des Arbeitslosengeldes II um fünf auf 364 Euro im Monat vor. Vom kommenden Jahr an soll es drei Euro zusätzlich zu der dann anstehenden jährlichen Anpassung an die Entwicklung von Löhnen und Preisen geben. Außerdem soll es für Kinder aus armen Familien Zuschüsse für Vereinsmitgliedschaften und dergleichen geben. Zudem wurden weitere Branchenmindestlöhne und eine bessere Bezahlung von Zeitarbeitern beschlossen.

Mit der Reform setzt die Politik die Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach mehr Transparenz bei der Leistungsberechnung um. Nun sieht es allerdings danach aus, als ob sich die Verfassungshüter bald wieder mit dem Thema beschäftigen müssten. Nicht nur die Partei „Die Linke“, die das Gesetz als „inakzeptabel“ ablehnt, und die Grünen, die aus den Verhandlungen ausgestiegen waren, kündigten bereits den Gang nach Karlsruhe an. In das gleiche Horn stößt Michael Sommer, Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er bezweifelt, dass die Regelsätze den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts genügen. Auch führende SPD-Politiker wie der Parteichef Sigmar Gabriel, die eben noch selbst für die Reform gestimmt haben, melden „erhebliche Zweifel“ daran an, dass die Neuberechnung der Regelsätze verfassungskonform sei. Den von der FDP erhobenen Vorwurf der Prinzipienlosigkeit kontert er damit, seine Partei habe keinen Sinn mehr darin gesehen, noch weiter in den Verhandlungen darüber zu streiten.

> SPD steht nicht zum Kompromiss

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen dagegen weist verfassungsrechtliche Bedenken zurück und erinnert daran, dass die Karlsruher Richter nicht die Höhe der Regelsätze, sondern lediglich die Intransparenz der Berechnung der Leistungen bemängelt hätten.

Statt endlich Rechtssicherheit zu schaffen, eröffnen die Kritiker der Reform, allen voran SPD-Chef Gabriel, nun erneut den politischen und juristischen Streit. Eine grundlegende Reform der Hartz-IV-Regelungen, bei der alle ihre Mängel ein für alle Mal beseitigt werden könnten, scheint dagegen für niemanden ein Thema zu sein (siehe Seite 8). *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

BP will nicht zahlen

Washington – Der britische Öl-Konzern BP hat bei dem zuständigen US-amerikanischen Gericht Einspruch gegen die gegen ihn wegen der Explosion der Bohrplattform „Deepwater Horizon“ gerichteten Schadenersatzklagen eingelegt. Der Richter hatte das Unternehmen zuvor aufgefordert, sich bis Ende Februar zu äußern. In dem Verfahren geht es um die Entschädigung für Tausende Fischer, Tourismusunternehmen und Grundbesitzer. Bei der Ölkatastrophe im April 2010 waren Millionen Liter Erdöl in den Golf von Mexiko geflossen und hatten schwere Umweltschäden verursacht. Unterdessen hat die US-Aufsichtsbehörde das seinerzeit ausgesprochene Moratorium für Tiefseebohrungen in dem Meeresgebiet aufgehoben. Das Unternehmen Noble Energy habe „mit Erfolg unter Beweis gestellt“, dass es die Bohrungen entsprechend den neuen Sicherheitsvorschriften durchführen könne. *J.H.*

Hilfe nur bei Konversion

Khartoum – Angeblich wurde einer Prebyterianerin im Nordsudan die Hilfe der Polizei verweigert, weil sie Christin sei. Dies meldet das überkonfessionelle christliche Missions- und Hilfswerk Open Doors USA. Die 35-jährige Witwe Ikhlas Anglo habe sich nach der Entführung ihrer 15-jährigen Tochter und dem Eingehen einer Lösegeldforderung an die Polizei gewandt. Dort habe man ihr aber mitgeteilt, dass sie erst zum Islam konvertieren müsse, bevor man ihr helfe. Zwar soll die Polizei sich trotzdem des Falles angenommen und die Telefonnummer der Entführer zurückverfolgt haben, doch dies wolle man der Familie gegenüber nicht zugeben. *Bel*

Deutschland soll »aufwachen«

Chefredakteur der auflagenstärksten polnischen Zeitung fordert, dass Berlin in Europa Führung übernimmt

Trotz alter Feindschaft wird die deutsche Führungsschwäche auf EU-Ebene in Polen mit Sorge betrachtet. Alles scheint nur noch um deutsches Geld zu gehen, Visionen für Europa seien nicht mehr erkennbar.

Dass das Verhältnis der Polen zu Deutschland „schwierig“ ist, gehört zu den Konstanten der europäischen Politik. Zum Grundgefühl des östlichen Nachbarn gehört der beunruhigende Eindruck, zwischen zwei Riesen, Deutschland und Russland, gleichsam eingeklemmt zu sein. Dazu gesellt sich das bohrende Empfinden, als große europäische Nation nicht das Gewicht zu entfalten, das Polen eigentlich zustünde.

Vor diesem Hintergrund ist es eine Nachricht von einigem Rang, wenn der Chefredakteur der größten polnischen Zeitung von Deutschland fordert, es möge endlich „aufwachen“, um in Europa die Führung zu übernehmen. Grzegorz Jankowsky, Chef des Massenblattes „Fakt“, beklagt sich in einem Beitrag für die „Welt“ bitter über die Perspektivlosigkeit der europäischen Politik, die mangelnde Qualität des politischen Führungspersonals in den EU-Hauptstädten und das Fehlen jedweder politisch-strategischer Vision.

Zwar gehört „Fakt“ wie die „Welt“ zum deutschen Springer-Verlag. Doch daraus sollten keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Das Blatt verfolgt eine polnisch-nationale Linie und pflegt insbesondere zu den Vertretern der deutschen Heimatvertriebenen ein alles andere als konziliantes Verhältnis.

Jankowsky jedoch treibt die ernste Sorge um, dass ohne ein waches und starkes Deutschland ganz Europa auf die „Rutschbahn“ gerate und seine Länder international zu „zweit- oder drittklassigen politischen Partnern herabgesetzt werden“. „Langsam, aber sicher zerbricht die Europäischen Union – und dies vor unser aller Augen“, warnt der polnische Meinungsbildner.

Die Ursachen für das heraufdämmernde Desaster sind laut Jankowsky vielfältig. Da sei zunächst der breiter werdende Riss zwischen reichen und armen EU-Staaten. Von Deutschland und Frankreich „erzwungen“, drifteten beide Lager immer weiter auseinander. Allerdings leitet der „Fakt“-Chef daraus keineswegs die üblichen Forderungen nach „mehr Solidarität“ der „Reichen“ in Form von noch mehr Subventionen, noch mehr Rettungsschirm-Milliarden und noch mehr Garantien für die „Armen“ ab. Im Gegenteil: Streng geißelt Jankowsky die planlose Freigiebigkeit der Deutschen: „Die Deutschen erkennen nicht – oder wollen nicht wahrhaben –, dass ihre Subventionierung von Spanien, Portugal, Irland, Polen, Tschechien oder Griechenland überhaupt nichts bewirkt. Sie exportieren bares Geld, ohne eine Gegenleistung dafür zu erwarten ... Natürlich sind alle sehr dankbar für dieses Geld. Aber warum, zum Teufel, folgt diesem Geld kein politischer Gedanke, keine Idee, kein Konzept für Europa?“

> »Sie exportieren Geld, ohne Gegenleistung zu erwarten«

Was die „Dankbarkeit“ angeht, so wird die in Deutschland weniger wahrgenommen. Das Fehlen eines zukunftsträchtigen Konzepts für Europa bemängeln indes auch deutsche Beobachter bei ihrer eigenen Regierung.

Grzegorz Jankowsky sieht die Ursache für diese Ziellosigkeit in der „katastrophalen Qualität“ unserer politischen Führungsschichten: „Ergebnis ist die intellektuelle Ohnmacht bei der Schaffung langfristiger politischer Konzepte“, so der Pole. Dazu bremse die „allgegenwärtige politische Korrektheit“. Die Politiker in London, Paris oder Berlin dächten nur noch an die nächsten Wahlen. Ihre Kraft reiche nicht einmal mehr dazu, die bereits von ihren Vorgängern ausgearbeiteten Ziele umzusetzen.

Hier allerdings möchte der Leser fast um ein etwas Gnade bitten für die heutigen Führer Europas: Ihre auch von Jankowsky gepriesenen Vorgänger wie Helmut Kohl haben, siehe Euro, die Wurzeln vieler heutiger Probleme gelegt. Ihre Politik war von dem Wunschdenken geprägt, dass die Eigendynamik der europäischen Integration die meisten Probleme von selbst lösen würde.

Zudem trieb der Argwohn gegenüber einem starken Deutschland dazu, mit der D-Mark einen wesentlichen Stabilitätsanker des gesamten europäischen Wirtschaftsgefüges einzuholen, ohne einen auch nur halbwegs gleichwertigen Ersatz zur Hand zu haben. So sind heutige Politiker dazu verdammt, gegen eine fatale Drift anzukämpfen, die ihre „visionären“ Vorgänger ausgelöst haben.

China werde Europas Platz einnehmen, so prophezeit Jankowsky, auch, weil die „bequemen Deutschen, Briten und Franzosen eben dorthin die Mehrheit ihrer Produktion und Technologie ausgelagert haben“. Hier trifft der „Fakt“-Chef eine Sorge auch vieler Deutscher exakt. Machtlos blicken sie darauf, wie die Chinesen die Früchte jahrzehntelanger Entwicklungen, oft mit viel deutschem Steuergeld subventioniert, einfach abschöpfen.

Beim Ausmachen einer weiteren Bedrohung ist Jankowsky dann wieder ganz und gar Pole: Gegenüber dem „Giganten aus Moskau“ hätten das „vereinsamte Frankreich und Deutschland ... keine Chance“. Gigant? Die wirtschaftliche, technologische, gesellschaftliche wie auch demographische Entwicklung Russlands lassen den Begriff ein wenig übertrieben erscheinen.

Zumal die chinesische Herausforderung Russland noch unmittelbarer treffen könnte als den Rest Europas: Ein Bruchteil des chinesischen Volkes würde ausreichen, um ganz Sibirien zu überschwemmen und, auf welche Weise auch immer, nach und nach an sich zu reißen. Das dürfte die Neigung des Kreml, im Westen eine zweite Front aufzumachen, etwa durch einen „Gaskrieg“ mit Deutschland, in Grenzen halten.

Dass sich der Chef der auflagenstärksten polnischen Zeitung mehr deutsche Führung in Europa wünscht, ist – ungeachtet solcher polnischer Besonderheiten – ein ermutigendes Signal der Normalisierung. Grzegorz Jankowsky dürfte jedoch leider Recht behalten: Rettungslos verhakt im Gezerre um den angeblich „alternativlosen“ Euro hat Berlin weder die Luft noch den Mut oder die Phantasie, die ihm angediente Rolle auszufüllen. *Hans Heckel*



Ohne Wirkung: Die Bereitschaft der deutschen Kanzlerin, bestimmten europäischen Partnern immerfort nachzugeben, sorgt in Warschau für Missfallen. Bild: photoshot

Der dressierte Diskurs

Diskussionsrunden im Fernsehen sind oft dicht an der Manipulation – Ein Erlebnisbericht

Ist es Show oder Realität? Die 100 Zuschauer, die live bei der Talkrunde von „Markus Lanz“ im ZDF dabei sind, merken schnell, dass die Fernsehmacher klare Vorstellungen haben. Auf der Einladung steht: „Bitte tragen Sie farbenfrohe, sportlich-elegante (keine kleinkarierte) Oberbekleidung und keine Kopfbedeckung.“ Verschleierte Muslima oder Ordensschwestern wären bei Markus Lanz also nicht willkommen.

Die längere Wartezeit bis zum Beginn der Aufzeichnung überbrückt ein Animateur. Er erläutert einige Benimmregeln (kein Mitschreiben erlaubt, keine Tonaufzeichnungen); dann bringt er den versammelten Zuschauern das Klatschen bei. „Wenn Markus reinkommt, bitte stark klatschen; wenn er abwinkt, noch stärker weiterklatschen; so, das üben wir jetzt drei Mal.“ Da die Kameras bei den Übungen mitlaufen, hat die Regie schon mehrere Klatsch-Szenen und O-Töne im Kasten. Weil die Sendung erst einen Tag später über den Bildschirm flimmert, besitzen also die Fernsehmacher alle Freiheiten, die Sendung zu schneiden oder auch zu verfälschen.

Während der Aufzeichnung bleibt der Animateur übrigens nicht untätig. Ausgerüstet mit einem verstärkenden Mikrofon, betätigt er sich an passenden Stellen als Claqueur. Er sitzt in der obersten vierten Reihe, außer Sichtweite der Kameras. So kann er das Publikum unmerklich und effektiv steuern.

Das Begrüßungsritual für den 41-jährigen Markus Lanz klappt dementsprechend gut. Um mit dem Publikum warm zu werden, versucht er sich in lockeren Bemerkungen, wirkt aber etwas verkrampft. Er trage einen Sender im Ohr, berichtet er. Er empfange ständig Weisungen von der Regie; man solle sich über seine vermeintlichen Selbstgespräche nicht wundern. Nicht Markus Lanz, sondern die Regie scheint hier also die Zügel fest in der Hand zu haben.

> Die Gästeliste gibt bereits gewünschte Richtung vor

Das merkt man auch bei der Auswahl der „Gäste“. Hier soll es bei der mitternächtlich ausgestrahlten Show im Dienste einer höheren Quote um Komik, Krawall und Katholiken gehen. Das völlige Durcheinander von Werten ist Programm. Zu Gast sind Dschungel-Camper und Alt-Kommunarde Rainer Langhans mit „Haremsdame“, der Komiker Karl Dall, die „Ex-Dschungel-Schlange“ und Kabarettistin Desiree Nick und zwei Katholiken, der homosexuelle Theologe David Berger und die konservative Publizistin Gabriele Kuby.

Sicher ist auf alle Fälle, dass das unsägliche „Dschungel-Camp“ von RTL beim öffentlich-rechtlichen ZDF ein Nachspiel feiern soll. So kann die hohe Quote vielleicht abfärben, hoffen die Fernsehmacher. Wie schon bei „Maybritt Illner“, wo Mathieu Carrière das eklige Dschungelcamp als „Bildungsfernsehen“ und „Offenbarung“ loben darf, ergeht sich nun auch Rainer Langhans über das Dschungelleben. 60 000 Euro habe er für seinen Auftritt kassiert, aber die gezeigte Sendung bei RTL habe nichts mit der wirklichen Situation im Busch zu tun gehabt, kritisiert er freimütig die Regie von RTL.

Karl Dall, der Komiker mit dem Hängeauge, glänzt derweil mit derben Zwischenfragen und selbstironischen Witzen. Die Scherze des 70-jährigen Komikers kreisen fast immer um Sex, Alkohol und sonstige menschliche Schwächen. Geradezu wertkonservativ wirkt er allerdings in dieser Runde, weil er als einziger auf ein immerhin 40-jähriges Eheleben verweisen kann. Der ebenfalls 70-jährige Langhans offenbart mit seinem „Harem“ von vier Frauen andere Vorstellungen. Das sei mehr eine geistige Gemeinschaft; man habe dem Sex schon länger abgeschworen und wohne zudem in getrennten Wohnungen, berichtet die „Haremsdame“.

Der katholischen Publizistin Gabriele Kuby ist in dieser Sendung als einziger vorbehalten, eine konservative Moral zu vertreten. Ausdrücklich lehnte es die Regie im Vorfeld ab, eine zweite Person von konservativem Kaliber in die Sendung einzuladen. So befindet sich Kuby als „Moralapostel“ auf völlig verlorenem Posten. Unterbrochen vom Gejohle des Publikums, höhnischen Kommentaren von Desiree Nick, dem gesteuerten Klatschen des Publikums kommt sie nur mühsam zu Wort. Das ist ganz im Sinne der Regie, die zugleich Berger und Nick ausführlich Gelegenheit gibt, für ihre neu erschienenen Bücher kostenlose Werbung im ZDF zu machen. *Hinrich E. Bues*

Teures Politikum

Deutschlands Versicherer reagierten mit Empörung auf das Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH), der sie nach Prüfungsauftrag eines belgischen Gerichts verpflichtet, bis Ende 2012 Unisex-Tarife anzubieten. Bisher zahlten Frauen grundsätzlich weniger bei der Kfz-Versicherung, weil sie statistisch gesehen weniger Unfälle bauen als Männer. Dafür zahlten Männer weniger für eine Renten- und Krankenversicherung, da sie statistisch gesehen früher sterben. Doch die Richter des EuGH beriefen sich auf den Gleichbehandlungsgrundsatz: Dieser bedeute im Falle der Rentenversicherung nun für Männer, dass sie dann „die höheren Frauentarife bezahlen“, vermutet Dietmar Pfeifer, Mathematiker an der Uni Oldenburg.

> EuGH drängt auf Gleichbehandlung

Bei der Riester-Rente ist das seit 2006 so. Doch der Umstand, dass Männer jetzt rund sieben Prozent mehr zahlen, hat dem Geschäftsmodell nicht geschadet. Die Frage, ob es für die Betroffenen gerecht ist, dass unterschiedliche vorhandene Risiken zugunsten der ideologisch behafteten Geschlechterfrage ignoriert werden dürfen, hat den EuGH nicht beschäftigt. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Arbeitsmarkt macht Freude

Während andere EU-Länder noch mitten in der Krise stecken, vermeldet Deutschland immer mehr positive Rekordmeldungen. Bereits im Januar lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit 3,35 Millionen so niedrig, dass es sich um den geringsten Januar-Wert seit 1992 handelte. Im Februar sah es nun ähnlich aus. Auch erreichte die Zahl der Erwerbstätigen erstmals seit der Wiedervereinigung in einem Januar die 40-Millionen-Marke. Und es wird vermutlich vorerst so weiter gehen, denn das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verzeichnete im vierten Quartal 2010 996 200 offenen Stellen, was 25 Prozent mehr als im vierten Quartal 2009 und 22 Prozent mehr als im dritten Quartal 2010 entspricht. Auf Westdeutschland entfielen insgesamt rund 850 000 offene Stellen, auf knapp 150 000 im Osten. Allerdings gibt es einen Wermutstropfen: Immer mehr Stellen sind befristet. *Bel*

1.937.723.786.084 €

Vorwoche: 1.936.336.912.037 €
Verschuldung pro Kopf: 23 718 €
Vorwoche: 23 701 €

(Dienstag, 1. März 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Aristokraten an die Laternen!«

Von VERA LENGSFELD

Zwei Wochen lang hatte die Hauptstadt, wie das ganze Land, ein Thema: die getürkte Doktorarbeit unseres mittlerweile zurückgetretenen Verteidigungsministers. Medien und Opposition machten in einem Ausmaß mobil, als gelte es, die westliche Welt und ihre Werte vor dem Untergang zu bewahren.

Nein, ich verteidige zu Guttenberg nicht. Ich habe kein Verständnis für seine maßlose Selbstüberschätzung zu glauben, er könne eine wissenschaftliche Arbeit nebenbei erstellen. Was mich an der Debatte stört, ist die Doppelmoral der Kritiker des Doktors a.D. in Politik und Medien.

Wir hatten einen grünen Außenminister, der nach Veröffentlichung eines Videos, das ihn als Polizisten-Schläger entlarvte, nach einer formalen Entschuldigung im Amt bleiben konnte. Der danach problemlos eine Visa-Affäre überstand, weil er im Bundestagsuntersuchungsausschuss beharrlich leugnete, von den Anweisungen seines Staatsekretärs gewusst zu haben. Die Medien ließen Fischer das durchgehen, obwohl sein Leugnen so offensichtlich war, wie es jetzt bei zu Guttenberg behauptet wird.

Wir haben einen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, der nach den linksradikalen Krawallen in Dresden die Polizei verurteilte, weil sie ihrem verfassungsgemäßen Auftrag, das gerichtlich verfügte Versammlungsrecht durchzusetzen, nachgekommen war. Derselbe Thierse hatte vorher zu „zivilem Ungehorsam“ gegenüber der richterlichen Verfügung aufgerufen und so den Extremisten, die mit Steinen und Glasflaschen gegen die Beamten vorgingen und viele verletzten, Legitimität verliehen.

Wir haben eine Parteivorsitzende der Linken Lötzsch, die an einer linksextremistischen Veranstaltung teilgenommen hat, bei der zur Gewalt gegen Bundeswehreinrichtungen aufgerufen wurde.

Wir haben einen SPD-Vorsitzenden Gabriel, der wenige Stunden, nachdem seine Partei im Bundestag und Bundesrat die Hartz-VI-Novelle mitbeschlossen hat, seine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes äußerte und damit kundtat, dass seine Partei ihre Verhandlungspartner getäuscht hat.

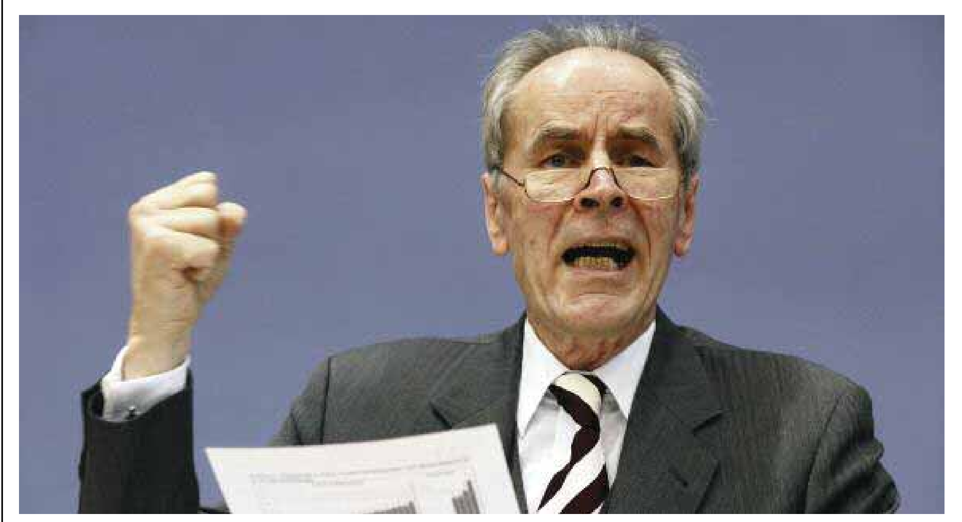
Schweigen im deutschen Blätterwald.

Zu Guttenberg soll unbedingt fallen, weil seine Causa das Medien-Meinungskartell in Frage stellt, das bis vor kurzem die absolute Macht hatte. Die bisher schweigende Mehrheit hat entdeckt, dass sie eine Stimme hat. Trotz publizistischen Dauerfeuers ist zu Guttenberg immer noch der beliebteste Politiker Deutschlands.

Doch die Kampagne zeigt Wirkung. Bei einer Demo vor dem Verteidigungsministerium wurde gefordert: Aristokraten an die Laternen. Wehe, wenn das Wort zur materiellen Gewalt wird!

Sicherheit kaputtgespart

Kriminologe Pfeiffer attackiert Berliner Senat: Jugendgewalt steigt bedrohlich an



„Mickrige 60 Prozent“: Der SPD-nahe Kriminologe Christian Pfeiffer lässt kein gutes Haar an der Inneren Sicherheit im rot-roten Berlin.

Bild: action press

Nach dem Überfall von vier jungen Immigranten auf einen Maler in Berlins U-Bahn-Station Lichtenberg streiten Experten über die Hintergründe. Berlins Polizei habe den Vorfall „bewusst heruntergespielt“, attackiert der Kriminologe Christian Pfeiffer den rot-roten Senat.

Die Kritik am Sparen bei der Inneren Sicherheit der Hauptstadt kommt aus den eigenen Reihen. Pfeiffer steht als Ex-Justizminister eines SPD-Kabinetts und Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) nicht im Verdacht, linksliberale Positionen aufzugeben. Wie das offizielle Berlin setzt auch er auf „Prävention“, statt mehr Mittel für Fahndung und Ahndung zu fordern.

Jugendgewalt gehört zu den bevorzugten Themen des KFN. Lange spielte die viel beachtete Institution Gefahren, die von nicht integrierten Zuwanderern ausgehen, herunter und empfahl nur allgemein vorbeugende Maßnahmen. Berlins Politik wie Polizei weisen gern auf eigene Vorbeugungserfolge hin – soweit die Übereinstimmungen. Jetzt legt Pfeiffer sich mit Berlins Senat an: Die Aufklärungsquote bei Gewalttaten liege mit „mickrigen 60 Prozent“ unter dem Bundesschnitt von 75 Prozent. Er sieht die Verantwortung klar verteilt: „Die Polizei mag nicht, dass man auf die Misere der Stadt sieht.“ Die Misere der Stadt ist ihre Armut. Die zwingt vermeintlich zum allseitigen Sparen – ein Fehler, so Pfeiffer. Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch erwidert, Pfeiffer gehe „in einer so unqualifizierten Weise, wie ich es bisher noch nie bei einem Wissenschaftler erlebt habe“ vor. Glietsch macht darauf aufmerksam, wie wenig die Stadt in Sachen Aufklärung von „Rohheitstaten“ hinter Hamburg oder Bremen liege. 76 Prozent dieser Delikte würden aufgeklärt. Er weist jedoch ebenso darauf hin, „dass Berlin bei Jugendgewaltdelikten einen Spitzenplatz in der Kriminalstatistik einnimmt“ – seit Jahren.

Glietsch ist verantwortlich für ein neues Arbeitszeitmodell, das seit Anfang Januar zu Verzögerungen beim Notruf führt. Die Bürger müssen seither länger ausharren, bis Hilfe von der Notrufzentrale kommt. „Diese Wartezeiten werden nicht durch die Polizisten dort verursacht“, erklärt die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG), sondern durch das „gesundheitsschädigende Arbeitszeitmodell“. Der Krankenstand liege bei bis zu 50 Prozent, weniger qualifizierte Kollegen müssten aushelfen.

> Debatte verkommt zum reinen Statistikstreit

Zur 200-Jahr-Feier der Berliner Polizei 2009 blockte Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) Forderungen nach mehr Gehalt für Beamte mit der süffisanten Bemerkung ab, dies werde vielleicht innerhalb der nächsten 200 Jahre geschehen.

Im Berliner Jugendstrafvollzug sind die Folgen von Personaleinsparungen unübersehbar: Selbst Staatsanwälte beklagen sich, das Land unternehme nichts gegen die Gewalt im Knast. Draußen vergeht derweil kaum ein Wochenende ohne brutale Überfälle junger Täter. Sie erfolgen zunehmend aus dem Schutz der Gruppe heraus.

Der Streit um die richtige Politik droht an der Spree zum reinen Statistikwettkampf zu verkommen. Im Frühjahr legt Glietsch die Zahlen für 2010 vor – um sich im Mai in den Ruhestand zu verabschieden. Doch schon die offiziellen Daten für 2009 hatten für Verwirrung gesorgt – gab es nun weniger Morde oder mehr? Berlins Politik wehrt sich bis in die Statistik gegen den Vorwurf, eine verarmte Gewalthauptstadt hervorzubringen. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) ist bemüht, die Mängel schönzureden: „Nach dem Fall in Lichtenberg ist die Wahrnehmung anders“, nur die gefühlte Gewalt habe zugenommen, die reale aber nicht. Aus seinem Hause verlautet: „Die Jugendgruppengewalt ist in Berlin rückläufig.“ Laut der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) ist nur bei 0,003 Prozent der Fahrten Gewalt gegen Fahrgäste verzeichnet worden. BVG-Sprecherin Petra Reetz: „Die Anzahl der Übergriffe nimmt ab. Aber was wir erschrocken zur Kenntnis nehmen, ist die Bereitschaft, jemanden ernsthaft zu verletzten.“

Auch Glietsch verzeichnet weniger Straftaten von Jugendbanden: 2010 sogar 20 Prozent weniger als 2009. Ein Großteil des Rückgangs liegt aber im Feld der Sachbeschädigung. „Doch auch wenn man das außen vor lässt, wurden sieben bis acht Prozent weniger Straftaten der Jugendgruppengewalt registriert. Das gilt insbesondere für Raub- und Körperverletzungsdelikte“, so Glietsch.

Den Rückgang schreibt er dem Intensivtäterprogramm zu, ein Erbe der verstorbenen Jugendrichterin Kirsten Heisig, das sie gegen rot-rote Widerstände vorantrieb.

Indes: Die positive Rechnung beruht im Wesentlichen darauf, dass es – Geburtenrückgang – immer weniger junge Menschen in Berlin gibt. Für Glietsch ist das aber nur ein Randaspekt. Zum anderen gibt die Statistik nicht die Erfahrungen Berliner Richter wieder, die von steigender Brutalität junger Täter berichten. Drittens nimmt vor allem die Schulgewalt deutlich zu, auch in offiziellen Erhebungen.

Signifikant gestiegen ist schließlich die Zahl sehr junger Tatverdächtiger. Schon 2009 fielen 2,6 Prozent mehr Kinder entsprechend auf als 2008. Gerade der nach Einschätzung von Insidern überproportional hohe Anteil junger Immigranten bei den Straftaten wird statistisch nicht sauber erfasst, wie das offizielle Datenwerk für 2009 einräumt. Die Erfolge von Vorbeugung sind fraglich, wenn auf Taten keine angemessenen Strafen folgen, sagen Kenner der Szene. Pfeiffers Vorwurf, Berlin „verwalte“ Jugendgewalt lediglich, erhält von ihnen neue Nahrung. *SV*

CDU soll Kreuz abhängen

Potsdam: Linkspolitiker gegen Kruzifix im Fraktionssaal der Union

Peer Jürgens, Abgeordneter der Linkspartei, sorgt im Brandenburger Landtag für Wirbel. Der hochschulpolitische Sprecher seiner Fraktion will, dass das einzige im Landtag vorhandene christliche Symbol abgehängt wird. Anlass seiner Forderung ist ein Kruzifix in den Räumen der CDU-Fraktion: Wenn öffentliche Sitzungen in diesen Räumen stattfänden, müsse das Kreuz entfernt werden, so Jürgens.

Aufgrund der Raumnot im provisorischen Landtagsbau sind „Fremdbelegungen“ von Fraktionssälen keine Seltenheit. Bisher hat an dem christlichen Symbol allerdings niemand Anstoß genommen. Doch Linksparteiler Jürgens fühlt sich in seinen Persönlichkeitsrechten beeinträchtigt und dringt nun auf eine grundsätzliche Klärung. Eine Sitzung in dem Raum endete bereits im Eklat, nachdem Jürgens gedroht hatte, dass er eine weitere Sitzung unter dem Kruzifix nicht mehr akzeptieren werde.

Nach Ansicht des Abgeordneten wird mit dem Kreuz gegen das Neutralitätsgebot des Staates verstoßen. Mit seiner Forderung steht der Linke-Abgeordnete indes weitgehend allein – nicht einmal innerhalb der eigenen Fraktion findet er uneingeschränkte Zustimmung. Die CDU sieht in der Aktion eine Form von „Bilderstürmerei“ und kann sich auf die Hausordnung des Landtags berufen, die lediglich vorschreibt, dass keine Parteienwerbung gezeigt werden darf. Auch die Vertreter anderer Fraktionen haben kaum Verständnis für die Forderung des Abgeordneten Jürgens.

> Das Symbol verstoße gegen die Neutralitätspflicht

Parlamentspräsident Gunther Fritsch (SPD) mahnt Toleranz an, den entbrannten Streit hält er für entbehrlich. Fritschs Partei plagen denn auch ganz andere Sorgen: Der rot-roten Koalition könnte der Rücktritt des ersten von der Linken gestellten Finanzministers in Deutschland ins Haus stehen. Das von Helmuth Markov geführte Finanzministerium steht zurzeit unter massivem Druck. Bereits seit September 2010 sind 42 Millionen Euro EU-Fördermittel wegen fehlerhafter Abrechnungen in Brüssel blockiert – das Parlament von dem Vorfall zu informieren, hielt Markov monatelang nicht für notwendig. Noch mehr Brisanz entfalten überdies jüngst aufgetauchte Meldungen über Immobilienverkäufe in der Potsdamer Innenstadt, die weit unter Wert erfolgt sein sollen. Dem ohnehin von Rücktritten geplagten Kabinett von Matthias Platzeck könnte die nächste Demission ins Haus stehen. *Norman Hanert*

Private Eintreiber geplant

Berliner Bezirk will Außenstände von Bürgern »verkaufen«

Die Verwaltung des Berliner Bezirks Hellersdorf-Marzahn hat sich mit dem Vorhaben, ältere Außenstände des Bezirks bei zahlungssäumigen Bürgern an private Inkassounternehmen zu verkaufen, heftige Kritik zugezogen. Der zuständige Finanzstadtrat Stefan Komoß (SPD) verspricht sich einen Geldsegen für den klammen Bezirk: „Wir haben 13 Millionen Euro Außenstände.“ Darunter sind Forderungen wie Mieten oder Pacht, Unterhaltsrückstände von Vätern oder Hortgebühren, die nun von privaten Eintreibern eingezogen werden sollen. Komoß hofft in den kommenden Jahren auf zusätzliche sieben Millionen Euro.

Üblicherweise schreibt das Bezirksamt eine Rechnung, mahnt und beauftragt schließlich einen Gerichtsvollzieher. Wolfgang Spitz, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU), freut sich erkennbar über die neuen Klienten und spottet über die öffentliche Hand: „Ihr Forderungsmanagement ist verbesserungswürdig.“

Von anderer Seite wird der „Verkauf“ der Forderungen hingegen scharf kritisiert. Wer bereits eine eidesstattliche Erklärung abgegeben habe und gelegentlich Besuch vom Gerichtsvollzieher erhalte, bei dem könne eigentlich auf legalem Weg nichts mehr zu holen sein, heißt es. Ein Gerichtsvollzieher, der namentlich nicht genannt werden will, erklärte gegenüber der *PAZ*, dass ihm ein Fall bekannt geworden sei, wo private Inkasso-Unternehmen sich „Methoden“ bedient hätten, die er ablehne. Erfahrungen aus Baden-Württemberg und Hamburg zeigten zudem, dass sich die „Erfolge“ in Grenzen hielten. Dort ließen sich durch private Inkasso-Unternehmen zwischen 1,6 bis zwölf Prozent der Forderungen eintreiben.

> Gerichtsvollzieher: »Methoden, die ich ablehne«

Monika Thiemen, Bürgermeisterin von Wilmersdorf-Charlottenburg (SPD): „Sensible Daten gehören nicht in private Hände.“ Auch Reinickendorfs Bürgermeister Frank Balzer (CDU) weist das Vorhaben zurück: „Wenn das Bezirksamt bei der Eintreibung der Forderung durch den Gerichtsvollzieher nicht erfolgreich ist, stellt sich die Frage, warum private Firmen erfolgreicher sein sollen, wenn sie sich an die rechtlichen Rahmenbedingungen halten.“ Heinz Buschkowsky, der populäre Bürgermeister des sozialen Problembezirks Neukölln, und sein Kollege Ekkehard Band aus Schöneberg-Tempelhof (beide SPD) sprachen sich ebenso gegen die neue Praxis in Hellersdorf-Marzahn aus. *Hans Lody*

Araber ist nicht gleich Araber

Warum die Unruhen in arabischen Ländern so unterschiedliche Formen annehmen

Die Beispielwirkung der Ereignisse in Tunesien hat, vor allem weil man sie dank moderner Technik überall in Echtzeit miterleben konnte, tatsächlich zu dem vielfach vermuteten „Domino-Effekt“ geführt – wenngleich nicht in „logischer“ Reihenfolge. Denn die Einwohner Bahreins und Libyens nagen ja keineswegs am Hungertuch.

Dass die Unruhen in den arabischen Ländern so unterschiedlich abliefen, besonders dass es in Libyen zu derartigem Blutvergießen kam, hat sicher mit unterschiedlichen Reaktionen der Machthaber zu tun – von „Bestechung“ in Form von Geldgeschenken, Gehaltserhöhungen und Subventionen bis hin zu Gewalt unterschiedlichen Grades. Extremfall war bisher Libyen, wo Muammar Abu al-Gaddafi sogar Militär und ausländische Söldner mit schweren Waffen gegen die Bevölkerung einsetzte. Was zeigt, wie sehr man selber zur Eskalation beitragen kann. Aufhetzung von außen spielte offensichtlich keine Rolle, auch wenn sie immer gerne geargwöhnt wird, zuletzt von Gaddafi, der Osama bin Laden und Al-Kaida als Schuldige auszumachen glaubte.

Unterschiede gibt es aber auch in den Voraussetzungen für Unruhen. Ausschlaggebend sind weniger die in Zahlen messbaren materiellen Verhältnissen als der praktisch unmessbare Grad des subjektiven Empfindens von Ausbeutung und Unterdrückung. Die Frustration ist umso stärker, je deutlicher der Kontrast zwischen Volk und Machthabern sichtbar wird, und auch hier war Gaddafi ein Extremfall. Von psychiatrischen Diagnosen, namentlich von solchen aus der Ferne, ist zwar nicht viel zu halten, doch auch der Laie konnte aus Gaddafis Allüren, ja schon allein aus seiner Kostümierungssucht auf gewisse Störungen schließen.

Volkscharakter der Ägypter ganz anders als der der Libyer

Darüber hinaus gibt es einen weiteren Faktor, den man plakativ Nationalcharakter nennen kann und der – weil nicht ins Konzept der „political correctness“ passend – gerne unterschätzt wird. Die Bewohner der „arabischen Länder“ haben nämlich wesentlich weniger Gemeinsamkeiten, als aus den Wunschträumen panarabischer Ideologen zu schließen wäre. Wie unterschiedlich der Volkscharakter sein kann, der ja durch Herkunft, durch geschichtliche Erfahrungen einschließlich der Religion und durch geographische Gegebenheiten geprägt ist, wird beim Vergleich Libyens mit seinen Nachbarn Ägypten und Tunesien besonders deutlich.

Ägypten ist seit der Reichsgründung durch den ersten Pharao vor 5000 Jahren eine Nation, woran auch die von diversen Eroberern hinterlassenen genetischen Spuren nichts geändert haben. Die Menschen waren durch das Zusammenleben auf engstem Raum seit jeher zu Zusammenarbeit und weitgehend gewaltfreien Methoden der Konfliktbewältigung gezwungen.

Die Länder des Maghreb sind seit Urzeiten von – später größtenteils arabisierten – Berbern bewohnt, bei denen Stammeszugehörigkeit bis heute eine Rolle spielt, am meisten in Libyen und am wenigsten in Tunesien und Algerien. Im Gebiet Tunesiens herrschten seit dem frühen Mittelalter lokale Dynastien, zeitweise unter osmanischer und später französischer Oberhoheit, unter der auch die heutigen Staatsgrenzen gezogen wurden.

Libyen hingegen wurde erst nach der italienischen Okkupation ab 1912 eine Verwaltungseinheit und erst 1951 dank der Westalliierten ein Königreich, in dem die klassischen Landesteile Kyrenaika, Tripolitanien und Fezzan vereint waren. Die Bewohner der Kyrenaika hatten einst erbitterten Widerstand gegen die Italiener geleistet und waren nun auch die ersten im Aufstand. Bezeichnend ist auch, dass sie prompt wieder die Fahne des Königreichs hissten – denn der 1969 von Gaddafi gestürzte König Idris war einer der ihren.

Richard G. Kerschhofer



Unterschiedliche Ursprünge: Ägypten vereint riesige Großstädte mit einer jahrtausendealten verbindenden Kultur. Bild: Agentur Bischoff

Gaddafis Sippe

Dass die Kinder von Despoten nicht unbedingt zu Tugendbolden heranwachsen, ist altbekannt. Wohlwollende sagen, Muammar Abu al-Gaddafi wollte seine Söhne erziehen, indem er ihnen Teile der libyschen Wirtschaft als Spielwiese überließ – womit er aber wesentlich zum nun explodierten Unmut der Bevölkerung beitrug. So etwa gehörten dem Ältesten, dem 40-jährigen Muhammad, alle Telekommunikations-Unternehmen des Landes. In Europa gut bekannt ist Saif-ul-Islam, der in Wien und London studierte, mit Jörg Haider befreundet war und in den höchsten Kreisen Londons verkehrte. Sein Auftreten und seine Äußerungen ließen ihn als Reformer und Hoffnungsträger erscheinen. Dass er sich in der jetzigen Krise ganz als „Hardliner“ entpuppte, hat daher

Gewalttäter, Kriminelle und Fußballer

allgemein überrascht und enttäuscht.

Der jüngere Saadi versuchte sich als Profi-Fußballer in Italien und war – dank massiver Spenden des Herrn Papa – kurzzeitig im Kader eines italienischen Klubs. Er wurde Präsident des libyschen Fußballverbands und „machte“ in Öl- und Filmindustrie. Hannibal und Saif-al-Arab wurden beide durch gewalttätige Ausfälle gegen Partnerinnen oder Bedienstete im Ausland bekannt. Die Schweiz hat Hannibal sogar inhaftiert, aber auf Druck Gaddafis wieder freigelassen. Die Affäre führte zur Geiselhaft zweier Schweizer Geschäftsleute in Tripolis und zu einer Demütigung der Schweiz.

Die Söhne Khamis und Mutasim-Billah waren beide in der Armee – als Brigadier und Oberstleutnant. Mutasim soll einen Putsch versucht haben, wurde aber vom Papa wieder in Gnaden aufgenommen. Tochter Aischa schließlich ist Anwältin und zählte zum Verteidiger-Team von Gaddafis Ex-Kollegen Saddam Hussein. *RGK*

Zeitzeugen



Muammar Al-Gaddafi – Der 1942 als Angehöriger des Gaddafa-Stammes, eines der kleineren Stämme des Landes, Geborene absolvierte seine Offiziersausbildung in Großbritannien. Ganz nach dem Muster seines Idols Gamal Abd-el-Nasser gründete er als Oberst einen „Bund freier Offiziere“ und stürzte 1969 König Idris I. In seinem „Grünen Buch“ propagierte er 1975 einen „islamischen Sozialismus“ mit panarabischen Ansprüchen. Er machte Libyen zu einer „Basisdemokratie“, behielt aber als „Revolutionsführer“ auch ohne offizielles Amt die unumschränkte Herrschaft im Lande.



Benito Mussolini – Als das Königreich Italien 1911 den Krieg mit der Türkei begann, um dieser das spätere Libyen abzunehmen, trat Mussolini, damals als Wortführer der Sozialistischen Partei Italiens, massiv gegen diesen Krieg auf und rief sogar zu Generalstreik und Barrikadenkampf auf. Nach seiner Machtergreifung, nun als Führer der Faschisten, setzte er sich hingegen massiv für die Ausweitung des italienischen Kolonialreiches und für die Ansiedlung italienischer Kolonisten in Libyen ein.

Sidi Muhammad ibn Ali al-Senussi – Der 1787 in Algerien Geborene, ein „Scharif“, wie die Nachkommen des Propheten Mohammed heißen, studierte in Fez, predigte in Tunesien und Tripolis einen puritanisch reformierten Islam und gewann Anhänger. Später studierte er an der Kairoer Al-Azhar-Universität und gründete 1837 in Mekka die Senussi-Bruderschaft, die sich in Libyen und den Nachbarländern ausbreitete. Als Hauptquartier wählte er Jaghbub in der Kyrenaika, wo er eine Moschee und eine Universität errichtete, die Al-Azhar Konkurrenz machte. Die Moschee wurde 1984 von Gaddafi geschlossen, wobei auch die Gräber der Senussi-Familie entweiht wurden.



Sidi Muhammad Idris al-Mahdi al-Senussi – Er wurde 1890 als Enkel des Gründers des Senussi-Ordens geboren. Nach dem Tod seines Vaters wurde er 1916 Oberhaupt des Ordens, ging aber wegen Mussolinis Politik nach Ägypten ins Exil. Er unterstützte die Alliierten gegen die Achsenmächte, wurde 1949 Emir der Kyrenaika und 1951 als Idris I. König des unabhängigen Libyen. Die ab 1962 fließenden Erdölgelder wurden zwar in Infrastruktur investiert, dennoch nahm auch die Mißwirtschaft zu und führte zu seinem Sturz 1969.

Junger Staat, alte Probleme

Libyen: Spielball fremder Mächte und lokaler Despoten

Als Italien 1934 den eroberten Gebieten Nordafrikas den Namen Libia gab, wurde – wohl auch zur Unterstreichung von Mussolinis Ambitionen – auf die altgriechische Bezeichnung zurückgegriffen, die sich einst auf das gesamte Nordafrika westlich von Ägypten bezog. Urkundlich erwähnt werden libysche Berber-Stämme aber bereits im 3. Jahrtausend v. Chr. in Ägypten, das mit ihnen wiederholt Probleme hatte und in der Spätzeit sogar zeitweise von einer libyschen Dynastie beherrscht wurde.

Ab dem 7. Jahrhundert v. Chr. wurden an der afrikanischen Mittelmeerküste griechische und phönizische Kolonien gegründet, so etwa Kyrene. Die danach benannte Region Kyrenaika kam später unter die Herrschaft Alexanders des Großen und der Ptolemäer. Auch zur Römerzeit waren die Kyrenaika und Tripolitanien Teile zweier Provinzen und nach der Teilung in Ost- und Westrom sogar verschiedener Reiche.

Die arabisch-muslimische Eroberung erfasste 644 die Kyrenaika und 647 Tripolitanien. Um 1050 zerstörten arabische Beduinenstämme die Reste römischer Zivilisation, und Nomadentum wurde auch zur Wirtschaftsform der arabisierten Berber. Beherrscht wurde Tripolitanien von wechselnden Dynastien aus dem Westen, während die Kyrenaika in der Regel von Ägypten aus regiert wurde. Gaddafis „Warnungen“ vor einer Spaltung Libyens sind also keine reinen Hirngespinste.

Siedler, arabische Beduinen, Piraten und Kolonialherren

Im Spätmittelalter wurde Tripolis zu einem Piratenstützpunkt, was europäische Seemächte wiederholt zur Intervention veranlasste. Unter der osmanischen Herrschaft ab 1551 konnten sich immer wieder lokale Paschas de facto selbständig machen und zur Piraterie greifen. Als 1801 der Pascha von Tripolis den USA den Krieg erklärte, weil diese nicht den von ihm geforderten Tribut zahlen wollten, wurde Tripolis 1804 von einem US-Geschwader beschlossen.

Bei der italienischen Eroberung 1912 wurden erstmals Giftgas und Flugzeuge eingesetzt. Beduinenstämme in Tripolitanien und die Senussi-Bruderschaft in der Kyrenaika leisteten erbitterten Widerstand, der erst mit der Hinrichtung des legendären Umar al-Muchtar 1931 gebrochen wurde. Die italienische Herrschaft ging aber 1943 mit der Kapitulation der Achsenmächte in Nordafrika wieder zu Ende. In der Besatzungszeit verwalteten die USA Tripolitanien, Großbritannien die Kyrenaika und Frankreich Fezzan. Die italienischen Siedler wurden „rückgesiedelt“.

Die Vereinten Nationen entschieden sich 1949 für die Unabhängigkeit Libyens, die 1951 verwirklicht wurde. Idris I., Oberhaupt der Senussi-Bruderschaft und Emir der Kyrenaika, wurde König. Er führte zwar Reformen und Infrastruktur-Projekte durch, die zum Teil noch aus der Kolonialzeit stammten. Aber Misswirtschaft und Korruption griffen dennoch um sich. Das war der Grund, warum der „Bund freier Offiziere“ unter dem damals 27-jährigen Oberst Gaddafi den König, der sich gerade in der Türkei aufhielt, absetzte und die Monarchie abschaffte. *RGK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6824**

Und keiner geht hin

In Sachsen-Anhalt herrscht Landtagswahlkampf, doch das interessiert selbst die Landeskinder wenig

Am 20. März wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Das Bundesland steht an einem politischen Wendepunkt. Denn bei der Wahl geht es um die Fortführung der schwarz-roten Koalition oder den Beginn einer im Land erstmaligen rot-roten Koalition.

Die Entscheidung, wie es in dem Bundesland zwischen Harz, Elbe und Saale weitergeht, ist so ungewiss wie der derzeitige Frühlingsbeginn. Wenn am 20. März die Wähler aufgerufen sind, einen neuen Landtag zu wählen, haben sie die Möglichkeit, zwischen 13 Parteien auszuwählen. Jegliche Couleur ist vertreten: die Großen, also CDU, SPD, FDP, Linke und Grüne, Parteien, die in Kreistagen Erfahrungen haben, wie beispielsweise die Tierschutzpartei; auch Parteien, die am politischen Farbrand stehen wie die NPD oder die MLPD. Und solche, die auf große Erfolge hoffen, wie die Piratenpartei oder die Sarrazistische Partei. Die Anzahl der Parteien ist zwar geringer als bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2006. Das Interesse an der Landespolitik allerdings auch. Das lässt auf eine noch niedrige Wahlbeteiligung der 2,3 Millionen Sachsen-Anhalter schließen als sonst. Vor fünf Jahren lag sie bei gerade mal 44 Prozent.

Welche Konstellationen sind denkbar? Favorit ist – wenn man den Worten der CDU und auch der SPD Glauben schenken darf – die Weiterführung der Großen Koalition. Noch-Ministerpräsident Wolfgang Böhmer sagt dazu: „Für das Land wäre es das Beste, wenn die jetzige Koalition weitergeführt würde.“ Denn in der Wirtschaftspolitik hat sich die schwarzrote Regierung in den letzten fünf Jahren als erfolgreich erwiesen. Dazu gehört der Verkauf des Flughafens Cochstedt bei Aschersleben, die Rückholung abgewanderter Sachsen-Anhalter und der Ausbau der erfolgreichen Branchen Windenergie und Chemieindustrie. Für die Weiterführung dieses Kurses steht sowohl personell als auch politisch Reiner Haseloff. Denn er hat als Wirtschaftsminister die Erfolge unter anderem herbeigeführt. Und als Spitzenkandidat der CDU möchte er in die Staatskanzlei einziehen. Die jüngste MDR-Umfrage gibt ihm Aufwind. Die CDU würde mit 32 Prozent die meisten Stimmen erhalten, die SPD 23 Prozent. Die Linke 26 Prozent.

Und das zeigt die zweite mögliche politische Konstellation an: eine rot-rote Landesregierung in Magdeburg. Das wäre für Sachsen-Anhalt das erste Mal, dass die Linke direkt an der Regierung beteiligt wäre. Allerdings nicht das erste Mal, dass die Linke – die Nachfolger der SED – regierungswichtige Aufgaben inne hätte. Denn 1994 gab es unter Reinhard Höppner (SPD) eine Minderheitsregierung unter der Tolerierung der damaligen PDS. Wulf Gallert, der Fraktionschef der Linken, rechnet mit einer Mehrheit der Linken und strebt bei einer rot-roten Koalition den Posten des Ministerpräsidenten an. Sollte die SPD mehr Prozente als die Linke erreichen, will sie in einem rot-roten Bund den Ministerpräsidenten stellen. Dieser würde dann Jens Bullerjahn heißen – der Spitzenkandidat der SPD. Die FDP und Grüne liegen laut Umfragen mit fünf beziehungsweise sieben Prozent so weit hinten, dass sie im Koalitionsgerangel keine Rolle spielen.

> 2006 gingen nur 44 Prozent zur Wahl, jetzt sollen es weniger sein

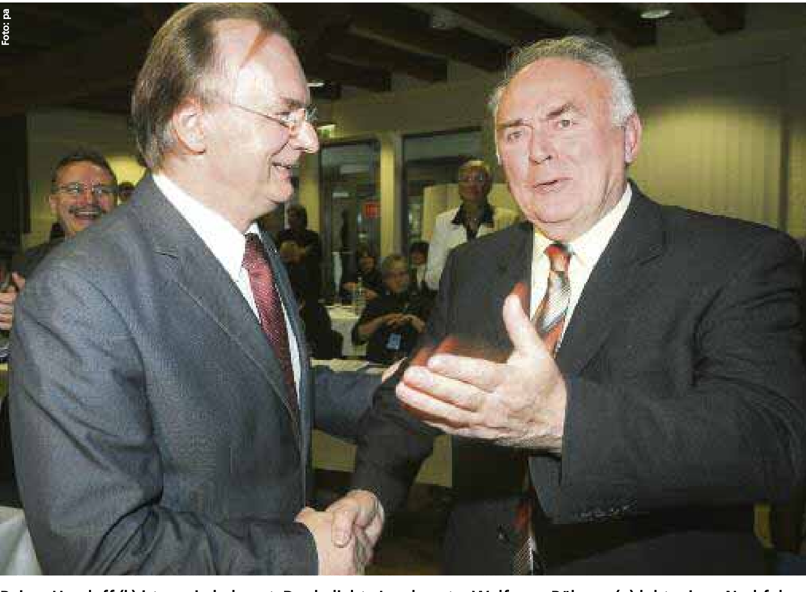
Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt geht es also um mehr als „nur“ die politische Zukunft des Landes. Es geht um die Rolle der SPD, die sich beide Regierungsoptionen offen hält. Das führt dazu, dass ihr vorgehalten wird, einen „Kuschelwahlkampf“ zu führen.

Es geht auch um die wirtschaftliche Zukunft des Landes und damit um die wichtigen Themen Arbeitslosigkeit, Bevölkerungs- und Bildungspolitik. Wenn die Linke das Zepter in die Hand bekäme, wäre ein wirtschaftlicher Rückgang im Land sehr wahrscheinlich. Mit Dauerforderungen nach gleichem Lebensstandard in Ost und West ist die Linke im Lande sehr erfolgreich, politisch aber wenig tragfähig. Denn Sachsen-Anhalt ist im Länderfinanzausgleich ein Nehmerland und kann sich das dauernde Rufen nach mehr Geld politisch kaum leisten. Eine rot-rote Regierung wird höchstwahrscheinlich die Steuern erhöhen und einen Mindestlohn einführen. Das schreckt Unternehmer ab.

Es geht auch um das Bild Sachsen-Anhalts innerhalb Deutschlands. In Magdeburg gab es noch nie eine Landesregierung, die länger als fünf Jahre am Stück regiert hat. Politische Kontinuität würde dem Bundesland, das noch immer an einer überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit leidet, guttun.

Und schließlich geht es um die Person des neuen Ministerpräsidenten. Der seit 2002 regierende Wolfgang Böhmer (CDU) stellt sich nicht mehr zur Wiederwahl. Am 27. Januar ist der Gynäkologe und ehemalige Chefarzt des Paul-Gerhardt-Stiftes Wittenberg 75 Jahre alt geworden. Als politisch Unbekannter zum Ministerpräsident gewählt, hat er sich im Lauf der Jahre Ansehen, das Bild eines kantigen Landesvaters und politische Leitlinien erarbeitet. Ein „Parteisoldat“ war er nie, vielmehr gilt er als kritisch und direkt im Umgang mit seiner Partei. Im Land hat der Begriff „schuhriegeln“ eine direkte Verbindung zu Böhmer bekommen, der dieses mit der CDU getan hat. Bekannt ist er für seine Geradlinigkeit in Bezug auf Politiker und Ehrlichkeit: „Ich denke, eine ehrliche Niederlage ist besser als ein durch Täuschung erreichter Sieg.“ Eine politische Unabhängigkeit in diesem Maße wird wohl keiner seiner Nachfolger haben. Egal, ob er Bullerjahn, Haseloff oder Gallert heißen wird.

Victoria v. Gottberg


Foto: pa
Rainer Haseloff (l.) ist wenig bekannt: Der beliebte Landesvater Wolfgang Böhmer (r.) lobt seinen Nachfolger.

MELDUNGEN

Gute Konjunktur kein Argument

Potsdam – Der dritten Verhandlungsrunde um die Gehälter der Landesbediensteten am 9. März ging in der abgelaufenen Woche in vielen Teilen des Landes eine Streikwelle voraus. Die Gewerkschaften fordern einen Sockelbetrag von 50 Euro plus drei Prozent mehr Gehalt und eine Übernahmegarantie für Auszubildende. Sie berufen sich bei ihren Lohnforderungen auf die gute Konjunktur. Doch diese kommt derzeit nicht in den Kassen der Länder an. Zwar blieben die 16 Länder 2010 unter dem ursprünglich veranschlagten Defizit von 34,4 Milliarden Euro, trotzdem gaben sie nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums insgesamt 21,5 Milliarden Euro mehr aus als sie einnahmen. Hinzu kommt, dass die meisten Länder auf hohen Altschuldenbergen sitzen, deren Zinskosten die REgierungen in ihrem Handeln ersichtlich einschränken. *Bel*

7,5 Millionen Analphabeten

Berlin – Laut einer Untersuchung von TNS Infratest unter mehr als 8400 Befragten, dürfte es in Deutschland etwa 7,5 Millionen Menschen geben, die nicht in der Lage sind, mehr als ein paar Sätze zu lesen und zu schreiben. Herbei soll es sich keineswegs nur um Migranten handeln. 58 Prozent der Befragten gaben Deutsch als Muttersprache an. Interressanterweise gehen aber 57 Prozent der Betroffenen einem Beruf nach. Trotzdem will Bundesbildungsministerin Annette Schavan dem Problem begegnen. „Diese Menschen bleiben unter ihren Möglichkeiten. Jeder wünscht sich doch Entwicklung. Dass sie sich nicht entwickeln können, hat auch gesamtwirtschaftliche Folgen“, so die CDU-Politikerin, die aber noch nicht weiß, wie die Massnahmen aussehen sollen. *Bel*

Höchste Würde

Der »Doktor« ist mehr als nur Namenszusatz

Für eine akademische Laufbahn ist er unverzichtbar, im Berufsleben ist er karrierefördernd, und gesellschaftlich verschafft er Anerkennung – der Doktortitel. Man behält ihn ein Leben lang, unabhängig von Beruf und Dienststellung. Es sei denn, man hat geschummelt.

Die „causa Guttenberg“ ist aus universitärer Sicht keine Lappalie, und der Protest gegen den nunmehrigen Ex-Minister war geradezu zwingend. Der Doktor, der durch die Promotion (lat. promotio = Beförderung) erworben wird, ist die höchste akademische Würde und bescheinigt dem Doktoranden die Fähigkeit zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten. Voraussetzung für die Zulassung zum Promotionsverfahren ist in der Regel ein mit überdurchschnittlichem Ergebnis abgeschlossenes Hochschulstudium. Für die Promotion ist eine schriftliche Forschungsarbeit, die Dissertation, anzufertigen. Sie muss durch Vermittlung neuer Erkenntnisse zur Lösung wissenschaftlicher Fragen beitragen und so eine eigenständig erbrachte Forschungsleistung dokumentieren. Mit der Abgabe der Dissertation gibt der Kandidat schriftlich eine ehrenwörtliche Erklärung ab, die Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, alle verwendeten Hilfsmittel und Quellen angegeben und alle aus anderen Werken wörtlich oder inhaltlich übernommenen Stellen als solche gekennzeichnet zu haben. Ist die Doktorarbeit angenommen, muss der Kandidat sie in einer mündlichen Prüfung „verteidigen“ und die von ihm aufgestellten Thesen in einem wissenschaftlichen Diskurs vertreten. Je nach Promotionsordnung kann auch in weiteren Themenbereichen geprüft werden. Die Dissertation muss dann innerhalb einer bestimmten Zeit öffentlich zugänglich gemacht werden, sei es durch die Abgabe von 150 Exemplaren, als Buch oder als Online-Publikation. Mit der Veröffentlichung ist das Promotionsverfahren abgeschlossen. Der Kandidat erhält die Promotionsurkunde und damit das Recht, den Doktorgrad zu führen.

> Eigene Leistung ist gefragt

Stellt sich später heraus, dass die Voraussetzungen für die Verleihung nicht vorgelegen haben, beispielsweise wegen Täuschung über die Eigenständigkeit der erbrachten Leistung, Plagiat, Fälschung oder Bestechung, erkennt die Universität den Doktorgrad durch Rücknahme der Verleihung ab. Von da an darf er nicht mehr geführt werden. *Jan Heitmann*

Brüder im Gelde

Abhängigkeit der Politik vom Wohlwollen der öffentlichen Medien hat Gebührenreform geprägt

Zurzeit treibt die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) bei fast 43 Millionen Haushalten der Bundesrepublik Deutschland Rundfunk-Teilnehmergebühren für Radios, Fernseher und empfangstaugliche Computer ein. Dazu schreiben die 1125 Angestellten dieser GEZ jährlich mehr als sechs Millionen Bürger an und sie hat 1122 Schnüffler unterwegs, die mit zum Teil kriminellen Methoden neue Teilnehmer aufspüren müssen. Dazu setzt die GEZ sogar 0,8 Millionen Mal Gerichtsvollzieher gegen angeblich gebührensäumige Bürger in Gang. Immerhin kommen dadurch 7,26 Milliarden Euro ein – eine üppige Ausstattung für die öffentlichen Sender mit der üppigsten Gehaltsstruktur aller Organisationen in Deutschland.

Die Politik hatte inzwischen gemerkt, dass die GEZ eine der unbeliebtesten, umstrittensten und wohl auch ineffizienten halbstaatlichen Organisationen ist. Sie ging deshalb auf den Vorschlag der GEZ ein, nicht mehr das Aufspüren von Empfangsgeräten zur Basis der Gebühren zu machen, sondern grundsätzlich jeden Haushalt, jedes Unternehmen und jede Filiale künftig mit einem gleichen Betrag für die Finanzierung der teuren Rundfunkmedien heranzuziehen, ganz gleich, ob in diesem Haushalt Empfangsgeräte vorhanden sind und genutzt werden oder nicht. Mit diesem hinterlistigen Vorschlag konnten die Rundfunkanstalten den Widerstand der Politik gegen eine Gebührenerhöhung in eine Neuordnung mit noch kräftigerer Erhöhung der Gebühren ummünzen.

Zwischen Politik und Rundfunk-/Fernsehanstalten besteht schon lange eine eigenartige Kumpanei: Die Rundfunksender unterstehen über die Rundfunkräte den politischen Einflüssen, müssen sich also nach den jeweiligen politisch herrschenden Ansichten und Parteien richten, wenn sie ohne Eingriffe der Politik in ihre Anstalt bleiben wollen beziehungsweise bei der Besetzung und in der Finanzausstattung ihrer Funktionäre weiter ganz vorne in der Gehaltsskala liegen bleiben wollen.

> Gebühr nur bei Gegenleistung erlaubt

Andererseits bestimmen wiederum die Sender darüber, wer als Politiker in ihnen zu Wort kommen darf, welche Meinungen dort vertreten werden sollen und welche Parteien also publizistisch hochgezogen oder unterdrückt werden sollen. Die Grünen – Lieblingskinder der öffentlichen Medien – stehen als Beispiel. Die Parteien und die einzelnen Politiker sind also in ihrer Bedeutung davon abhängig, wie stark sie in den Medien gebracht werden, wie die Medien über sie berichten und wie sie sich dort präsentieren können.

Nicht nur die Medien sind also der Politik unterworfen, sondern auch die Parteien und die einzelnen Politiker wiederum den Medien. Daraus folgt, dass die Parteien und Politiker sich mit den Rundfunkanstalten nicht zanken dürfen und deshalb auch den „Wunsch“ der Rundfunkanstalten nach höheren Gebühren nicht zu torpedieren wagten, sondern sich irgendwie zu arrangieren versuchten. Umgekehrt wissen die Rundfunkanstalten auch, dass ihr Gebührenreichtum bei den Bürgern nicht ohne Hilfe der Politik zu behaupten ist, sie also auch die Parteien nicht nachhaltig verärgern dürfen.

> Rundfunkgebühr wird zur Rundfunksteuer

Vor diesem Hintergrund ist der neue Gebührenerhöhungsplan durch die Haushaltspauschalgebühr entstanden. Sie wird einerseits den Rundfunkanstalten wenigstens 1,2 Milliarden Euro mehr in die Kassen bringen, anderseits nach mehr Gleichheit aussehen.

Diese Kungelei geht allerdings wohl rechtlich nicht auf: Gebühren dürfen nur erhoben werden, wenn der Empfänger eine Gegenleistung nachweist. Hat ein Haushalt keine Rundfunkgeräte, gibt es keine Gegenleistung nachzuweisen, wäre also verfassungsrechtlich eine Gebühr nicht zulässig. Faktisch wird also die Rundfunkgebühr zur Rundfunksteuer. Nur Steuern können ohne direkt zurechenbare Gegenleistung generell erhoben werden.

Einer Rundfunksteuer steht allerdings entgegen, dass dann alle Rundfunkanstalten – auch die privaten – mit dieser Rundfunksteuer versorgt werden müssten, nicht nur die öffentlichen Rundfunkanstalten. Genau dies wollen aber die öffentlichen Rundfunkanstalten nicht, weil sie mit ihrem langweiligeren Programm bei den Zuschauern Quotenprobleme haben. Das Verfassungsgericht wird also mit Sicherheit mit diesem Etikettenschwindel des Wandels von „Gebühren“ in „Steuern“ befasst werden und muss dann auf Basis des Steuercharakters entscheiden, ob eine spezielle Steuer nur für politisch genehme Anstalten und politisch garantierte Üppigkeit erhoben werden darf.

Der neue Plan, aus Rundfunkgebühren Rundfunksteuern zu machen, könnte in Karlsruhe scheitern. *Eberhard Hamer*

MELDUNGEN

Tories: Konvention aufkündigen

London – In Großbritannien herrscht innerhalb der Regierung Streit, ob das Land die Europäische Menschenrechtskonvention aufkündigen soll. Die konservativen Tories sind empört über zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Dieser hatte entschieden, dass Strafgefangene vom aktiven Wahlrecht nicht mehr ausgeschlossen werden dürfen, wie es bisher in Großbritannien der Fall war. Auch sollen Vergewaltiger ein Einspruchsrecht erhalten, dass ihr Name lebenslang in einer Kartei für Sexualstraftäter bleibt. Dagegen wehrt sich Premier David Cameron. Täter dürften mit Berufung auf die Menschenrechte nicht zu sehr geschont werden. Nun wollen die Tories eigene Menschenrechtskonventionen formulieren. Das hingegen wollen die Liberalen nicht hinnehmen. Justizminister Tom McNally drohte sogar mit Rücktritt. *Bel*

Medwedew beugt vor

Wladikawkas – Bei einem Treffen mit Vertretern des Antiterror-Komitees in der nordossetischen Stadt verglich Russlands Präsident Dmitrij Medwedew die Situation im Kaukasus, wo es in den vergangenen Wochen wiederholt zu Bombenattentaten gekommen war, mit der in Ägypten. Mit Blick auf die Aufstände dort und in den arabischen Ländern sagte Medwedew, ein Szenario wie in Ägypten werde es in Russland nicht geben. Der „Aufstieg von Fanatikern“ würde zum Zerfall des Landes in viele Ministaaten führen und die Lage nur noch verschlimmern. Schon oft seien Revolutionen in den südlichen Krisengebieten vorausgesagt worden, doch dafür, dass sich so etwas im Kaukasus nicht abspielt, könnten nur die Russen selbst sorgen. In Kürze stehen landesweit regionale Wahlen an. *MRK*

»Kalter Frieden« in Gefahr

Nach den Unruhen in Nahost zeigt das zerbrechliche Nebeneinander immer mehr Risse

Israel sieht nicht ohne Grund seine Existenz durch die aktuellen Entwicklungen bedroht. Während Ankara schon 2010 die langjährige Partnerschaft aufkündigte, kommen auch aus Kairo und Riad Alarmsignale.

Bei der israelischen Militärführung schrillten am Dienstag letzter Woche die Alarmglocken. Zum ersten Mal seit 30 Jahren durften zwei iranische Schiffe, die Fregatte „Alwand“ und der Versorger „Charg“, den Suez-Kanal passieren. Bisher hatte die ägyptische Regierung unter Präsident Hosni Mubarak iranischen Schiffen stets die Durchfahrt verweigert. Die ägyptische Militär-Übergangsregierung handelt nun offenkundig anders. Der stellvertretende israelische Ministerpräsident Silvan Schalom sprach von einer „Provokation“. Der Iran wolle den Regierungen der arabischen Welt zeigen, wer „der neue Herrscher im Nahen Osten“ sei.

Mit diesen Worten versucht die israelische Politik, die vorhandenen Rivalitäten in der arabischen Welt zu schüren. Bisher galt Ägypten mit seinen 84 Millionen Einwohnern als stärkste Militärmacht der arabischen Welt. Das von den US-Amerikanern hoch gerüstete Saudi-Arabien mit seiner intoleranten Version des wahabitischen Islam besitzt dagegen als Hüter der heiligen Stätten in Mekka und Medina traditionell eine gewichtige Rolle. Die mehrheitlich sunnitischen Araber und der schiitische Iran kämpfen seit Jahrhunderten um die Vorherrschaft in der islamischen Welt.

Kleinere Golfstaaten hatten sich in der Vergangenheit – aus Angst vor Angriffen aus dem benachbarten Iran – in Geheimbündnissen sogar mit Israel verständigt. Dies wurde in letzter Zeit aus den Wikileaks-Enthüllungen der amerikanischen Diplomatenpost bekannt. Arabische Staaten sollen Israel nahezu dazu gedrängt haben, die iranischen Atomanlagen zu bombardieren, ehe es zu spät sei und das Mullah-Regime eine einsatzfähige Atombombe besitze.

Was die konservative Regierung Israels tun wird, wagt derzeit keiner vorherzusagen. Fest steht, dass die bisherige Sicherheits-Architektur in Auflösung begriffen ist. Das erhöht zweifellos die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen. Israel kann sich nicht mehr wie bisher auf eine Machtbalance verlassen, die sich auf Friedensverträge mit Jordanien und Ägypten stützt, denn der „Kalte Friede“ wird zunehmend unsicherer. Die Gefahren für den jüdischen Staat aus dem Gaza-Streifen, Libanon oder Syrien wirken nun unkontrollierbarer. In Israel wird dies sorgenvoll registriert, was sich bereits seit Monaten zeigt: Israelische Touristen, die derzeit Deutschland besuchen, berichten aus erster Hand von verstärkten Zivilschutzübungen für die Bevölkerung.

Unzweifelhaft gewinnt der Iran – angesichts des Wankens des sicherheitspolitischen Trios aus Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien – zunehmend an Einfluss in der islamischen Welt. Die Vernichtung des jüdischen Staates könnte als gemeinsames Ziel die islamische Welt vereinigen. Wie die Passage der iranischen Schiffe durch den Suez-Kanal bereits zeigt, will sich die ägyptische Militärführung nicht als enger Freund der Regierung in Jerusalem zeigen. Bisher werden die Friedensverträge zwar noch garantiert, doch niemand weiß, wie lange noch. In Jordanien muss der bedrängte Haschemiten-Monarch Abdullah II. aufpassen, dass er sein Volk, das bereits in Massen demonstriert, nicht durch zu große Israel-Freundlichkeit reizt. Der saudische Monarch ist in einer ähnlichen Lage und hat gerade hastig zehn Milliarden Dollar für neue Sozialprogramme ausgelobt, um seine Bevölkerung zu besänftigen.

Teheran plant Manöver mit Syrien vor Israels Küste

Im Golfstaat Bahrain, wo jüngst das erste Formel-1-Rennen der Saison wegen politischer Unruhen abgesagt werden musste, sind 70 Prozent der Bevölkerung Schiiten und stehen damit dem Iran nahe. Der Staat gilt als Einfallstor für eine iranische Expansion auf der arabischen Halbinsel. Auch die kleinen Staaten Katar und Oman sollen sich inzwischen dem Iran zuneigen.

Nun kommt ein möglicher Angriff von der Seeseite hinzu. Die beiden iranischen Schiffe wollen zu einem nicht näher bezeichneten Manöver mit der syrischen Marine zusammentreffen. Gleichzeitig gab die militante türkische „Hilfsorganisation“ IHH bekannt, sie wolle im Mai und Juni zwei Konvois von zusammen etwa 25 Schiffen nach Gaza schicken. Der erste Konvoi soll demzufolge am 31. Mai, dem Jahrestag der Erstürmung des IHH-Flagschiffs „Mavi Marmara“ durch israelische Kommandos, vor Gaza eintreffen.

Wieweit dieser geplante Konvoi tatsächlich stattfinden oder doch vom Nato-Mitglied Türkei verhindert wird, ist derzeit unklar. Die IHH ist ein Ableger der islamistischen Fundamentalisten-Bewegung „Milli Görüs“, die auch in Deutschland in vielen Hinterhofmoscheen vertreten ist und vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Der Führer von Milli Görus, Necmettin Erbakan, will Anfang Juni bei den türkischen Parlamentswahlen gegen Ministerpräsident Erdogan antreten. Daher wird erwartet, dass Letzterer kein Interesse daran haben wird, seinem Wahlgegner so kurz vor der Wahl einem publizistischen Erfolg zu gönnen.

Worum es der IHH-Flotte in Wirklichkeit geht, wurde am 15. Februar deutlich, als IHH-Vertreter vom iranischen Präsidenten Mahmud Ahmedinedschad empfangen wurden. Mit dem „Blut der Märtyrer der ‚Mavi Marmara‘“ wolle man „Jerusalem befreien“ und „einen Nahen Osten ohne Israel und Amerika“ schaffen, sagte der iranische Führer. Wann die USA als Schutzmacht Israels sich nun zum Handeln gezwungen sehen, dürfte sich in den nächsten Monaten zeigen. Dass demnächst amerikanische Flugzeugträger vor der israelischen Küste aufkreuzen, gilt bei militärischen Beobachtern bereits als wahrscheinlich. *Hinrich E. Bues*



Zum ersten Mal seit 30 Jahren: Ägyptens neue Führung ließ zwei iranische Kriegsschiffe durch den Suezkanal fahren. Und auch von der Türkei aus sollen 25 Hilfsschiffe für Gaza Israel unter Druck setzen. Bild: imago

Auf der Suche

Arbeitskräfte verlassen die Ukraine

Etwa die Hälfte der ukrainischen Erwerbstätigen verdient unter 200 Euro im Monat, also weniger als ein Hartz-IV Empfänger in Deutschland. Damit belegt die Ukraine den vorletzten Platz in der europäischen Lohnrangliste. Über ein Viertel der Bevölkerung lebt sogar unterhalb der Armutsgrenze. Besonders schlimm trifft es alte Menschen. Am wenigsten verdienen die Beschäftigten in der Landwirtschaft, die höchsten Gehälter werden in der Petrochemie und der Bodenschatzgewinnung gezahlt.

Angesichts dieser Bedingungen wundert es nicht, dass die Zahl der Ukrainer, die ihr Glück im Ausland versuchen, wächst. In den vergangenen 20 Jahren haben 4,5 Millionen Ukrainer – etwa sechs Prozent der Gesamtbevölkerung – das Land verlassen. Laut der Nachrichtenagentur Rosbalt gingen 1,7 Millionen Menschen ins europäische Ausland, 500 000 in die USA und weitere zwei Milllionen emigrierten auf der Suche nach Arbeit nach Russland. Dort verdingen sie sich als Bauarbeiter, Gärtner, Krankenpfleger oder als Helfer in der Landwirtschaft. In allen Bereichen verdienen sie erheblich weniger als einheimische Arbeitskräfte. In Tschechien verdient ein ukrainischer Arbeitnehmer zum Beispiel zwei Euro, während der Einheimische sieben Euro erhält. Zwar sind sowohl die Regierungen als auch die ukrainischen Arbeiter zufrieden, bekommen sie doch immer noch mehr als Zuhause, die einheimische Bevölkerung steht den Billiglöhnern jedoch ablehnend gegenüber. Der Ukraine bescheren ihre im Ausland beschäftigten Erwerbstätigen einen willkommenen Geldzufluss. 2010 waren es zwei Milliarden US-Dollar, die allein per Postanweisung aus Russland in die Ukraine flossen.

»Köpfen« geht es um Erhalt ihres Status

Neben Geringqualifizierten verlassen auch immer mehr „Köpfe“ die Ukraine. Mediziner, Informatiker, Unternehmer und Physiker zieht es vor allem nach Westeuropa oder in die USA. Ihnen geht es nicht nur um besser bezahlte Arbeit, sondern um die Sicherung ihrer Zukunft und um den Status-Erhalt. Offiziell können die Arbeitsemigranten nur in Ländern arbeiten, die mit der Ukraine ein entsprechendes Abkommen geschlossen haben, unter anderem Tschechien, Polen, Litauen, Lettland und Länder, die nicht auf der Favoritenliste stehen. Viele emigrieren deshalb illegal. *M. Rosenthal-Kappi*

Rückzug nach über 3000 Jahren

Die letzten Juden verlassen den Jemen – Christen sind schon lange fort

Die letzten 300 jemenitischen Juden werden den von so vielen ersehnten Aufbruch der arabischen Welt in eine Ära der Demokratie und der Freiheit in ihrer jahrhundertealten Heimat nicht mehr erleben, weil in der unsicheren Übergangszeit zu dieser Ära ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Eine der ältesten Kulturen der Weltgeschichte erlischt, denn die letzten Juden verlassen dieser Tage das Land. Dabei gab es im Jemen einst die wohl älteste jüdische Gemeinde der Welt, außerhalb des Heiligen Landes. Sie soll Legenden zufolge bereits seit den Zeiten König Salomons existieren. Jemenitische Juden haben als einzige jüdische Gemeinde das Hebräische bis in die Gegenwart als gesprochene Sprache bewahrt. Jemens Juden gelten auch als die ältesten Einwohner des Landes – sie lebten schon dort, als es weder das Christentum noch den Islam als Religion gab. Im Jemen schufen die Juden sich etwas, was es außerhalb des Heiligen Landes sonst nirgendwo gab: einen jüdischen Staat.

Im 2. Jahrhundert vor Christus eroberten die Juden vom Himjar aus, im Bergland von Jemen, das Königreich Saba und erlangten die Vormacht in der Region. Sie waren die Gründer der heutigen Hauptstadt Sanaa. Der erste himjaritische Herrscher Karibil Watar gründete auch die Jemenitische Kolonie in Äthiopien, welche damals zum bekannten „Königreich von Aksum“ gehörte. 525 n. Chr. besetzten christliche Aksumiten den Jemen, bis zur Eroberung durch die Muslime 100 Jahre später war der Jemen jetzt Teil eines christlichen Königreichs. Während die Christen jedoch den Jemen bereits bei der Entstehung des Islam verließen und in Äthiopien eine neue Heimat fanden, in der sie sogar einigen bedrängten Anhängern Mohammeds eine sichere Zuflucht gewährten, zogen es die jemenitischen Juden, die Ureinwohner des Landes, vor, im Lande auch unter dem Islam zu bleiben.

Moslems besiedelten die Region erst viel später

Während der islamischen Zeit veränderte sich die soziale und die rechtliche Stellung der Juden. Sie wurden zunehmend zurückgedrängt. Als Anhänger einer Buchreligion hatten Juden unter dem Islam – der Jemen ist je zur Hälfte schiitisch und sunnitisch geprägt – immerhin als Dhimmis einen gewissen Schutzstatus. Seit dem Vordringen der wahhabitischen Sekte in der arabischen Halbinsel im 19. Jahrhundert und vor allem seit der Entstehung des Zionismus, der Rückkehr der Juden nach Palästina, im 20. Jahrhundert, wurde die Lage der jemenitischen Juden zusehends schwieriger. Schon 1947, ein Jahr vor der Gründung des Staates Israel, kam es zu einem Pogrom gegen die jüdische Gemeinde in Jemen. Daraufhin organisierte Israel die Operation „Magischer Teppich“ und brachte 1949/1950 den Großteil der Juden Jemens nach Israel (zirka 50 000).

Eine kleine jüdische Gemeinde von ein paar hundert Menschen blieb aber, vor allem in Raida im Norden des Landes, wo sie unter der dortigen schiitischen Bevölkerung eine liberal eingestellte arabische Bevölkerungsgruppe fanden, bis zum Aufstand der schiitischen Huthisten 2007 und dem Mord an dem jüdischen Gemeindeleiter Moshe Yaish Nahari, der von einem Islamisten des Al-Kaida-Netzwerkes erschossen worden war, nachdem er sich geweigert hatte, zum Islam überzutreten. Nach dem Mord erhielt die ganze jüdische Gemeinde von Raida Morddrohungen, ihre Häuser wurden in Brand gesetzt und sie wurden nicht mehr in die Märkte hineingelassen. Die Stadt Raida in der Provinz Amran ist die letzte jüdische Enklave im Jemen. Etwa 200 bis 500 Juden lebten bis vor kurzem dort, in der Siedlung Beth Harash im Osten der Stadt. In dem Ort gibt es eine Synagoge, ein jüdisches Bad und eine Talmudschule.

Als der Mörder von Moshe Nahari 2009 zum Tode verurteilt wurde, kam es zu neuen Unruhen. Im Februar 2009 brachte die Jewish Agency eine erste Gruppe von Juden Jemens nach Israel. Auf US-Druck hin wurde das Viertel der letzten jüdischen Familien in Raida mit einer hohen Mauer umfasst, ein zweites jüdisches Ghetto wurde in Sanaa direkt neben der US-Botschaft errichtet, beide Gelände wurden sofort von der Leibgarde des Präsidenten Ali Abdullah Saleh bewacht. Allerdings war wegen des Huthisten-Aufstandes und der Al-Kaida-Aktivitäten die Armee des Jemen immer weniger in der Lage, die Juden zu schützen.

Als Anfang Februar aus dem Gelände von Raida ein acht Jahre alter jüdischer Junge entführt wurde, erhöhte sich der Druck auf die jüdische Gemeinde. Nach der Ankündigung des jemenitischen Präsidenten Saleh, infolge der Freiheitsdemonstrationen der arabischen Welt 2012 nicht wieder kandidieren zu wollen, fürchten die Juden nun um ihre eigene Sicherheit und wollen das Land nach 3000 Jahren verlassen. *Bodo Bost*

Europa als Geisel

Not verleitet Euro-Pleiteländer zu neuen Tricks – Selbst Erpressung wird nicht ausgeschlossen

Die Methoden zur Rettung des Euro werden immer fragwürdiger: Irische und griechische Banken haben Anleihen im Wert von 70 Milliarden Euro in eigenem Namen begeben und somit eigene Schulden bei der Europäischen Zentralbank (EZB) als Sicherheiten eingereicht. Auch die Bundesbank ist ein fester Teil des Schneeballsystems „Euro-Rettung“ geworden.

Das Aufspüren von Schlupflöchern im Vertragswerk zur europäischen Währungsunion haben die Pleitiers Irland und Griechenland im Laufe der Euro-Krise zu einer hohen Kunst entwickelt. Um sich billig mit Geld zu versorgen, haben irische Banken unbesicherte Anleihen an sich selbst begeben. Mit einer Garantie des Staates versehen, wurden diese Anleihen dann bei der EZB als Sicherheit zur Kreditaufnahme hinterlegt. Allein im Januar haben sich vier irische Banken so 17 Milliarden Euro bei der EZB beschafft, berichtet die „Irish Times“ in einem Bericht vom 26. Februar. Dieselbe Zeitung hatte bereits 2010 aufgedeckt, dass auch die irische Zentralbank für ähnliches im Rahmen der Liquiditätshilfen eingespannt wurde und Kredite im Volumen von zirka 50 Milliarden Euro gewährt hatte. Aus Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird ersichtlich, dass Banken in Griechenland und Irland mithilfe selbst aufgelegter Anleihen sich bei der EZB mit 70 Milliarden Euro versorgt haben. Von der Öffentlichkeit unbeachtet, hat Griechenland am 11. Februar erklärt, dass es möglicherweise noch weitere Garantien für Anleihen seiner Banken im Wert von bis zu 30 Milliarden Euro vergeben will. Bereits jetzt nimmt Griechenland mit einem Anteil von 1,5 Prozent an der Bilanzsumme der EZB 17 Prozent der EZB-Ausleihungen in Anspruch. Irland mit 5,5 Prozent der Bilanzsummen steht für 24 Prozent der Ausleihungen.

Professor Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut hat darauf aufmerksam gemacht, wie tief die Bundesbank bereits in die Euro-Rettungsversuche eingespannt wurde. In der „Wirtschaftswoche“ nannte er die Zahl von 326 Milliarden Euro Nettoforderungen der Bundesbank an andere Zentralbanken im Euro-Raum, die aus der Verrechnung von Zahlungsströmen resultieren. 2006 hat diese Position nur 18 Milliarden Euro betragen. Die aktuell offen stehenden 326 Milliarden Euro sind Kredite der Bundesbank an andere Zentralbanken.

Der FDP-Finanzmarktexperte Frank Schäffler hat zur Absicherung deutscher Hilfszahlungen an Krisenländer gefordert, dass die Zahlungen durch die Empfänger mit Gold abgesichert werden. Im gesamten Euro-Raum halten die Zentralbanken 347 Millionen Unzen Gold mit einem derzeitigen Wert von zirka 356 Milliarden Euro. Daran hat Italien einen Anteil von fast 79 Millionen Unzen, die mehr als 80 Milliarden Euro wert sind – selbst das klamme Griechenland besitzt Gold im Wert von 3,7 Milliarden Euro.

IWF und eigenes Volk mit unterschiedlichen Zusagen bedacht

Die Wahrscheinlichkeit, dass Forderungen an Irland und Griechenland in den kommenden Jahren dem deutschen Steuerzahler zum Begleichen vorgelegt werden, sind tatsächlich hoch. Der europäische Sachverständigenrat EEAG ist skeptisch, dass es Griechenland gelingt, sich aus eigener Kraft zu sanieren. Die Ökonomen des EEAG rechnen damit, dass spätestens 2013, wenn die derzeitigen Hilfsmaßnahmen von EU und IWF in Höhe von 110 Milliarden Euro auslaufen, neue Rettungsgelder benötigt werden. Die griechische Zeitung „To Vima“ berichtet inzwischen, dass der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou bei seinem Besuch am 22. Februar Angela Merkel darüber informiert habe, dass Griechenland bereits 2012 neue Hilfsgelder benötigen wird. Auch andere Wirtschaftsforscher halten die griechischen Sanierungsziele für völlig illusorisch. Ein Drittel der Sparmaßnahmen sind aus ihrer Sicht zudem reine „Luftbuchungen“. Bis zum 31. Dezember 2010 ist der gesamtstaatliche Schuldenstand auf 340 Milliarden Euro gestiegen, ein Zuwachs von 41 Milliarden Euro (14 Prozent) zum Vorjahr.

Zu einem Eklat kam es nach einer Pressekonferenz von Vertretern des IWF in Athen. Sie hatten gefordert, dass bis Ende 2012 durch den Verkauf von Staatsbetrieben 15 Milliarden Euro und bis 2015 noch einmal 35 Milliarden Euro eingenommen werden. Gegenüber der griechischen Öffentlichkeit hatte Papandreou hingegen bisher immer einen Betrag von sieben Milliarden Euro genannt.

Noch schneller könnte sich die Zukunft der Eurozone in Irland entscheiden. Das Hauptthema des irischen Wahlkampfes war die Revision der Vereinbarungen mit EU und IWF – die beiden siegreichen Parteien Fine Gael und Labour wollen die Reduzierung der Zinsen für die Hilfszahlungen und die Einbeziehung der Gläubiger erreichen. Bisher werden Neuverhandlungen von der EU abgelehnt, doch die irische Verhandlungsposition ist allerdings stärker, als man zunächst glaubt. Über welche Druckmittel Irland verfügt, hat der Geschäftsmann Declan Ganley, der 2008 die Kampagne gegen den Lissabon-Vertrag geführt hat, klargemacht: Er empfiehlt, dass Irland im Notfall auch eine komplette Zahlungseinstellung riskieren sollte: „Wir haben eine Geisel, die nennt sich Euro.“

Norman Hanert

Der Euro verbindet: Leider zeigt sich immer mehr, dass dieses bei der Einführung der Gemeinschaftswährung gemachte Versprechen nur allzu wahr ist. Bild: mauritius

KURZ NOTIERT

Italiens Sorge vor Libyen-Kollaps: Aktien italienischer Unternehmen, die in enger Beziehung zu Libyen stehen, mussten an den Börsen starke Kursverluste hinnehmen – besonders engagiert in Libyen sind der Konzern ENI (Agip), die Großbank Uni Credit und Bauunternehmen wie Impregilo und Trevi. Der Staat Libyen ist unter anderem mit 7,5 Prozent der größte ausländische Aktionär der Uni Credit und hält Beteiligungen an Konzernen wie Finmeccanica und Fiat. Für Libyen ist Italien der wichtigste Handelspartner, in den 38 Prozent der Exporte gehen – 25 Prozent der italienischen Erdöleinfuhren stammen aus dem nordafrikanischen Land. *N.H.*

Deutsche Reeder optimistisch: Neben den deutlich gestiegenen Aufträgen haben aber auch einige Strukturreformen dazu geführt, dass deutsche Reeder derzeit tiefschwarze Zahlen schreiben. Alte Schiffe wurden verschrottet, neue erstmal nicht mehr bestellt und die Geschwindigkeit der Schiffe um zehn Stundenkilometer gedrosselt, so dass fast ein Drittel Diesel gespart werden kann. *Bel*

Wohnruinen: Portugal sieht sich genötigt, seinen Mieterschutz zu reformieren. Das über 100 Jahre alte Gesetz zur Mietpreisbindung hat dazu geführt, dass Mieten seit Jahrzehnten nicht gestiegen sind und deswegen die Eigentümer auch nichts in die Häuser investieren. In portugiesische Wohnungen müssen etwa 74 Milliarden Euro für Renovierungsarbeiten gesteckt werden, schätzt der Baubranchenverband Aecops. *Bel*

Ansturm auf koreanische Banken: Südkoreas Finanzaufsicht hat wegen Liquiditätsmangels die Schließung von vier Sparkassen angeordnet. Tausende Sparer hatten versucht, ihre Einlagen abzuziehen, nachdem Meldungen über den Bedarf hoher Summen zur finanziellen Sanierung der Institute bekannt geworden waren. Die geschlossenen Sparkassen waren durch Immobilienkredite in eine finanzielle Schieflage geraten. Zur Stützung des Bankensektors wird Seoul umgerechnet 13 Milliarden Euro bereitstellen. *N.H.*

Großes Einsparpotenzial

Rückschnitt von Subventionen brächte 60 Milliarden Euro

Brauereien und Brummifahrer bekommen sie, Hauserben, Matrosen und die Betreiber von Biogasanlagen auch: Der deutsche Staat subventioniert vom Freibier bis zur Zahnprothese (fast) alles. In zäher Lobbyarbeit haben sich ganze Branchen milliardenschwere Vorteile erstritten. Die 111 unsinnigsten Subventionen verschlingen jährlich 35,29 Milliarden Euro“, schrieb das „Handelsblatt“ am 4. Juni 2010.

Das Kieler Institut für Wirtschaft (IfW) – ein Kooperationspartner der Universität Kiel – hat ermittelt, dass die Subventionen und Steuervergünstigungen in Deutschland 2010 die Rekordsumme von 164 Milliarden Euro erreicht haben. Nach Auffassung des Institutes kann mehr als ein Drittel dieser Subventionen – etwa 60 Milliarden Euro – abgebaut werden. Die Subventionskürzung sei für die Empfänger schonend, wenn die Rasenmäher-Methode angewandt werde: Jährliche Kürzungen von 20 bis 25 Prozent verteilt auf vier oder fünf Jahre. Das IfW befürchtet allerdings einen weiteren Aufwuchs der Subventionen in der laufenden Legislaturperiode bis 2013. Im ersten Regierungsjahr der Regierung Merkel/Westerwelle seien die Subventionen um 1,4 Milliarden Euro gestiegen.

Die arbeitgebernahe Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) hat an die Regierung appelliert, jetzt mit dem Subventionsabbau zu beginnen. Die gute wirtschaftliche Lage gebiete es, in der Wirtschaftspolitik ordnungspolitische Sünden zu beseitigen und die Haushaltskonsolidierung energisch voranzubringen. Durch Subventionsabbau könne man jetzt die Staatsverschuldung reduzieren und eine wünschenswerte Steuerentlastung früher vornehmen.

Das IfW gehört zu den Beratungsinstituten der Bundesregierung, die Gutachten zur Konjunkturentwicklung vorlegen. Die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ wirbt für die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft und wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. IfW und INSM empfehlen, noch 2011 ein Subventionsabbaugesetz zu verabschieden und mit den Kürzungen 2012 zu beginnen. *W. v. G.*

Große Subventionsposten

- Kohleförderung und Kohleverstromung (Absatzhilfe für teure deutsche Steinkohle): 1,5 Milliarden Euro
- Sparerfreibetrag bei Einkünften aus Kapitalvermögen (Wer Vermögen anlegt, wird bevorzugt): 1,04 Milliarden Euro
- Eigenheimzulage, Förderung des selbst genutzten Wohneigentums: 2,5 Milliarden Euro
- Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien: 468 Millionen Euro
- Wissenstransfer: Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft: 242 Millionen Euro

Tokio schlimmer als Athen

Schuldenberg entspricht den Steuereinnahmen von 20 Jahren

Eine neue Zeitbombe tickt im weltweiten Finanzsystem. Japan, bisher als solventer Schuldner gehandelt, scheint größere Probleme als Griechenland oder Island zu haben. Steht eine der größten Volkswirtschaften der Erde bereits am Abgrund?

Der Schuldenberg Japans in Höhe von acht Billionen Dollar ist gut doppelt so hoch wie die Jahreswirtschaftsleistung (BIP) des Landes und erreicht damit den höchsten Wert aller Industrienationen weltweit. Bisher fiel dieser Schuldenturm kaum auf, weil sich der japanische Staat nur bei den eigenen Bürgern verschuldete. Rund 95 Prozent der Staatsanleihen im Land der aufgehenden Sonne liegen in den Händen der Bevölkerung oder großer Pensionsfonds.

Nun klopfte ausgerechnet der Chef des größten Pensionsfonds der Welt (GPIF) der Regierung auf die Finger. Die exorbitanten Staatsschulden müssten gesenkt werden, forderte der Chef von GPIF, Takahiro Mitani, kürzlich in einem Interview. Der Fond verwaltet 1,4 Billionen Dollar und damit mehr als die Wirtschaftsleistung von Kanada und Indien zusammen und ist eine der Hauptstützen des japanischen Rentensystems. Er hat sein Vermögen zu zwei Dritteln in Staatsanleihen angelegt.

Nicht nur japanische Pensionsfonds, sondern auch Ratingagenturen schlagen Alarm. In der letzten Woche gab „Moody's“ bekannt, dass Japans derzeitige Bonitätsnote „Aa2“ nicht zu halten sein wird. Der Ausblick wurde auf „negativ“ gesetzt. Auch die konkurrierende Agentur „Standard & Poor's“ hatte das Rating schon im Januar auf „AA-“ gesenkt. Solche Herabstufungen gingen in der Vergangenheit stets dem Ausbruch großer Wirtschafts- oder Währungskrisen voraus. Laut Mitani würde die Entwicklung erst in fünf oder zehn Jahren einen kritischen Punkt erreichen. Dieses wohlwollende Szenario wird allerdings in Anlegerkreisen bestritten. Denn im Verhältnis zu den Staatseinnahmen sind die Schulden Japans exorbitant hoch. Rund 20 Jahre lang würde Japan seine gesamten heutigen Steuereinnahmen aufwenden müssen, um seinen Schuldenberg abzutragen. Andere, bereits als riskant eingestufte Länder wie Island oder Griechenland bräuchten dazu „nur“ vier bis fünf Jahre – und das relativ solide Deutschland zwei Jahre.

Sparquote sinkt, so wird Verschuldung bald teurer

Der eigentliche Sprengsatz liegt aber in der sinkenden Sparbereitschaft der japanischen Bevölkerung. Die Sparquote liegt heute bei nur noch fünf Prozent. So dürfte Japan bald gezwungen sein, ebenso wie andere notleidende Staaten, Gelder im Ausland aufzunehmen. Die bisher sehr niedrigen Zinssätze von ein bis zwei Prozent dürften dann der Vergangenheit angehören. Der japanische Staatshaushalt könnte dann schneller als erwartet vor dem Bankrott stehen. Schon heute steht Japan (nach der Türkei) auf Platz zwei der Länder, die die höchsten Summen für ihre Zinszahlungen aufwenden müssen.

Die bisher gezahlten 20 Prozent (Deutschland etwa sechs Prozent) der Staatseinnahmen könnten sich so schnell auf 40 bis 50 oder auch 80 Prozent erhöhen. Die japanische Regierung zeigt sich indes seit Jahrzehnten unfähig, die Riesendefizite des Haushalts in den Griff zu bekommen. *Hinrich E. Bues*

Der Rücktritt

Von Wilhelm v. Gottberg

Karl-Theodor zu Guttenberg konnte nicht mehr standhalten. Die geballte – zum Großteil initiierte – Empörung der veröffentlichten Meinung vertrieb ihn aus dem Ministeramt. Wir wollen klarstellen: Des Freiherrn Fehlverhalten bei der Erstellung und Abgabe seiner Dissertation war keine Kleinigkeit. Die dabei nunmehr zu Tage getretene Unwahrhaftigkeit macht auch ihm Wohlgesonne fassungslos. Wie konnte das einem Mann mit seinen Ansprüchen passieren?

Offensichtlich ist bei zu Guttenberg in seinen Entwicklungsjahren nicht alles optimal verlaufen. Er war schon als Schüler bemüht, mit wenig Einsatz viel zu erreichen. Lange hat er gebraucht, um das erste juristische Staatsexamen abzulegen. Wer hat ihm nur geraten, kein Referendariat und somit kein zweites Staatsexamen abzulegen? Die Promotion sollte dieses Manko wohl kompensieren. Eine Promotion zum Nulltarif gibt es nicht. Warum hat ihm das keiner aus seiner Familie beziehungsweise keiner seiner akademischen Lehrer hinreichend klargemacht? Guttenberg wollte und musste aufgrund der Familientradition Elite sein. Dabei wurde ein wichtiges Merkmal ausgeblendet. Adel hat nur ein Privileg: nämlich mehr zu leisten als andere.

K.-Th. zu Guttenberg hat in seiner Rücktrittserklärung dargelegt, warum er erst am 1. März das Amt aufgab. Man glaubt ihm, wenn er versichert, dass er mit jeder Faser seines Herzens am Verteidigungsressort gehangen habe. Hiervon hätte er sich nicht schnell trennen können. Auch war ihm wichtig, die in Afghanistan gefallenen Soldaten in Würde zu bestatten, da sie in seinem Verantwortungsbereich ihr Leben ließen. Die Rücktrittserklärung beinhaltet auch eine aufrichtige Entschuldigung an alle, die durch seine Fehler und Versäumnissen verletzt wurden.

Der ehemalige Verteidigungsminister genießt trotz seines Sockelsturzes nach wie vor im Volk große Sympathie. Das hat Gründe. Da ist zunächst das ganze Auftreten des CSU-Politikers selbst; er ist nicht rundgeschliffen von der Parteistreber-Schule, wo gleichaltrige Politaufsteiger jede Chance auf ein eigenes Profil fahren lassen, bevor sie sich entwickeln können. Anders Guttenberg: So einen wollen sich die Deutschen nicht wieder „wegnehmen“ lassen, selbst wenn derart Kritikwürdiges zutage tritt. Dann ist da die Gruppe seiner Kritiker. Je weiter links die stehen, desto schriller bestehen sie darauf, dass doch gerade die Union die bürgerlichen Tugenden hochhalten müsse.

Tausende promovierte Wissenschaftler haben in einem offenen Brief an die Kanzlerin den Rücktritt Guttenbergs gefordert, um Glaubwürdigkeit und Redlichkeit der Wissenschaft nicht zu beschädigen. Ihnen muss der Spiegel vorgehalten werden. Gestern „Hosianna“, heute „Kreuzigt ihn“. Gestern „summa cum laude“, heute „Betrüger“. Wo war denn die gesamte deutsche Wissenschaft, als die Herren Reemtsma und Heer die Wehrmachtsausstellung „wissenschaftlich“ massiv fälschten und es mit den Quellen nicht so genau nahmen. Wissenschaftler aus dem Ausland brachten die Ausstellung zu Fall.

K.-Th. zu Guttenberg hat eine zweite Chance verdient. Er muss sie sich erarbeiten und er wird sie bekommen. Er ist jung, wir werden noch von ihm hören. Noblesse oblige! Sein Großvater war Preußenschildträger.

Hartz IV auf den Prüfstand

Von Jan Heitmann

Ein Ruhmesblatt ist es wahrlich nicht, was die Politik bei der Neuregelung der Hartz-IV-Sätze abgeliefert hat. Regierung und Opposition haben die Vorgabe des Verfassungsgerichts, bis Ende 2010 eine Harz-IV-Novelle zu verabschieden, mit unbekümmerter Großzügigkeit ignoriert und agiert, als ob die Karlsruher Richter lediglich eine unverbindliche Empfehlung ausgesprochen hätten. So dauerte es fast ein Dreivierteljahr, bis die Regierung endlich einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte. Dann folgte monatelanges Parteiengezänk um die Höhe des Arbeitslosengelds II, Mindestlöhne und die Bezahlung von Zeitarbeitern. Zugegeben, Rechtsstaat und Demokratie verlangen bisweilen langwierige Entscheidungsprozesse. Zügiges und ergebnisorientiertes Arbeiten sieht jedoch anders aus. Endlich liegt ein von Union, FDP und SPD ausgehandelter Kompromiss auf dem Tisch. Doch kaum, dass sich die Verhandlungspartner die Hand gereicht haben, wird die so mühsam errungene Einigung von SPD-Chef Sigmar Gabriel gleich wieder in Frage gestellt. Wenn er Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes hegt, hätte er in den Verhandlungen für Klarheit sorgen müssen. Sein Verweis auf mangelnde Streitlust und dafür erzielte Erfolge beim Aushandeln des Mindestlohns liegt neben der Sache, denn der war in dem Urteil gar nicht erwähnt. Die Hartz-IV-Berechnung wird wohl wieder beim Bundesverfassungsgericht landen. Sollten die Richter der Klage stattgeben und verhindern wollen, dass sie die Sache ein drittes Mal auf den Tisch bekommen, müssen sie dem Gesetzgeber detaillierte Vorgaben für die Reform machen. Dann aber würde Sozialpolitik wohl bald ganz in Karlsruhe gemacht werden.

> Arbeitsmarktpolitik muss effizient und auch ehrlich sein

Dabei wäre es längst an der Zeit, die strukturellen Mängel des 2002 geschnürten Hartz-Pakets durch eine grundlegende Reform zu beheben. Seinerzeit hatte der schon schwächelnde SPD-Kanzler Gerhard Schröder geplant, mit großem finanziellen Aufwand die Arbeitsmarktpolitik effizienter zu gestalten, Erwerbslose in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bringen und die Arbeitslosenzahl so auf zwei Millionen zu halbieren. Doch aus dem großen arbeitsmarktpolitischen Wurf wurde nichts. Das zweigliedrige Sozialsystem war nicht nur kostengünstiger als Hartz IV, sondern die Arbeitslosen stehen heute schlechter da als zuvor. Schon nach kurzer Zeit werden sie zu Almosenempfängern degradiert und anschließend in Ein-Euro-Jobs und andere Maßnahmen gedrängt. So wird die Statistik geschönt und dem Bürger ein positiver Trend bei der Arbeitslosenzahl vorgegaukelt. Die liegt aktuell bei 3,35 Millionen. Zuzüglich der „Dunkelziffer“ dürfte sie kaum niedriger sein als vor Hartz IV. Eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik sieht anders aus.

Jan Heitmann

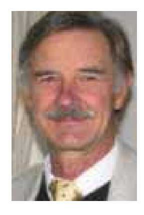


Maues Ergebnis: Statt einer echten Reform von Hartz IV kam in erster Linie nur eine transparentere Berechnung der Sätze und eine damit verbundene Erhöhung um 5 Euro heraus. Und selbst dieses mühsam erstrittene Reförmchen geschah nur auf Druck des Bundesverfassungsgerichts.

Bild: pa

Gastkommentar:

Artenschutz: Oft Instrument im Verhinderungskampf



Von Josef H. Reichholf

Münchens Flughafen benutzten 35 Millionen Fluggäste im Jahr 2010. Längst sind an Europas beliebtestem Flughafen die Grenzen der Kapazität erreicht. Doch die bereits in der Erstplanung vorgesehene dritte Start- und Landebahn blieb ihm versagt, zerstörte die Anlage doch die unwiederbringliche Natur des Erdinger Mooses mit einem der letzten Brutplätze des Großen Brachvogels. Dass die Brachvögel das ganz anders sahen und den Flughafen so sehr bevorzugten, dass nun auf seinem Gelände der größte bayerische Brutbestand dieser „Rote Liste“-Vogelart lebt, wird wohl das nachträgliche Genehmigungsverfahren nicht beschleunigen und die geforderten Ausgleichskosten nicht verringern.

Der Artenschutz verursacht seit Jahrzehnten Bauverzögerungen und Mehrkosten in Milliardenhöhe. Die Behinderungen kosten Menschenleben, weil gefährliche Bundesstraßen nicht durch Autobahnen ersetzt oder wenigstens ausgebaut werden können. Ein Brutpaar Grünspechte steht dagegen oder ein Platz, an dem sich einmal Fledermäuse niedergelassen haben. Nicht seit Urzeiten sind sie dort, sondern seit es jenes veralterte Bauwerk gibt, das nun durch ein besseres ersetzt werden soll. Bäume reichen bereits aus, den Volkszorn hoch kochen zu lassen, sogar wenn es sich um nicht heimische Platanen handelt, die der Naturschutz, wie alles „fremde“ Getier und jegliches „nicht hierher gehörende“ Gewächs, grundsätzlich ablehnt. Aber was kümmert's die Aktivisten, wenn die Platanen gerade so nützlich sind im Kampf gegen den Bahnhofsbau.

> Mehrkosten auch durch Verzögerungen wie Anhörungen und Prozesse

Allein die Auflagen aus den Ökorichtlinien im Bundesfernstraßenbau verursachen bei den als „vordringlicher Bedarf“ eingestuften Projekten erhöhte Planungskosten von 440 Millionen Euro für die Bauperiode von 2004 bis 2014. Der große Brocken baut sich aber mit 6,3 Milliarden Mehrkosten erst bei den tatsächlichen Baumaßnahmen auf. Manche Folgekosten lassen sich gar nicht mehr kalkulieren, wenn es zu jahrzehntelangen Verzögerungen, endlosen Anhörungen und zahllosen Gerichtsverfahren kam, wie beim Bau des rund 40 Kilometer langen Zwischenstücks der Autobahn A94 von München nach Mühldorf/Passau. Seit über 40 Jahren wird darüber gestritten, hoffnungslos überlastet ist die B12 und zahlreiche Menschenleben hat die Verzögerung gekostet.

Geht es den Wanzen und Fröschen und all den anderen Arten der „Roten Listen“, deren Namen und Aussehen außer Spezialisten in der betreffenden Tier- oder Pflanzengruppe keiner kennt, wirklich so schlecht? Müssen wir all die Kosten und Opfer auf uns nehmen, damit sie überleben?

Wo viel Geld ausgegeben wird, sollte es sich rentieren. Dieser Grundsatz muss im finanziell schlecht ausgestatteten Artenschutz erst recht gelten. Nachweise seiner Wirksamkeit bekommt die Öffentlichkeit nicht. Weil sie der kritischen Nachprüfung kaum standhalten würden. Sie erfährt hingegen, dass die „Roten Listen“ immer länger werden. Was dem Eingeständnis der Unwirksamkeit gleichkommt. So wurden für Kammmolche, deren örtlicher, durch den Autobahnbau möglicherweise betroffener Gesamtbestand etwa 5000 Tiere umfasste, 50 Millionen Euro ausgegeben. So teuer war die für sie gemachte Röhre durch die A44 in Hessen. Macht 10 000 Euro je Kammmolch. Wie viele verbesserte Biotope, passende Tümpel zum Laichen inbegriffen, hätten sich für so viel Geld machen lassen? Und damit der Art wirklich genützt! Ihre Haltung und private Vermehrung sind hingegen strikt verboten.

Arten- und Naturschutz sind allgemeine, überstaatliche Aufgaben. Sie gehen uns alle an, nicht allein die Naturschutzbehörden und die Naturschutzverbände. Uns, die wir die Kosten tragen, muss es zuvörderst an der Wirksamkeit der Maßnahmen gelegen sein. Doch damit sieht es alles andere als gut aus. Der bereits in dreistellige Milliardenbeträge angestiegene Einsatz von Mitteln hat die Gefährdung von frei lebenden Tieren und wild wachsenden Pflanzen keineswegs gemindert. Wo Erfolge zu verzeichnen sind, handelt es sich in aller Regel um vorher stark bejagte oder verfolgte Arten, wie Adler und Falken, Reiher und Fischotter oder die Biber. Der Juchtenkäfer in den Platanen am Stuttgarter Hauptbahnhof ist ebenso wenig ein Fall, der die Bedrohung einer seltenen Art vor Augen führt, wie der bizarre Kampf um die Bäume eine Lösung für ihn. Die allermeisten der Tausende in den „Roten Listen“ geführten Arten sind von Natur aus bei uns selten und sie werden selten bleiben, gleichgültig wie wir sie formal behandeln. Weil sie am Rande ihrer eigentlichen Vorkommen bei uns leben. Oder auch, weil Seltenheit ihre Spezialisten-Natur ist. Die Listen bedürfen dringend einer gründlichen Revision. Hinein gehören nur solche Tiere und Pflanzen, deren Seltenheit auf Tätigkeiten der Menschen beruht, die geändert werden könnten. Wie eben beim Abschuss oder bei der Verfolgung aus fischereilicher, land- und forstwirtschaftlicher Sicht. Baumaßnahmen sind so gut wie nie der Grund für ihre Seltenheit.

> Nachweise über Wirksamkeit der Schutzmassnahmen gibt es so gut wie gar nicht

Sagen wir es doch in aller Deutlichkeit: Der Artenschutz wird bei den meisten Baumaßnahmen von deren Gegnern instrumentalisiert. Aus eigensüchtigen Gründen sind sie gegen die Baumaßnahme, weil sie als Anlieger Betroffene sind, oder aus ähnlich selbstsüchtigen, wenn Schutzverbände in der Solidarisierung mit Bürgerinitiativen darin die Möglichkeit sehen, dass ihnen neue Mitglieder zuströmen. Um die schutzbedürftigen Arten geht es dann gar nicht mehr wirklich. Sie sind zu Instrumenten im Verhinderungskampf geworden, zu Waffen der anderen, der juristischen Art. Ob die betreffenden Arten etwas davon haben, steht nicht mehr zur Debatte. Dass der von Naturschutzverbänden so heftig bekämpfte Münchner Flughafen nun nicht nur Bayerns größten Brutbestand des großen Brachvogels beherbergt, dessen kleinen Restbestand er angeblich vernichten würde, sondern das landesweit größte Vorkommen von Feldlerchen dazu und zahlreiche weitere Raritäten, all das passt nicht zum naturschützerischen Klischee von Eingriffen in den Naturhaushalt, die ausgeglichen werden müssen. Dass diese Vögel das Dröhnen der Düsenjets nicht stört, stört umso mehr das artenschützerische Denken, das sich an den eigenen Vorurteilen gegen Flughäfen, Autobahnen und dergleichen festgefressen hat. Dabei ist so ein Verhalten der Vögel gar nicht neu, nur anders. Früher lebten in fast allen Dorfkirchtürmen Dohlen, Eulen, Käuze, Fledermäuse und oft auch Tauben. Das ohrenzerreißende Dröhnen der Glocken hielt sie nicht ab, im Turmgestühl zu brüten. Und: Je größer die Stadt, desto mehr Vögel in umso größerer Artenvielfalt leben darin – nicht weniger! Viele Tiere können, wie auch die meisten Pflanzen, sich sehr wohl mit der Menschenwelt arrangieren, wenn wir sie lassen. Dazu sind weder Vorschriften noch Schutzverordnungen, sondern ein vernünftiges Verhalten seitens der Menschen nötig. Und Dynamik. Wo sie fehlt, verarmt die geschützte Natur. Und wir, die Naturfreunde groß und klein, brauchen einen besseren Zugang zu ihr.

Prof. Dr. Josef H. Reichholf lehrte 30 Jahre lang „Naturschutz“ an der Technischen Universität München und war lange Zeit in den Präsidien führender Naturschutzorganisationen tätig. Seine Bücher: „Naturschutz – Krise und Zukunft“, „Ende der Artenvielfalt? Gefährdung und Vernichtung von Biodiversität“ und „Die Zukunft der Arten“. Er ist Träger der „Treviranus-Medaille“, der höchsten Auszeichnung des Verbands Deutscher Biologen und Biowissenschaftlicher Gesellschaften.

Netz der unbegrenzten Möglichkeiten

Auf Spurensuche nach dem Begriff »Preußen« in fünf Jahrhunderten deutscher Literatur

Die Möglichkeiten des Internets sind nahezu unbegrenzt. Mit der Suchmaschine Google können Laien wie Wissenschaftler Zusammenhänge erforschen, für die man einst dicke Bücher in Bibliotheken wälzen musste.

„Bis zum Jahr 2015 möchte die Internetsuchmaschine Google 15 Millionen Bücher (das sind umgerechnet 4,5 Milliarden Seiten) gescannt haben, um sie ihren Nutzern aus aller Welt im Internet anzubieten“, schrieb die *PAZ* am 21. Februar 2009. „Was sich unglaublich anhört, ist zunächst ganz einfach. Über bestimmte Suchworte können Buchseiten gefunden werden. Sofern die Texte urheberrechtlich frei sind und keine Einschränkungen durch Verlage oder Bibliotheken vorliegen, können die Buchseiten vollständig eingesehen werden. Liegen allerdings urheberrechtliche Beschränkungen vor, dann sind nur Textauszüge zu finden.“

> 37 Milliarden deutsche Wörter wurden erfasst

Es ging dann doch alles verhältnismäßig rasch. Innerhalb von sechs Jahren gelang es Google, in Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Eliteuniversität Harvard 15 Millionen Bücher zu digitalisieren und zu katalogisieren. 500 Millionen Wörter erfassten die Lesegeräte rund um den Globus. Allein in deutscher Sprache sind es 37 Milliarden Wörter.

Als amüsante Spielerei zwischendurch betrachten ernsthafte Wissenschaftler die daraus entstandene Suchmaschine, mit der sich die Wörter vermessen lassen. Dort findet man Informationen, wie sich die Nutzungshäufigkeit der Wörter in den vergangenen fünf Jahrhunderten geändert hat. Wenn man einen genauen Überblick bekommen will, dann kann man die Zeitspanne der Suchabfrage einschränken. Als Redakteur der *PAZ* sucht man selbstverständlich zunächst einmal nach dem Wort „Preußen“. Der Einfachheit halber gibt man als Zeitspanne die Jahreszahlen 1700 bis 1945 ein. Ab 1720 etwa steigt die Kurve und findet ihren Höhepunkt um 1760. Dort hält sie sich bis 1820, um dann in Stufen wieder abzufallen. Zwischen 1840 und 1860 fängt sie sich dann wieder, stürzt dann allerdings bis fast auf den Nullpunkt ab. Um 1870 steigt die Kurve kurz an, fällt wieder ab, um dann gleichmäßig im unteren Bereich zu verweilen. Natürlich muss man bedenken, dass es in früher Zeit, also 1700 und den Jahrzehnten danach, noch nicht viele Bücher gab, die digitalisiert werden konnten. Für die Publikationen aus dem 20. Jahrhundert ist darüber hinaus das Urheberrecht zu berücksichtigen, das eine Erfassung manches Mal unmöglich machte. Dennoch erhoffen sich Wissenschaftler, durch die quantitative Erfassung Erkenntnisse über Strömungen in Geschichte, Kultur, Sprache und Denken zu erlangen.

Unter der Kurve findet sich eine Leiste mit Hinweisen auf Bücher aus der gesuchten Zeitspanne. Dort kann man Buchtitel anklicken und nachlesen, was der betreffende Autor zu dem gesuchten Begriff zu sagen hatte. Zu den ältesten digitalisierten Büchern, in denen der Begriff Preußen zu finden ist, zählt der 1758 von Johann Christoph Adelung und Johann Christian Hörning herausgegebene Band „Denkwürdigkeiten Friedrichs des Großen, itzt regierenden Königs, zweyter Theil“. Dort liest man über des Königs Reise nach Preußen: „Im Junio that der König, in Begleitung des Herzog Ferdinands von Braunschweig, eine Reise nach Preußen. Er hatte dies Königreich seit dem Regierung-Antritt nicht wieder besuchet. Dem Könige folgte dahin ein zahlreiches Gefolge von Generals- und andern StandesPersonen: auch die Königl. Herren Brüder, die Prinzen Heinrich und Ferdinand. In Stargard, in Pommern, besähe der König das alldort in Besatzung liegende schöne Infanterie-Regiment, und übernachtete bey dem Fürsten Moriz von Anhalt-Dessau. Der Prinz ward von dem Könige mit einem sehr kostbaren und mit Dero Portrait geschmückten und mit Brillanten reich besetzten Ringe, von großem Werthe, beschenket. Der König musterte unterwegens die hin und her in Besatzung liegenden Regimenter. Bey Wehlau, sechs Meilen von Königsberg, hielt er die Revüe über die Dragoner und Husaren, und bey Königsberg, über die Infanterie-Regimenter. Bald darauf trat er die Rückreise nach Berlin an ...“

Silke Osman

www.ngrams.googlelabs.com


Denkwürdigkeiten Friedrichs, des Grossen, itzt regierenden Königs in Preussen. Zweyter Theil. 1758.

Fundgrube: Titelblatt der „Denkwürdigkeiten“ Bild: Google

In Kürze

Bielefeld in Bonn

In einem der schönsten Kunstmuseen Deutschlands, dem 1968 von Rudolf-August Oetker gestifteten Philip-Johnson-Bau der Kunsthalle Bielefeld, befindet sich eine Sammlung, die wenig bekannt ist. Ein Landschaftsbild von Lovis Corinth – und was für eines! Subjektives Ausdrucksverlangen und impressionistische Kunstauffassung halten einander diskret die Waage. Ein ebenso exklusives Ensemble von Max Beckmann, neben einem Porträt der Sängerin Leonore Duse, das Rodin gefühlvoll aus dem Marmor schlug. Zwei gegensätzliche Hauptwerke von Kirchner, daneben Surrealismus vom Feinsten. Bis Baselitz und Andy Warhol reicht die ungewöhnliche Sammlung der Kunsthalle Bielefeld. Sie ist beispielhaft für den einzigartigen Wiederaufbau von Sammlungen der klassischen Moderne seit den ersten Nachkriegsjahren. Mit einer reichen Auswahl von 120 Gemälden, Papierarbeiten, Skulpturen, Fotografien, Filmen, einigen Installationen und ungewöhnlichen Gegenüberstellungen überrascht die Ausstellung jetzt exklusiv in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Der Gang durch die Kunstgeschichte wird immer wieder durch Künstler- und Themenräume aufgelokkert. *PAZ*

Die Ausstellung in Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 4, ist bis 27. März dienstags und mittwochs von 10 bis 21 Uhr, donnerstags bis sonntags von 10 bis 19 Uhr zu sehen, Eintritt 8 / 5 Euro.

Gegen das Vergessen

Künstlerin engagiert sich für vergewaltigte Frauen



Olga Minardo: „Anonyma“ (Erinnerung an die vergewaltigten Frauen im Zweiten Weltkrieg und danach); im Hintergrund ist die Silhouette von Königsberg zu sehen)

Bild: Thielke

In warmen Farben und mit leichter Hand, so scheint es, bringt sie ihre Motive auf Papier oder Leinwand. Es sind Frauengestalten voller Poesie und Anmut, die Olga Minardo malt. Ihre Bilder sind bei Sammlern sehr gefragt und wurden schon in aller Welt ausgestellt, so – neben italienischen Städten – in Melbourne, Montreal, Peking, Madrid, Paris und Warschau. Illustrationen für Bücher und Titelblätter von Zeitschriften gehören ebenso zu ihrem Schaffen wie große Wandmalereien.

Die 1956 geborene Künstlerin, Tochter des Malers Guiseppe Minardo und der aus dem ostpreußischen Ortelsburg stammenden Malerin Vera Macht, lebt seit langem auf Sizilien. Doch fühlt sie sich ihrem deutschen Mutterland sehr verbunden, wie sollte man ihr Engagement sonst verstehen, wenn sie zum Weltfrauentag am 8. März auf ihrer Internetseite ein Bild veröffentlicht, das sie nach den aufsehenerregenden Erinnerungen einer Berlinerin an die Nachkriegswirren „Anonyma“ genannt hat. Die Künstlerin hat es den durch die Rote Armee vergewaltigten Frauen und geschundenen Kindern gewidmet.

„Ich erinnere an das tragische Schicksal von mehr als zwei Millionen deutschen Frauen und Kindern, die von den Soldaten und Offizieren der Roten Armee in den Jahren 1944 und 1945 auf bestialische Weise vergewaltigt, gequält oder ermordet wurden“, unterstreicht Olga Minardo ihr Vorhaben. „Vor allem deshalb, weil diese Frauen und Kinder mit ihren unsäglichen Leiden von der deutschen Politik bis heute vorsätzlich vergessen wurden. Obwohl die deutsche Kanzlerin Frau Merkel eine Frau ist. Ich gebe den Opfern dieser unmenschlichen Gewalt durch die oftmals hochdekorierten Helden der Sowjetunion und Jahr für Jahr gefeierten Befreiern Deutschlands mit meinem Bild sowohl Gestalt als auch Gesicht, um sie vor dem Vergessen zu bewahren.“ Schon bei einer Ankündigung in dem Netzwerk „Facebook“ erhielt sie unerwartet Zuspruch. Dabei wurde deutlich, dass in Italien die Verbrechen gänzlich unbekannt sind. Umso notwendiger ist das Vorhaben der Künstlerin. Neben dem Bild wird auf der Internetseite auch ein Verweis auf eine Studie der Universität Venedig zu finden sein, die sich mit den unmenschlichen Verbrechen beschäftigt. Außerdem hat Minardo Texte von Betroffenen, Augenzeugenberichte, Zeitungs- und Zeitschriftenberichte sowie Fotos und weiterführende Links zum Thema ins Netz gestellt. *os*

> Augenzeugenberichte ins Netz gestellt

www.olgaminardo.com

»Äußerst rührend«

Der Geigenvirtuose Franz Benda entzückte sein Publikum

Preußen wird von seinen Gegnern gern als Hort des Militarismus gescholten. Dass man sich dort auch den Musen, den Schönen Künsten widmete, wird oft und gern vergessen. Bei dem Stichwort „Musik“ fallen denn auch nur hämische Nebenbemerkungen, dass es dort doch allenfalls Marschmusik gegeben haben könne. Kenner verweisen dann allerdings auf Friedrich den Großen, der selbst begeistert musiziert und nicht zuletzt auch Komponisten gefördert hat. Zu ihnen gehört Franz Benda, der am 7. März 1786, vor nunmehr 225 Jahren, in Potsdam starb. Er gilt als einer der Wegbereiter der musikalischen ‚Klassik‘, und sein Werk hat bis heute kaum etwas an Charme und Ausdruck verloren. Doch kennen meist nur ausgewiesene Musikfreunde seine Kompositionen.

„An dem Hause des trefflichen, alten Konzertmeisters Benda in Potsdam machte der Reisende eine höchst erfreuliche Bekanntschaft“, notierte Johann Friedrich Reichardt, Komponist aus Königsberg, der 1775 nach Potsdam gekommen war, in seinen Erinnerungen. „Die ganze Familie nahm ihn sehr liebevoll auf und ließ ihn so manches hören, was seine Liebe und Achtung für die große Bendasche Schule noch verstärkte. Franz Benda spielte damals nur selten noch Violine; er wirkte regelmäßig nur in den Kammerkonzerten des Königs und zuweilen noch in der großen italienischen Oper mit.“

Reichardt hatte indessen das Glück, ihn einige Male auf der Violine phantasieren und einige seiner Capriccios spielen zu hören. „Nie sollte der Eindruck, den der volle Ton, die vollkommen reine Intonation, die überaus deutliche Pronunziation jedes Ausdrucks, jedes Vorschlags und der seelenvolle, rührende Vortrag auf ihn machten, aus seiner Seele verschwinden ...“

Geboren am 22. November 1709 im böhmischen Alt-Benatek, führte sein abenteuerlicher Lebensweg Franz Benda als Vokalist ans Benediktinerkloster der Kirche St. Nikolai nach Prag, später als Kapellknabe zu den Jesuiten in Dresden. Dort begegnete er dem Flötisten Quantz und den Brüdern Graun, die ihn prägten und seinen Musikstil beeinflussen sollten.



Franz Benda Bild: pa

Über Wien und Warschau kam Benda wieder nach Dresden, wo er am Hof Augusts des Starken wirkte. In Dresden traf er erneut auf Quantz, der mittlerweile zum Musikzirkel um den preußischen Kronprinzen Friedrich gehörte. 1733 begegnete Benda Friedrich zum ersten Mal in Ruppin, ein Ereignis, das sein weiteres Schicksal bestimmte: als Erster Geiger und Konzertmeister des königlichen Orchesters war er in Rheinsberg und später in Potsdam tätig.

Doch auch als Komponist wirkte der Böhme. Der größte Teil seiner Flötenkonzerte und -sonaten dürfte dem großen König auf den Leib geschrieben gewesen sein, denn der Monarch hat als Flötist noch im Alter beeindruckt. Im Hause Benda lernte Reichardt damals übrigens auch Tochter Juliane kennen, die ihn durch ihren Gesang, ihr Klavierspiel, aber auch durch ihre Kompositionen begeisterte. 1777 heirateten sie; der Ehe entstammten ein Sohn und zwei Töchter.

Franz Benda und sein Werk sind heute nur noch ausgewiesenen Musikkennern ein Begriff. Zu Lebzeiten aber wurde er als Violinvirtuose, Komponist und Lehrer hoch verehrt. So schrieb Reichardt über die Spielweise des Schwiegervaters: „Hätten Sie nur einmal gehört, wie Benda mit seinem gewaltigen Bogen das Herz des Zuhörers zu bestürmen, zu äußerster Wehmuth zu stimmen weiß, und wie er denn wieder Trost und süße Hoffnung in das Herz gießt, wie er unerschränkt das Herz seiner Zuhörer regiert.“

„Sein Stil ist wahrhaft cantabile, dass man in seinen Kompositionen selten eine Passage antrifft, die es nicht in dem Vermögen einer Menschenstimme stünde zu singen, und er ist ein so gefühlvoller Spieler, so mächtig rührend in seinem Adagio, dass mich verschiedene große Musiker versichert haben, wie er ihnen durch sein Adagiospielen sehr oft Tränen entlockt habe“, berichtete der Engländer Charles Burney 1772 über einen Besuch bei dem Komponisten. Und Reichardt rühmte: „Es ist wahr: die ächte Bendaische Spielart hat ganz etwas Eigenes. Ihr Hauptcharakter ist: Adel, Annehmlichkeit und äußerst rührend ...“ *os*

Lobbyist der Kinderreichen

Der erste Bundesfamilienminister gab dem »Wuermeling« (»Karnickelpass«) seinen Namen

Spät erst fand Franz-Josef Wuermeling zur Familienpolitik. Die Forderung nach einem stärkeren Lastenausgleich zugunsten kinderreicher Familien wurde jedoch schließlich zum Herzensanliegen des fünffachen Familienvaters. Vor 25 Jahren starb der erste Familienminister der Bundesrepublik Deutschland.

Der am 8. November 1900 in Berlin geborene Franz-Josef Wuermeling trat in die Fußstapfen seines Vaters. Wie Bernhard Wuermeling war auch der Sohn katholischer Konfession und gehörte als höherer Beamter und Parlamentarier sowohl der Exekutive als auch der Legislative an. Nach Abitur und Wehrdienst bei der Marine studierte er Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Münster,

Unter ihm wurde das Kindergeld eingeführt

Hamburg und Freiburg im Breisgau. Dem Abschluss des Studiums mit der Promotion folgte 1926 die Aufnahme in das preußische Ministerium des Innern. 1931 wurde er Landesrat und Finanzdezernent der Provinzialverwaltung Kassel. Fünf Jahre nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten wurde er 1938 aus politischen Gründen zwangspensioniert.

Gezwungenermaßen ging Wuermeling in die Privatwirtschaft. 1940 wurde er Angestellter der Basalt-Actien-Gesellschaft mit Sitz in Linz am Rhein. Bis 1945 stieg er zum Vorstandsmitglied auf. Wegen dieser Tätigkeit wurde er als „unabkömmlich" eingestuft. Nur wenige Monate musste er Kriegsdienst leisten, wie im Ersten Weltkrieg wieder bei der Marine.

Nach dem Krieg behielt er seinen Vorstandsposten und engagierte sich nebenbei in der Politik. Noch 1945 trat der Katholik der CDU bei und übernahm in Linz am Rhein das Bürgermeisteramt.

1947 beendete er seinen unfreiwilligen Ausflug in die Privatwirtschaft und ging ins Innenministerium zurück, diesmal als Staatssekretär des Landes Rheinland-Pfalz, in dessen Norden Linz am Rhein nun lag. Gleichzeitig zog er für die CDU in den Landtag des neu geschaffenen Bundeslandes ein.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ging Wuermeling in die Bundespolitik. Noch in deren Gründungsjahr zog er als Abgeordneter des Wahlkreises Altenkirchen-Neuwied in den Bundestag ein und wechselte als Staatssekretär vom rheinland-pfälzischen Landesdienst ins Bundeskanzleramt. In Bonn profilierte sich der Politiker als Spezialist für Haushalt und Beamtenrecht.

Im Jahre 1952 wurde in Bonn das Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter beschlossen, und nach der Bundestagswahl ein Jahr später wurde aus koalitionsarithmetischen Gründen ein neues Bundesministerium für Familienfragen aus dem Innenministerium herausgelöst. Erster Leiter dieses Ministeriums wurde Franz-Josef Wuermeling.



Bild: Darchinger; Bild: Archiv

Franz-Josef Wuermeling (kleines Foto): Sein politisches Wirken galt den Familien, insbesondere den kinderreichen.

In diesem Amt profilierte sich der fünffache Familienvater vor allem als Lobbyist kinderreicher Familien. Der Familienlastenausgleich aus dem Gründungsjahr der Bundesrepublik sah nur eine Förderung der Familien durch steuerliche Kinderfreibeträge von anfänglich 600 D-Mark vor. Diese Freibeträge kletterten in Wuermelings Amtszeit bis auf 1200 D-Mark im Jahre 1961. Damit die Familien, die nichts zu versteuern hatten, nicht weiter leer ausgingen, wurde 1955 mit dem Kindergeldgesetz erstmals ein Kindergeld in Höhe von 25 D-Mark ab dem dritten Kind vorgesehen. Ab 1961 kamen auch kleinere Familien mit nur zwei Kindern in den Genuss dieses Kindergeldes.

Außerdem wurde 1955 der auch scherzhaft „Karnickelpass" genannte „Wuermeling" oder „Würmeling" eingeführt. Hierbei handelte es sich um einen Berechtigungsausweis für ermäßigte Fahrkarten, den die Deutsche Bundesbahn beziehungsweise Deutsche Bahn aufgrund eines Bundesgesetzes für Kinder aus kinderreichen Familien bis 1999 anbot.

1957 wurde Wuermelings Ministerium um die Zuständigkeit für Jugendfragen erweitert. Allerdings machte erst sein Nachfolger, Bruno Heck, die Jugendpolitik zum Schwerpunkt seiner politischen Arbeit. Wuermelings Anliegen blieb die Familienpolitik. Entgegen dem Trend im „Wirtschaftswunder"-Land ging es ihm nicht um die Vereinbarkeit des Mutterdaseins mit dem Beruf, sondern um die finanzielle Absicherung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Sein Emanzipationsmodell lief nicht darüber, dass die Frau die traditionelle Männerrolle im Berufsleben übernimmt, sondern über die höhere Wertschätzung der klassischen Rolle der Frau als Mutter. Das Zitat „Für Mutterwirken gibt es nun einmal keinen vollwertigen Ersatz" wird ihm ebenso zugeschrieben wie „Eine Mutter daheim ersetzt vielfach Autos, Musiktruhen und Auslandsreisen".

Mehrmals sah Wuermeling sich gezwungen, zur Durchsetzung seiner finanziellen Forderungen für die Familienförderung mit dem Rücktritt zu drohen. Als Bundeskanzler Konrad Adenauer 1962 als Folge der „Spiegel"-Affäre sein Kabinett umbildete, verlor Wuermeling sein Ministerium.

1969 verzichtete er auf eine weitere Kandidatur für den

»Offene und stille Demontage des Familienausgleichs«

Bundestag, nicht ohne vorher noch der damaligen Bundesregierung „offene und stille Demontage des Familienausgleichs" vorgeworfen zu haben, ein Prozess, der bereits unter dem Wirtschaftsliberalen Ludwig Erhard begonnen habe. Ein Jahr zuvor war er bereits wegen Differenzen mit seinem damaligen Landesvorsitzenden, Helmut Kohl, aus dem rheinland-pfälzischen CDU-Vorstand ausgeschieden.

Auch außerparlamentarisch verfolgte Wuermeling sein sozial(politisch)es Anliegen, so ab 1966 als Vorsitzender des Sozialdienstes Katholischer Männer. Am 7. März 1986 starb Franz-Josef Wuermeling im westfälischen Münster. *Manuel Ruoff*

Verlustkatalog vorgestellt

Zerstörte, verschollene und geraubte Kunst aus Preußen-Eigentum

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hat im Schloss Charlottenburg in Berlin den zweiten Band der Verluste ihrer Gemäldesammlung präsentiert. Der erste Band des Verlustkataloges ist bereits 2004 erschienen. In ihm sind die über 3000 Staffelei-, Wand- und Deckengemälde aufgelistet, die seit 1945 verschollen sind. So konnte erstmals ein Überblick über verloren gegangene Kunstobjekte geschaffen werden, die teilweise im Zweiten Weltkrieg zerstört, aber auch als Beutekunst in die Sowjetunion transportiert wurden. Der jetzt erschienene zweite Band gibt Aufschluss über verschwundene zumeist kleinformatige Kunstwerke wie die Sammlung von Miniaturen, Porzellanbildern, Pastellen sowie Glas- und Mosaikbildern aus den preußischen Schlössern.

Nur wenige Teile der 1945/46 in die Sowjetunion gebrachten Werke kamen 1958 wieder in die DDR zurück. So ist zum Beispiel die Hälfte der ehemals 150 vorhandenen Pastellbilder verschwunden. Das Titelbild des 200-seitigen Kataloges zeigt eines dieser wertvollen Pastelle von Jean-Etienne Liotard: ein Kinderbildnis der Prinzessin Luise von Oranien, entstanden 1772. Es ist heute im Staatlichen Puschkin-Museum Moskau zu finden, wo es 1995 ausgestellt wurde. Nahezu ganz verloren ist die einstmals im Hohenzollernmuseum ausgestellte Miniaturensammlung. Von zirka 400 Stücken sind nur noch 16 im Besitz der SPSG. Man wolle durch die Veröffentlichung keinem Phantomschmerz vorangegangener Verluste Rechnung tragen, meint Samuel Wittwer, Direktor der Schlösser und Sammlungen der SPSG, sondern der Tatsache förderlich sein, dass nach Erscheinen des ersten Bandes 2004 mehr als 20 verschollene Gemälde wieder aufgefunden werden konnten. Unter anderem in Kirgisien sowie im Londoner und Berliner Kunsthandel.



Mit dem Verlustkatalog: Samuel Wittwer Bild: Friedrich

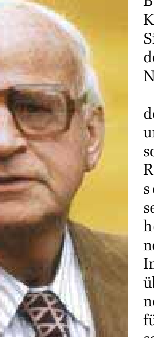
Auch die 2010 erfolgte sensationelle Rückgabe der zehn aus der Galerie in Sanssouci stammenden Gemälde, die im Besitz einer Berliner Privatperson waren, ist möglicherweise der Veröffentlichung der Verlustliste zu verdanken. Auch die zurückgekehrten Kunstobjekte werden im Band gesondert dargestellt.

Die durch die Bundesregierung und die Länder Berlin und Brandenburg sowie die Kulturstiftung der Länder geförderte Publikation ist in den Museumsshops der Schlösser erhältlich, kann aber auch online bestellt werden: www.museumsshop-im-schloss.de *Silvia Friedrich*

Erster Dekan

Thielicke wandte sich gegen Linkstrend

Bei einer Auflistung der erfolgreichsten protestantischen Theologen Nachkriegsdeutschlands darf sein Name nicht fehlen: Helmut Thielicke. Der am 4. Dezember 1908 in Barmen geborene Wissenschaftler und Prediger mit starker Medienpräsenz wusste Hörsäle wie Kirchen zu füllen – und stellte sich gegen den Zeitgeist. Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg wandte er sich 1947 öffentlich in einer Karfreitagspredigt gegen eine „undifferenzierte Kollektivverdammung der Deutschen" und protestierte gegen Verbrechen unter dem Deckmantel der „Entnazifizierung". Dreieinhalb Jahrzehnte später hielt er dem Weltkirchenrat den Spiegel vor, indem er ihm vorwarf, von einem „Repräsentanten der Kirche zu einem Polit-Club mit zunehmender Hörigkeit gegenüber marxistischen Programmen" zu werden.



Helmut Thielicke Bild: pa

Zusätzliches Gewicht erhielt Thielickes Kritik dadurch, dass er selber zu den Opfern des NS-Regimes gehört hat. Bemerkenswerterweise war es mit Karl Barth einer der schärfsten Kritiker der NS-Gleichschaltungspolitik, der Thielicke für die Theologie begeistern konnte. 1940 unterbrachen die Nationalsozialisten die steile Karriere des Nachwuchswissenschaftlers durch Amtsenthebung sowie Rede-, Schreib- und Reiseverbot. Der väterliche Freund Bischof Theophil Wurm bewahrte den Angehörigen der Bekennenden Kirche in dieser Situation vor dem beruflichen Nichts.

Nach dem Ende von Krieg und NS-Herrschaft setzte der Religionswissenschaftler sein Wirken in herausgehobener Stellung fort. In Tübingen übernahm er einen Lehrstuhl für Systematische Theologie. 1951 wurde er Rektor der Universität und Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz. 1954 wurde er nach Hamburg gerufen, um an der dortigen Universität als Dekan eine Theologische Fakultät aufzubauen. 1960 wurde er – wie zuvor ja schon in Tübingen – auch hier Rektor. Hamburg blieb die letzte Station des gebürtigen Preußen und dort starb er auch am 5. März 1986. *M.R.*

Ausstellung und Lesung

Der Verein Freunde der Grundbuchhalle und der Hamburger Richterverein laden für den Abend des kommenden Mittwochs, des 9. März, nach Hamburg zur Ausstellungseröffnung und Lesung ein. Zu sehen gibt es die Ausstellung „Der Norden Ostpreußens – Land zwischen Zerfall und Hoffnung" mit Fotos von Christian Papendick. Außerdem steht eine Lesung von Arno Surminski aus seinem Werk „Sommer vierundvierzig – Oder wie lange fährt man von Deutschland nach Ostpreußen" auf dem Programm. Nach der Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht a.D. und Ehrenvorsitzenden des Hamburgischen Richtervereins, Gerhard Schaberg, hält der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, Joachim Mähnert, eine kurze Einführung. Anschließend spricht Surminski über die Bilder Papendicks und liest aus seinem Buch. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr in der Grundbuchhalle des Ziviljustizgebäudes, Sievekingplatz 1. Der Eintritt beträgt 5 Euro. *PAZ*

Bild: Archiv

Grundbuchhalle in Hamburg

»Dresden an der Ostsee«

Am 12. März 1945 bombardierten die Anglo-Amerikaner Swinemünde – Neue Veröffentlichung des Volksbundes

Nicht einmal einen Monat nach den verheerenden britischen und US-amerikanischen Luftangriffen auf Dresden warfen 661 viermotorige Langstreckenbomber der 8. US-Luftflotte Bombenteppiche, bestehend aus 1608 Tonnen Sprengbomben, über der Hafen- und Bäderstadt Swinemünde ab. Der Angriff dauerte nicht einmal eine Stunde, aber seine Folgen waren grauenhaft.

Vor allem am Hafen und unter den Bäumen des Kurparkes hatten sich viele tausend Flüchtlinge aus den Ostgebieten versammelt, um auf die Verschiffung nach Schleswig-Holstein und Dänemark zu warten. Auch passierten viele Trecks auf dem Weg nach Westen Swinemünde; die Straßen der Umgebung waren von langen Flüchtlingsströmen bevölkert, die von sowjetischen Jagdbombern immer wieder im Tiefflug angegriffen wurden.

Die Zahl der Toten wurde nie annähernd genau ermittelt

Die Zahl der Toten konnte nie auch nur annähernd genau ermittelt werden, rückten doch schon am 4. Mai 1945 sowjetische Truppen in die unverteidigte Stadt ein, als noch nicht einmal alle Massengräber geschlossen waren. Nach dem Krieg war von 6000, 8000, ja sogar 20000 und 22000 Toten die Rede. Zeitzeugen sprachen vom „Dresden an der Ostsee“.

Dieser Katastrophe thematisiert der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in einem voluminösen Sammelband über die Geschichte Swinemündes und seines Umlandes seit dem 19. Jahrhundert. Einen Schwerpunkt bildet dabei der Golm, ein Hügelgelände südwestlich des Ortes, auf dem die meisten Kriegstoten ihre letzte Ruhe gefunden haben. 25 Autoren behandeln die Entwicklung der Gegend unter verschiedenen Aspekten, wobei der Luftangriff und seine Folgen im Mittelpunkt stehen. Während Swinemünde in der Londoner Konferenz Polen zugeschlagen wurde, verblieb der Golm bei Deutschland, beziehungsweise in der Sowjetischen Besatzungszone, dann in der DDR, um seit der kleinen Wiedervereinigung zur Bundesrepublik Deutschland zu gehören.

Der Angriff der amerikanischen Bomber am 12. März 1945 soll auf das sowjetische Ersuchen zurückgegangen sein, den wichtigen Marinestützpunkt Swinemünde, in dem Schiffe der Kriegsmarine Munition und Treibstoff aufnahmen und der auch für Truppentransporte verwendet wurde, anzugreifen. Die Tatsache, dass dort auch Zigtausende von Flüchtlingen versammelt waren, soll nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

Die Opfer mussten in aller Eile beerdigt werden, wobei es nur in seltenen Fällen möglich war, sie zu identifizieren. Unmöglich war die Identifizierung der vielen Toten auf den im Hafen versenkten Flüchtlingstransportern, von denen einige erst lange nach der Besetzung durch Sowjettruppen geborgen werden konnten.

Mehrere Beiträge des Buches behandeln die Frage nach den Verlusten. Rolf Dieter Müller, Wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam, kommt zu dem Schluss, dass es „weniger als 10000“ waren. In seiner Schilderung des gesamten Komplexes des Luftkrieges folgt er den Forschungsergebnissen seines früheren Kollegen, Horst Boog, nach denen es die Briten waren, die lange vor Beginn des Zweiten Weltkrieges beschlossen hatten, in kommenden Krieg die feindliche Zivilbevölkerung – Völkerrecht hin oder her – zum Ziel ihres Luftkrieges zu machen, da so am schnellsten die Kampfmoral des Gegners gebrochen werden könne. Aber es kann natürlich in seinem Beitrag (wie auch in manchem anderen) nicht fehlen, dass das Deutsche Reich 1939 „den Raub- und Eroberungskrieg“ begonnen habe, um damit zu suggerieren, dass es damit mittelbar auch am Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung schuld ist.



Ausladen von Soldaten und Flüchtlingen in unmittelbarer Nähe des Fähranlegers am östlichen Swineufer. Die Menschen waren am 11. März im Rahmen der Evakuierung von Kolberg auf Reede vom Zerstörer Z 34 übernommen worden. Bild: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Helmut Schnatz, der schon – wie Müller – bei der Schätzung der Dresdner Luftkriegstoten eine wichtige Rolle gespielt hat, kommt im Fall Swinemünde zu dem Schluss, dass auf den Friedhöfen auf dem Golm nicht mehr als 4500 Tote liegen, konzediert aber, dass mindestens noch ein Massengrab unentdeckt auf jetzt polnischem Gebiet liegen könnte.

Dieser Zahl widerspricht der jetzige Leiter der Jugenbegegnungs- und Bildungsstätte Golm des Volksbundes, Niels Köhler: Er wirft Schnatz vor, nicht alle Kriegsgräber berücksichtigt zu haben, sind doch auch zahlreiche Luftkriegstote auf dem Neuen und Alten Friedhof in Swinemünde wie auf dem Friedhof in Osternothafen beigesetzt. Auch an anderen, östlich der Swine gelegenen, jetzt zu Polen gehörenden Plätzen seien damals Tote beerdigt worden.

Man findet im Buch noch weitere aufschlussreiche Berichte über das Leben in den ersten Nachkriegsjahren unter sowjetischer, später polnischer Besatzung, so etwa den über den ersten von der Besatzungsmacht eingesetzten Landrat, einen vorbestraften Alt-Kommunisten, der sehr bald von den Sowjets vor Gericht gestellt werden musste, weil er nach gemeinsamen Saufgelagen mit russischen Offizieren anschließend mit seinen Gesinnungsgenossen loszog, um gefangene Deutsche nicht nur zu quälen, sondern auch zu ermorden. Er wurde des Plünderns angeklagt und zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch sein Nachfolger, ebenfalls ein bewährter Antifaschist, erwies sich als kriminell und wurde abgesetzt. Ein polnischer Historiker hat die noch vorhandenen Akten eines polnischen Gerichts in Stettin über das Gerichtsverfahren gegen einige Angehörige der polnischen Miliz, die zahlreiche deutsche Gefangene, Männer und Frauen, ohne jeden Anlass zu Tode gequält haben, aufgearbeitet. Die Täter wurden zu bis zu vier Jahren Haft verurteilt, wovon ihnen jeweils zwei Jahre erlassen wurden.

Ausführlich wird das Schicksal der Friedhöfe dargestellt, bis sie ihren jetzigen, würdigen Zustand erreichten. Nachdem sie in der DDR unbeachtet geblieben waren, bildete sofort nach der kleinen Wiedervereinigung eine wachsende Zahl von Bürgern die „Interessengemeinschaft Gedenkstätte Golm“. Sie bewahrte die Gräber vor dem Verfall, bis sie der Volksbund im Jahre 2000 in seine Trägerschaft übernahm.

Hans-Joachim von Leesen

Symbiose von alt und neu

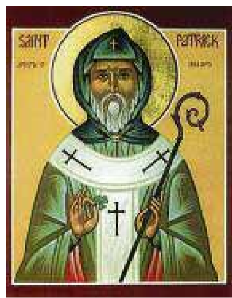
St. Patrick wusste seine Iren zu nehmen und zu christianisieren

Das Kleeblatt musste ein dreiblättriges sein, denn dann konnte der heilige Patrick mit ihm den heidnischen Iren die christliche Dreieinigkeit erklären: ein Ursprung (Stengel), aus dem heraus sich drei verschiedene Personen (Blätter) entfalten. Volkstümlicher geht es nicht.

Zu welcher Zeit der heilige Patrick so gepredigt hat, ist ziemlich unsicher. Legenden, die erst Generationen nach seinem Wirken aufgezeichnet wurden, setzen seinen Tod auf den 17. März 461. Seitdem wird der 17. März von allen Iren auf der Welt als „St. Patrick’s Day“ zur Betonung ihrer unverwechselbaren „Irishness“ phantasievoll gefeiert. Einige (wenige) moderne Historiker halten dieses Datum sogar für zuverlässig.

Aus der von ihm verfassten Schrift „confessio“ (Bekenntnis) geht hervor, dass seine Eltern aus römischer Familie gallischen oder britannischen Ursprungs waren, seine Mutter soll gar eine Verwandte des heiligen Martin von Tours gewesen sein, des damals populärsten Heiligen der lateinischen Christenheit. Als er 15 Jahre alt war, verschleppten ihn irische Piraten auf ihre Insel, in deren Norden er sechs Jahre lang als Sklave schuften musste.

Eine Engelserscheinung inspirierte ihn zur Flucht, eine weitere dazu, seinen Peinigern das Evangelium zu bringen, gemäß dem christlichen Gebot, seine Feinde zu lieben. Er bildete sich in Gallien geistlich aus, und als er schon vorgerückten Alters war, beorderte ihn der Papst, der heilige Coelestin I., als Bischof zur Bekehrung der Iren aufzubrechen, was er dann auch tat. Seine Wirkung ist, streng wissenschaftlich gesehen, nicht greifbar. Allenfalls lässt sich erschließen, dass er im Norden Irlands tätig war, denn die Gründung des Bistums Armagh im heutigen Ulster wird ihm zugeschrieben.



Saint Patrick Bild: Archiv

Er bezog die Fürsten des Landes klugerweise in seine Bemühungen ein. Denn es wird berichtet, dass er mit einem Gefolge von Fürstensöhnen umher zog und dass hochgestellte Damen für seine Botschaft empfänglich waren, da die Gründung mancher Nonnenklöster mit den dazugehörigen Äbtissinnen auf ihn zurückgeführt wird. Er soll es auch nicht verschmäht haben, der Bekehrung durch materielle Anreize nachzuhelfen. In den klerikalen Kreisen des Kontinents erntete er damit Stirnrunzeln. Doch musste er sich den Sitten der aristokratischen Kriegergesellschaft anpassen, in der er wirken wollte.

Aber auch das einfache Volk sprach er an. Wesentlich für Patricks Erfolge dürfte auch gewesen sein, dass seine Theologie nicht viel von der Schlichtheit des erwähnten Kleeblatt-Gleichnisses abwich. In seiner „confessio“ findet sich keinerlei Hinweis auf die damaligen, massiven Auseinandersetzungen der römischen Kirche mit zeitgenössischen Ketzereien. Viel lieber zeichnen ihn seine Biographen als einen robusten Zauberer, der seinen natürlichen Feinden, den Druiden, den Schneid abkaufte. Wie anderen Boten der neuen Religion gelang es ihm, die Kulte und sakralen Orte der alten Religion zu besetzen und mit christlichen Vorzeichen umdeuteten. St. Patrick war sozusagen der fähigere Druide. So entstand eine stabile Symbiose von Alt und Neu.

Hier wird greifbar, woraus die unverwüstliche nationale Eigenart der Iren sich speist: aus einer Kontinuität, für die auch die Einführung des Christentums keinen Bruch bedeutete. *Bernd Rill*

Feindin der Demokratie

Warum Rosa Luxemburgs Nimbus die Sowjetherrschaft überlebt hat

Kaum ein anderer Kommunist erfreute sich während des Kalten Krieges bei den Blockfreien und auch in der westlichen Welt einer derartigen Wertschätzung und wird auch noch nach dem Zusammenbruch der Sowjetherrschaft derart geehrt. In Josip Broz Titos Jugoslawien war ihr Todestag ein gesetzlicher Feiertag. Die westdeutsche Bundesrepublik widmete ihr eine Briefmarke. Und erst vergangenes Jahr wurde im Zossener Ortsteil Wünsdorf-Waldstadt eine Straße nach ihr benannt

Das liegt vor allem daran, dass sich Rosa Luxemburg kritisch mit dem sogenannten real existierenden Sozialismus in Sowjetrussland auseinandersetzte, am Leninismus dessen Freiheits- und Demokratiedefizit kritisierte. Berühmt und viel gelobt sind ihre Worte: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden.“ Weiter heißt es: „Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird.“ Und sie die Demokratie schrieb sie: „Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch die Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.“ Ähnlich wie beim späteren KPdSU-Chef Michail Sergejewitsch Gorbatschow waren auch Luxemburg die Segnungen einer offenen Gesellschaft weniger Selbstzweck denn Mittel zum Aufbau des Sozialismus. Denn der Sozialismus, so ihr Credo, „lässt sich seiner Natur nach nicht oktroyieren ... Die ganze Volksmasse muss daran teilhaben.“



Rosa Luxemburg Bild: Internet

Trotz ihres Plädoyers für Freiheit und Demokratie sollte man sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass Luxemburgs Lehren außerhalb des Verfassungsbogens stehen und sie, wenn sie heute noch leben würde, ein Fall für den Verfassungsschutz wäre. So avancierte sie im sogenannten Revisionismusstreit der deutschen Sozialdemokratie zur Wortführerin des linken Flügels. Nach der Rücknahme der Sozialistengesetze durch den in vielerlei Hinsicht modernen und fortschrittlichen Kaiser Wilhelm II. keimte bei den sogenannten Revisionisten um Eduard Bernstein die Hoffnung, im kapitalistischen Staat die Ziele der Arbeiterpartei auf legalem Wege erreichen zu können. Luxemburg hingegen hielt die Nutzung der legalen Möglichkeiten, die der kapitalistische Staat bietet, zwar für sinnvoll, eine Revolution zur Beseitigung des kapitalistischen Systems jedoch nichtsdestoweniger für unersetzlich. Folgerichtig beteiligte sie sich denn auch am Spartakusaufstand, bei dessen Niederschlagung sie am 15. Januar 1919 getötet wurde.

Angesichts dieser Biographie bietet es sich für deutsche Kommunisten, die sich von der durch die friedliche Revolution überwundenen leninistisch-stalinistischen SED-Diktatur in Mitteldeutschland aus Überzeugung oder aber aus taktisch-opportunistischen Erwägungen heraus abgrenzen wollen, an, unter der Flagge Rosa Luxemburgs zu segeln. Deshalb werden auch dieses Jahr wieder Kommunisten unterschiedlichster Provenienz den Geburtstag der am 5. März vor 140 Jahren geborenen Politikerin mehr oder weniger festlich begehen. *Manuel Ruoff*

Zu Guttenberg soll bleiben

Zu: Leserbrief „Guttenberg soll wie Köhler zurückgedrängt werden“ (Nr. 6)

Jawohl, Herr Hellbrich, so empfinde ich es auch. Schon seit einiger Zeit verfolge ich mit Sorge die Taktik bestimmter Parteien und auch Medien, die Herrn zu Guttenberg zur Strecke bringen wollen. Ich kann nur wünschen und hoffen, dass Herr zu Guttenberg dem ganzen Palaver Stand hält, auch für mich ist er der von mir sehr geschätzte und geachtete Politiker.

Wir sind Deutsche und möchten auch weiterhin geachtet und geschätzt werden. Dazu sind Politiker wichtig, die Klartext reden und einen klaren Weg aufzeigen und nicht reden, wie es gebraucht wird. Auch ich gehe regelmäßig zur Wahl und denke dabei an eine Partei, die sachlich und mit Erfolg die Interessen der deutschen Bürger vertritt.

Ich bin bis 1948 in russischer Gefangenschaft gewesen. Habe viel Schlimmes erlebt. Hatte nichts – rein gar nichts. Habe keine Unterstützung seitens der DDR bekommen, bin nicht untergegangen, bin aber eine Deutsche geblieben und das mit Stolz.

Charlotte Gassert, Boizenburg

Hoffentlich hält der Minister stand

Zu: „Guttenberg“ (Nr. 8)

Unser Verteidigungsminister ist einer infamen Kampagne ausgesetzt, die das einzige Ziel verfolgt, ihn zu stürzen. Die Afghanistan- und Gorch-Fock-Vorkommnisse hatten denselben Zweck. Bei letzteren wollte man ihm Fehlverhalten als Verteidigungsminister unterstellen. Als das nichts nützte, schob man nach, indem man ihn im privaten Bereich – hier über seine Doktorarbeit – ehrenrührig unmöglich machen und ihn zum Rücktritt zwingen wollte. Hoffentlich hält der Minister stand. Denn Fehler in Doktorarbeiten sind keine Seltenheit, und viele lassen sich dabei auf welche Art auch immer helfen. Der Doktorgrad ist eine Auszeichnung. Sie stärkt das Image zum Beispiel einer Firma. Insofern werden geeignete Mitarbeiter dazu gedrängt zu promovieren und erhalten großzügige Unterstützung. Man sollte einmal alle Doktorarbeiten mindestens der Bundestagsabgeordneten auf „Fehler“ überprüfen. Was da wohl herauskäme.

Auf jeden Fall nimmt unsere Demokratie durch solche „Affären“ schweren Schaden und das nützt denen, die sie abschaffen wollen.

Inge Schmidt, Hamburg

Fichte wie Schiller

Zu: „Johann G. Fichte bleibt aktuell“ (Nr. 7)

Der Artikel über den Philosophen J. G. Fichte trifft den Nagel auf dem Kopf! Ich möchte ihn ergänzen um einen Satz von Schiller, der am 13. Juli 1793 an den Prinzen Friedrich Christian zu Schleswig-Holstein schrieb: „Man wird in anderen Erdteilen den Negern die Ketten abnehmen und in Europa den Geistern anlegen.“ Dem ist eigentlich nichts weiter hinzuzufügen.

Wolfgang Reith, Neuss

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Zu Guttenberg: Die Debatte um seine Dr.-Arbeit beschäftigt die ganze Republik. Bild: M. Hitij/dapd

Mit fremden Federn geschmückt?

Zu: „Guttenberg“ (Nr. 8)

Die kritische Frage, die an jede juristische Dissertation zu stellen ist, lautet so: Hat der Verfasser seine eigene Meinung unter kritischer Heranziehung der wesentlichen Meinungen in Literatur und Judikatur ausreichend begründet? Wesentlich erlaubt ist redaktionelle Konzentration bei inhaltlich korrekter und nicht durchweg wörtlicher Wiedergabe. Soweit erkennbar ist, dass der Verfasser eigene kritische Äußerungen darlegt, muss er diese nicht belegen.

Nun sollte die Darstellung anderer Meinungen von der Begründung eigener Auffassung getrennt sein, aber in einem methodischen Fehler steckt noch keine wissenschaftliche Unehrlichkeit, die anzuprangern wäre. Es müsste Aufgabe des Betreuers der Arbeit („Doktorvater“) sein, auf eine präzise Abgrenzung im Text hinzuwirken. Zumindest hätte der Fakultätsassistent, der die Zitate überprüft, Anregungen geben sollen.

Angesichts der Tatsache, dass in Grundgesetzkommentaren mitunter 382 Druckseiten für einen einzigen Artikel verwendet werden, und dass ferner das Thema der Doktorarbeit sehr weit gefasst war, sind über 400 Seiten und damit Fehler in der Darstellung nicht völlig zu vermeiden (wie bei jeder Seminar- oder Diplomarbeit).

Wissenschaftlich – und erst recht politisch – ist zu prüfen, ob sich der Verfasser vorsätzlich „mit fremden Federn geschmückt hat“. Alles andere ist politischer Klamauk.

Dr. K. J. Schneider-Haßloff, Berlin

Ditib verhöhnt unsere Politik-Elite

Zu: „‚Mahnmal der Desintegration‘“ (Nr. 6)

Während in der Türkei die ohnehin wenigen Christen verhöhnt, diskriminiert und verfolgt werden, wird in Deutschland wieder einmal ein Symbol des türkischen Machtanspruchs hochgejubelt. Die Ditib braucht in ihre Baupläne nur noch das Zauberwort „Transparenz“ einfließen zu lassen, um die deutsche Anbiederungsmaschinerie von Politikern, Kirchenvertretern und „Gutmenschen“ in Gang zu setzen.

Dass der türkische Generalkonsul an erster Stelle und nur auf Türkisch seine Rede hielt, muss als bewusste Demütigung nicht nur gegenüber Kölnern, sondern auch Deutschland gewertet werden. Nach Erdogans Erfolgs-Auftritt 2008 in Köln wird er sich vermutlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, persönlich eine Rede zur Eröffnung der Prunk-Moschee und wieder nur in türkischer Sprache zu halten, um seine Landsleute zu begeistern. Damit könnte er wieder einmal seine Machtposition auf deutschem Boden manifestieren und die ignorante deutsche „Jubel-Elite“ würde wieder einmal nicht bemerken, wie sie in ihrem eigenen Land und mit Hilfe unserer Steuergelder verhöhnt wird.

Wie in der hochgejubelten Ditib-Moschee in Marxloh wird auch in Köln schon bald der türkische politische Islam herrschen.

Gisela Recki, Troisdorf

Guttenberg zuerst um Stellungnahme gebeten?

Zu: „Guttenberg“ (Nr. 8)

Die Experten des Aufklärungsjournalismus haben als Menschen der Ehre und des Anstandes sicherlich ihre Erkenntnis zunächst einmal Freiherr von und zu Guttenberg vorgelegt und ihn um eine Stellungnahme gebeten. Selbst wenn ein jeder ihrer Vorwürfe gerechtfertigt ist, wäre eine andere Verhaltensweise ein Zeichen von Böswilligkeit, verbunden mit dem Ziel, ihm, seiner Partei und dem Ansehen des Staates zu schaden. Sie haben allerdings auch nicht den Amtseid Art. 56 GG schwören müssen, nach dem sie sich hätten anders verhalten müssen.

Es wird sie sicherlich überrascht haben, dass trotz ihrer Aufdeckung dieses „katastrophalen Skandals von kardinalen Verfehlungen“ eine erdrückende Mehrheit der Bürger in unserem Lande an dem Bundesminister von und zu Guttenberg festhalten will.

Eine andere Auswirkung ihrer Enthüllungsaktivitäten haben sie sicherlich nicht bedacht: Hinter jedem Titel „Doktor“ steht nun der Verdacht, nicht vor dem hehren akademischen Reglement bestehen zu können. Sie haben jetzt eine besonders schwere Pflicht zur Wahrung ihrer Aufrichtigkeit und ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit übernommen. Um zigtausend Träger des Doktortitels von dem Verdacht zu befreien, mit fremdem geistigen Eigentum geschummelt zu haben, sind alle Dissertationen mindestens der letzten 20 Jahre ausnahmslos mittels der eingesetzten Suchmaschine zu überprüfen. Zur Kennzeichnung der stattgefundenen Prüfung ist dem Titel ein „Sg“ (= Suchmaschinengeprüft) oder ähnliches beizufügen. Mal sehen, was dann noch übrigbleibt. Bei allem Ärger, den zu Guttenberg nun hat, kann er Genugtuung darüber empfinden, zu einer notwendigen rigorosen Reform des Hochschulwesens Anlass gegeben zu haben.

Noch eines: In einer Weltsituation von historischen Umbrüchen benötigen wir Persönlichkeiten von seinen Qualitäten, nicht aber einen Journalismus dieser Art, der letztlich zu vielen der bestehenden Probleme in unserem Lande und in der Welt nichts Wesentliches zu sagen weiß.

Herbert Gassen, Bruchköbel

Diener des Zeitgeist

Zu: Leserbrief „Mehr Patriotismus: Wir müssen unser Land endlich wieder offen lieben dürfen“ (Nr. 2)

Jawohl: Wir müssen unser Land wieder offen lieben dürfen! Es ist immer sehr aufschlussreich, in der *PAZ* Berichte über die preußische und deutsche Geschichte lesen zu dürfen und damit die eigenen Geschichtskenntnisse bestätigt zu bekommen. Durch die heutige Presse werden doch nur Dinge gebracht, die mit unserer Geschichte kaum noch etwas zu tun haben, sondern nur dem Zeitgeist dienen.

Dazu ist die Frage erlaubt: Kennen unsere Volksvertreter die Deutsche Geschichte – oder nur 1933 bis 1945? Deutschland schafft sich ab. Herr Sarrazin hat recht!

Gerhard Reimann, Hagen

Quartiersmanager Berlin: Hier sitzt fast nur die Sozialindustrie, die vor allem sich selbst fördert

Zu: „Quartiersmanager und anderer Unsinn“ (Nr. 7)

Vielen Dank für Ihren Artikel, der mir aus dem Herzen gesprochen hat. Vor einigen Jahren bin ich nach einem Zwischenspiel in Hamburg wieder zurück nach Berlin gezogen, nach Kreuzberg, an den Mehringplatz. Dort hatte ich ein Jahr lang im „Quartiersrat“ mitgearbeitet. Die Motivation war natürlich, etwas für mein unmittelbares Umfeld zu tun. Auch ein wenig Neugier war dabei.

Daraus wurde eine bizarre Erfahrung, die ich Ihnen nicht vorenthalten will: Ein Quartiersrat – oder sein kleiner Bruder, die Bürgerjury – ist eine Struktur, die über die Mittel entscheidet, die vom Berliner Senat und aus diversen anderen „Töpfen“ (zum Beispiel dem EU-Projekt „Soziale Stadt“) bereitgestellt werden. Theoretisch ist das so eine Art „Bürgerparlament“, in das jeder gewählt werden kann, der sich dafür interessiert. Praktisch sitzen – mangels Interesse der Wohnbevölkerung – aber dort die „üblichen Verdächtigen“, das heißt die am Platz ansässige Sozialindustrie (Kreuzberger Musikalische Alternative, Antenne, Schildkröte eGmbH und viele mehr).

Sehr bald gewann ich den Eindruck, in der Runde etwas fehl am Platze zu sein. Die Mehrzahl der Teilnehmer(innen) kommt von Initiativen und „Firmen“, die dann auch irgendwie die Begünstigten der Projekte sind. Ganz so offen geht das natürlich nicht, darum läuft es über die Netzwerke – man kennt sich und spielt sich die Bälle zu. Als „Pfötchenheber“ durften wir mitmachen.

Die Themen: Der Mehringplatz hat einen sehr hohen Ausländeranteil, mehrheitlich Türken, aber auch einige Russen und Araber. Die Sozialstruktur ist eine der schlechtesten in Berlin. Integrationsprobleme bei Kindern und Jugendlichen sind darum an der Tagesordnung, was es vorrangig erscheinen lässt, die Mittel in die Sprachförderung der Kinder und Jugendlichen zu stecken.

Tatsächlich liefen in dem Zeitraum auch einige Projekte mit klangvollen Namen wie „Rucksack“ oder diverse musikpädagogische Programme. Meist enthielten die Projektanträge erhebliche Lizenzkosten an die „Erfinder“ der Programme – meist von weit her, manchmal im Ausland. Über die Effizienz kann ich nicht viel sagen, das war auch ein Thema, was immer im Sand stecken blieb.

Ohne zumindest einen Versuch einer Integration der jungen Leute in die Arbeitswelt wird natürlich überhaupt nichts funktionieren. Aber solche Einwürfe meinerseits wurden immer gleich mit dem Hinweis „Es gibt sowieso keine Jobs für gar niemand“, vom Tisch gewischt. Dabei gibt es am Platz durchaus auch Gewerbetreibende (auch türkische und russische Läden), mit denen man etwas hätte organisieren können. Aber dort sollten die Dinge aus den „Töpfen“ ja nicht hinfließen. Ich hatte mir dann vorgenommen, immer für Sprachförderprogramme zu stimmen, da das mir als das einzig Zweckmäßige erschien.

Eine Kiezzeitung haben wir auch, den „Franz“. Längere Texte kommen dort allerdings nicht vor, denn die Zeitschrift ist viersprachig: Türkisch, Russisch, Arabisch und Deutsch. Alle Artikel werden in alle Sprachen übersetzt. So ist die Lektüre auch meist in wenigen Minuten erledigt. Viel gibt es ohnehin nicht zu berichten – naja – von den „Jahreszeitenfesten“ vielleicht. Eine Weihnachtsfeier darf es mit Rücksicht auf die „Bürgerinnen und Bürger mit musilimischem Migrationshintergrund“ nicht geben – also gibt es ein „Winterfest“ (schon die erste, unangenehme DDR-Vokabel hier, an meiner Leipziger Schule gab es damals auch kein Weihnachten, sondern ein Winterfest). Der Beglückungsfaktor, gerade der Türken, ist sehr gering. Auf den Veranstaltungen erscheinen meist nur diejenigen, die den Zug der Zeit erkannt haben und irgendwann einmal eigene „Projekte“ einreichen wollen. Sonst feiert sich das QM selbst.

Was der Mehringplatz auch zu bieten hat, ist ein eigenes Kabarett, „Die Kiezkrähen“. Auch das ist ein großer Schwall verbrauchter DDR-Luft: Wer mit 20 Euro die Stunde subventioniert wird, hält sich mit beißender Systemkritik an seinen Sponsoren meist etwas zurück. Und so waren die Auftritte dann immer auch etwas peinliches Nachgeplapper der QM-Verlautbarungen in Gesangsform. Der ganze Laden – wie der „Franz“ übrigens auch, wurde über mehrere Jahre „gefördert“. Als sich dann wirklich aus keinem weiterer „Topf“ mehr etwas herausholen ließ, mussten die Subventionen eingestellt werden. Kurz darauf traf ich die Dame, die die Kiezkrähen ins Leben gerufen hatte, auf der Straße. Sie beklagte in einem weinerlichen Ton, dass jetzt alles den Bach runter ginge, da es jetzt keine Förderung mehr gibt. Ich hatte sie dann gefragt, wieso sie sich für ihre Freizeitbeschäftigung auch noch von mir, dem Steuerzahler, bezahlen lassen wollte. (Darum ging es – niemand wollte ihnen zum Beispiel die Übungsräume oder die Musikinstrumente wegnehmen.) Darauf habe ich nur Hass und eine laute Szene von Kiezkrähe Nr. 1 geerntet.

Apropos Hass: Gegen Ende des Jahres war noch ein größerer Geldbetrag im „Topf“. Im Innenkreis des Mehringplatzes versammeln sich Alkoholiker, zum Beispiel mit ziemlich hässlichen Hunden – berlintypisch halt – und vermüllen den Weg. Auch verrichten sie ihre Notdurft dort.

Das Thema „Toilette für die Trinker“ war das ganze Jahr ein Dauerbrenner in den monatlichen Treffen und Basis für eine bizarre Diskussion: Die Stadt sollte eine öffentliche Toilette aufstellen, was sie aber nicht kann, da Berlin das Monopol für öffentliche Bedürfnisanstalten an die Firma Wall abgetreten hat. Wall stellt aber nur dort auf, wo sie auch Werbetafeln aufstellen dürfen. Und gerade mit kapitalistischer Werbung hat Kreuzberg offenbar ein generelles Problem. Keine Werbung, kein Klo. Man einigte sich dann mit großem Brimborium darauf, ein Dixiklo irgendwo hinten aufzustellen (unter den Fenstern nichtsahnender Bewohner, die sich natürlich darüber sehr gefreut haben müssen).

Die neue Einrichtung wurde, wider Erwarten, von der Zielgruppe sogar angenommen, was das QM zu einem neuen Schlag ausholen ließ: „Wir müssen etwas für die obdachlosen Menschen tun“ – genauer gesagt, einen Unterstand für die Leute, die bis heute vor dem U-Bahn-Eingang herumlungern. Als Etat waren über 5000 Euro im Gespräch – mehr als für die meisten anderen Einzelprojekte, über die wir abgestimmt hatten.

Als ich darauf hinwies, dass das eine Zweckentfremdung sei, da a) die Mittel für die am Ort ansässigen vorgesehen sein und b) jeder in Deutschland ein Recht auf Hartz-IV plus angemessener Wohnung hat, bekam ich eine Breitseite mit dem vollen Aggressionspotential ab: Ich sei ein herzloser Kapitalist – das N-Wort wäre bald auch noch gefallen. Wenn ich mich nicht sehr schnell zurückgezogen hätte, wäre es vielleicht sogar zu Tätlichkeiten gekommen. Das war mein letzter Auftritt im Quartiersmanagement.

Das ist meine Geschichte aus dem Wohngebietsausschuss im Wohnkomplex – im Goldenen Westen. Ich bin mittlerweile Wochenendpendler nach Frankfurt/M und komme auch sonst beruflich recht viel in Deutschland herum. Ich finde es wichtig, in den drei Ländern, die die Berlin-Party über den Länderfinanzausgleich finanzieren, das Bewusstsein dafür zu schaffen, was der nutzlose Wowereit-Senat mit seinen Steuergeldern hier in Berlin anstellt. Diese Veranstaltung ist zum einen natürlich sehr ungerecht den Hessen, Schwaben und Bayern gegenüber, und zum anderen verheerend für Berlin.

Meine Wahlheimat ist wie ein Trinker, süchtig nach neuem Geld. Erst wenn man ihr die Buddel wegnimmt und die Stadt auf Entzug setzt, kann es wieder besser werden. Eines Tages wird das geschehen ...

Die *PAZ* ist eine der wenigen Medien, die das wichtige Thema Berlin, Steuerverschwendung und seine nimmersatte Sozialindustrie thematisieren.

Danke für den Artikel – bleiben Sie dran.

Conrad Beckert, Berlin

Das Ostpreußenblatt

Nr. 9 – 5. März 2011

MELDUNGEN

Bronze-Elch beschädigt

Tilsit – Es geschah vor den Fenstern des Oberbürgermeisters. Die vor der Stadtverwaltung stehende Bronzestatue des Tilsiter Elchs wurde zum Fall für die Polizei. Seit der Elch vor fünf Jahren in seine Heimatstadt zurückgekehrt war, erfreute er sich großer Beleibtheit bei den alten und neuen Tilsitern. Jeder wollte sich mit ihm fotografieren lassen und junge Paare schmückten ihn mit Blumen. Nun haben ihn unbekannte Metalldiebe heimgesucht und an einem trüben Februartag ein Stück aus der bronzenen Elchschaufel herausgesägt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei blieben ergebnislos. Eigentlich war man schon seit einiger Zeit bemüht, im Rahmen eines Programms „Sichere Stadt" Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen aufzustellen, doch die Diebe waren schneller. Nun hofft man, Mittel aufzutreiben und einen „Spezialisten" zu finden, der vor Ort der Elchschaufel wieder zu ihrem ursprünglichen Aussehen verhilft. Das dürfte schwierig werden, denn das Schweißen von Bronzeguß erfordert hohe Meisterschaft und ist auch nicht billig. *H. Dz.*

Massaker unbestritten

Palmnicken – In der Meldung „Denkmal für jüdische Opfer" in der Nummer 6 hat der Satz „Aus Anlass des 66. Jahrestages des Massakers in Palmnicken, bei dem Tausende jüdische KZ-Häftlinge an die Samlandküste getrieben und dort kaltblütig ermordet worden sein sollen ..." Irritationen ausgelöst. Die Formulierung „ermordet sein sollen" ist unglücklich. Damit nicht der Eindruck entsteht, das Massaker in Palmnicken sei umstritten, hätte es in der Meldung heißen müssen: „... kaltblütig ermordet wurden." *PAZ*

Ausbildungshilfe aus Hamburg

Königsberg/Hamburg – An „Strippenziehern" herrscht im Königsberger Gebiet kein Mangel, wohl aber an qualifizierter elektrotechnischer Ausbildung. Als Allensteins Stadtvertreter Heinz-Werner Schwarz hiervon durch den Vertreter der Hamburger Handelskammer in Sankt Petersburg und Königsberg, Stephan Stein, erfuhr, beschloss er zu helfen. Einen Mitstreiter fand er dem Elektroinstallateurmeister Udo Scherer. Wer die beiden in Hamburg wohnenden Ostpreußen(freunde) in ihrem Bemühen um eine Verbesserung der Ausbildungssituation in der Elektrobranche im Königsberger Gebiet unterstützen möchte, wende sich an Udo Scherer, Sachsenstraße 14, 20097 Hamburg, Telefon (040) 238990-13, Fax (040) 238990-90. *PAZ*

Klinkenputzen in Königsberg

Nun war auch »Jabloko«-Gründer Grigorij Jawlinski auf Wahlkampf in der Gebietshauptstadt

Am 13. März wird in Königsberg das neue Stadt- und Regionalparlament gewählt. In den vergangenen Wochen geriet die Königsberger Exklave vermehrt in den Fokus der Moskauer Polit-Prominenz.



Grigorij Jawlinskij: Der Politiker präsentierte sich als entschlossener Kritiker der Regierenden in Königsberg. Bild: Tschernyschew

Zuletzt kam Grigorij Jawlinskij, Gründer der liberalen „Jabloko"-Partei, Politiker seit zwei Jahrzehnten und Abgeordneter der Staatsduma in der dritten Amtsperiode, nach Königsberg. Während ihres Besuchs sprachen er und die anderen Jabloko-Vertreter vor Wählern über Themen, die die Exklavenbewohner besonders berühren: das Problem der Transportwege, die Situation der öffentlichen Wohnungswirtschaft und die leidige Visafrage. Anschließend hatten sie einen Termin in der Gebietsduma, wo sie noch einmal mehrere Stunden mit Abgeordneten über die Beziehungen zwischen Russland und Europa diskutierten, den angestrebten Wegfall der Visumspflicht, aktuelle Probleme der Königsberger Exklave sowie deren Zukunft.

Grigorij Jawlinski glaubt, dass eine der größten Hürden für den Wegfall der Visapflicht für Russen bei der Einreise in EU-Länder die russische Bürokratie sei: „Es ist so gekommen, dass Sie, die Königsberger, alle unter Verdacht stehen. Sie werden wie Fremde behandelt. Das können Sie am besten sehen, wenn Sie nach Europa fahren wollen." Er fügte hinzu: „Wenn der Staat eine andere Bürokratie walten ließe, welche die Königsberger nicht fürchtet, beneidet und verhöhnt, dann hätte die Visumsfrage längst schon entschieden sein können." Jawlinskij fügte jedoch hinzu, dass nicht nur die russische Seite verantwortlich zu machen sei. Auch europäische Politiker nähmen nicht nachvollziehbare Positionen ein. Jawlinskij sagte, dass auf die Frage, warum ein Japaner oder Kolumbianer ohne Visum nach Europa einreisen könne und ein Russe nicht, ein europäischer Diplomat ihm bei einer privaten Unterhaltung erklärt habe: „Nun, wenn ihr so reich wäret wie die Japaner oder so weit weg wie die Kolumbianer, dann würde man euch auch ohne Visum einreisen lassen." Jetzt sei es an der Zeit, Verhandlungen zu führen, Pläne aufzustellen und Prognosen für die Zukunft abzugeben.

Der Jabloko-Gründer ist überzeugt, dass die Politik in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten keines der durch die Exklavensituation bedingten Schlüsselprobleme im Königsberger Gebiet angegangen, geschweige denn befriedigend gelöst habe. Hier stehe die Reisefreiheit an erster Stelle. Für die Schaffung von Konkurrenzfähigkeit sei eine Änderung der Zollbestimmungen vonnöten. Jawlinskij zog eine düstere Bilanz: „Insgesamt habe ich den Eindruck: Im Königsberger Gebiet gibt es viele alte Probleme, die noch lange nicht gelöst wurden. Es wird viel diskutiert, alle wichtigen Beamten reisen hierher, Gouverneure werden ausgetauscht, aber die Probleme bleiben. Doch nun wächst eine neue Generation heran. Die Zeit schreitet schnell voran. Und die Probleme werden immer offensichtlicher."

Vernichtende Kritik an den Regierenden

Dabei habe Russland alle Möglichkeiten, etwas zu ändern: „Indem Sie die Zollbestimmungen ändern, erreichen Sie eine konkurrenzfähige Produktion, indem Sie Fahrten nach Russland subventionieren, haben Sie das Transportproblem gelöst. Wenn man nicht Gefahr laufen will, dass die Königsberger sich anderswohin orientieren, muss man diese Dinge schnell entscheiden. Und jetzt hat Russland diese Möglichkeit."

Gemeinsam mit dem derzeitigen Parteivorsitzenden Sergej Mitrochin hatte Jawlinskij zuvor an einem „runden Tisch" zum Thema „Russland und Europa. Blick aus Kaliningrad" in der Staatsduma teilgenommen. Organisatoren dieser Veranstaltung waren neben der Königsberger Gebietsduma die „Europäischen Liberalen, Demokratische und Reform-Partei" (ELDR). Die ELDR wurde auf Initiative des Liberalen Martin Bangemann von 14 Parteien aus acht europäischen Ländern am 26. März 1976 in Stuttgart gegründet. Sie vereint national-liberale und demokratische Parteien der Mitte. Die Partei ist im Europaparlament und in der Europäischen Kommission vertreten. Russland ist in der ELDR durch die Demokratische Volksunion und die Partei „Jabloko" vertreten. Am runden Tisch saßen auch der Direktor der Friedrich-Naumann-Stiftung in Moskau, Sascha Tamm, und Wladimir Schweizer, Leiter des Zentrums für parteipolitische Forschung am Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften. *Jurij Tschernyschew*

Ermland-Masuren fühlt sich benachteiligt

An einer geplanten Justizreform entlädt sich der Unmut der Bewohner des südlichen Ostpreußen

Polens Justizministerium plant, die ostpreußischen Kreisgerichte in Lyck und Treuburg dem Bezirksgericht in Suwalki, das in der Woiwodschaft Podlachien liegt, zu unterstellen. Zusätzlich sollen die Abteilungen für Arbeitsrecht in Braunsberg, Lötzen, Eylau, Soldau, Bartenstein und Bischofsburg abgeschafft werden. Schon zum 1. April sollte dieser Plan umgesetzt sein. Allerdings liefen dagegen sowohl örtliche Behörden als auch Gemeinden Sturm. Sie fassten die geplanten Änderungen als weiteren Versuch auf, die ohnehin schon stark benachteiligten und unterentwickelten Randgebiete der Republik weiter zu diskriminieren.

Kürzlich nun trafen sich Vertreter der lokalen Rechts- und Staatsanwaltschaft sowie der Rechtsratgeberkammer mit Sejm-Abgeordneten sowie Rechtswissenschaftlern der Allensteiner Universität, um diese Änderungen zu verhindern. Fast alle Anwesenden waren sich einig darüber, dass die beabsichtigte Neuordnung als völlig undurchdacht und autoritär zu werten sei. In einem heftigen Streitgespräch kam es zu gegenseitigen Beschuldigungen. Die Sejm-Abgeordneten wurden beschuldigt, nichts in Sachen Förderung der Region getan zu haben. Einer der Lokalpolitiker versuchte zu beschwichtigen, indem er den Anwesenden versicherte, mit dem Justizminister Krzysztof Kwiatkowski bereits verhandelt zu haben. Wie der Streit ausgeht, ist noch offen.

Enttäuschung über die Entwicklung in der Region

Die Bewohner der Woiwodschaft Ermland-Masuren sind ohnehin über die Entwicklung in ihrer Heimat enttäuscht, weil sie in ihrem Lebensstandard einen deutlichen Unterschied zu Warschau und Masowien sowie anderen Regionen der Republik sehen. Nach neuesten Angaben des Statistischen Amtes beträgt der Durchschnittslohn im südlichen Ostpreußen mit umgerechnet etwa 600 Euro fast nur die Hälfte desjenigen in Masowien, der umgerechnet zirka 1100 Euro beträgt. Erst kürzlich hatte die Regierung Kürzungen im Straßenbauprogramm und bei der Eisenbahn beschlossenen, durch die das südliche Ostpreußen fast vollständig von der Außenwelt abgeschnitten würde. Auch die Aussicht auf die Fußballeuropameisterschaft nächstes Jahr im eigenen Land vermag die Gemüter nicht zu beruhigen, werden von ihr doch vermeintlich vor allem die fortgeschrittensten Regionen profitieren.

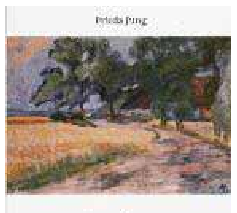
Ein Hoffnungsschimmer für das südliche Ostpreußen kommt von anderer Seite. Polens Staatspräsident Bronislaw Komorowski besprach kürzlich mit den östlichen Partnern eine mögliche Erschließung der Grenzgebiete, insbesondere zur Russischen Föderation und Weißrussland. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Königsberger Gebiet könnte für das südliche Ostpreußen unter allen Aspekten, vornehmlich aber dem wirtschaftlichen, verheißungsvoll sein. *Grzegorz Supady*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Veilchen blühen gewöhnlich im Verborgenen, aber die vom Litauer Wall haben es vermocht, dass mein 95. Geburtstag doch eben nicht verborgen blieb, wie ich gedacht hatte – nicht, dass ich ihn verschweigen wollte, im Gegenteil, ich bin dankbar, dass ich dieses hohe Alter erreichen durfte und dass der Kopf noch immer „kein Sieb'che" ist. Aber ich hatte ja schon angedeutet, dass im Dezember eine akute Einweisung in die Klinik notwendig gewesen war, und der folgte dann zu Beginn dieses Jahres eine zweite, zum Glück etwas kürzere – jedenfalls habe ich mich bemüht, meine Kolumne ohne Unterbrechung weiter zu führen, denn das ist notwendig. Es kommen vor allem durch neue Leser viele Zuschriften mit Fragen und Wünschen, die eine sorgfältige Bearbeitung verlangen, weil sie 60 oder mehr Jahre ungestellt blieben und somit keine weitere Verzögerung dulden. Und unsere alte treue Leserschaft ist ja schon längst ein Teil unserer Ostpreußischen Familie geworden, dass sie in jeder Wochenausgabe angesprochen werden will – zum mitdenken, mithelfen, mitleiden, aber vor allem zum mitfreuen.

Das kommt auch in den vielen Glückwünschen zum Ausdruck, die ich erhalten habe und für die ich mich zuerst einmal ganz herzlich bedanken muss. Am liebsten möchte ich sie alle hier erwähnen, aber das geht leider nicht, aber ich werde mit Sicherheit diesen oder jenen Satz oder Spruch, auch manchen Vers aus einem selbstverfassten Gedicht, herausgreifen und in unsere Kolumne einfügen. Das will ich schon heute mit einem Glückwunsch tun, über den ich mich besonders gefreut habe, weil er von einem „Wahlostpreußen" kommt, der unsere Heimat von ganzem Herzen lieben gelernt hat. **Manfred Stahl** aus Berlin, besser bekannt als „Wurstmaxe von Anhalter Bahnhof", schreibt: „95! Welch eine große Zahl in einem Menschenleben. Was hinter dieser Zahl steckt, kann man erst ermessen, wenn man die schöpferische Arbeit, die man geleistet hat, unter die Lupe nimmt und feststellt, dass sie immer noch vollbracht wird. Welch eine Kraft steckt dahinter, trotz einiger Zipperlein anderen Menschen große Freude und Glück, unter anderem in der *PAZ* mit der Kolumne ‚Die Ostpreußische Familie', bereiten zu können. Großartig. Alles Liebe und viel Gesundheit, dass Sie das noch lange tun können!"

Eine ganz große Freude hat mir unser Landsmann **Günther Lotzkat** bereitet, denn als Geburtstagsgabe übersandte er mir das erste Exemplar des soeben als Reprint im Husum Verlag erschienenen Buches „In der Morgensonne" von **Frieda Jung**. Mit diesen Erinnerungen der ostpreußischen Dichterin an ihre Kindheit in Kiaulkehmen bin ich aufgewachsen, sie belebten unsere Schullesebücher, und dass „In der Morgensonne" auch eines der am meisten gelesenen und geliebten Bücher im heimischen Bücherschrank war, bewies schon der etwas mitgenommene Einband. Auch nach der Vertreibung brauchte ich es nicht zu entbehren, denn der Großneffe der Dichterin übersandte mir eine Kopie der 1910 erschienenen Ausgabe, so dass ich in unseren „Büchern der Ostpreußischen Familie" stets ein Kapital bringen konnte. Immer wieder wurde von unseren Lesern nach dem Buch gefragt, aber trotz hoher Auflage – bereits 1929 waren 33000 erreicht! – war es nur selten antiquarisch zu bekommen. Das brachte unseren Landsmann Erich Lotzkat, dessen Großmutter eine Kusine der Dichterin war, auf den Gedanken, eine von ihm bearbeitete Neuauflage zu veranlassen, die nun im Husum Verlag erschienen ist. Der helle Einband mit einer ostpreußischen Landschaft von **Alexander Kolde**, die grafische Gestaltung mit den Originalzeichnungen und dem Porträt der Dichterin geben diesen in einer ursprünglichen Natur spielenden Erzählungen, die zu den schönsten der ostpreußischen Literatur gehören, einen neuen Rahmen, der auch jüngere Leser veranlassen wird, nach dieser Neuauflage zu greifen.



Frieda Jung: „In der Morgensonne", Husum 2011

In dem Vorwort des Buches hat Günther Lotzkat auch dem Urgroßneffen der Dichterin, **Eberhard Jung**, seinen Dank für dessen Mithilfe ausgesprochen – und fast mit gleicher Post erhielt ich von diesem einen Brief, in dem er mitteilte, was sich auf seiner Suche nach Erinnerungen an Frieda Jung getan hat. Dazu muss ich Folgendes erklären. Nicht nur Günther Lotzkat, sondern auch ich bin mütterlicherseits mit Frieda Jung verwandt, wenn auch sehr entfernt, da reicht selbst „das siebente Wasser vom Kissehl" – wie man bei uns eine weitläufige Verwandtschaft bezeichnet – nicht mehr. (Ich behaupte ja immer, wenn zwei Ostpreußen sich treffen, die sich noch nie gesehen haben, kommen sie nach fünf Minuten bereits auf zwei gemeinsame Bekannte, nach einer halben Stunde sind es dann schon ein Dutzend und nach einer Stunde stellen sie fest, dass sie auch verwandt sind – dank unserer kinderreichen Vorfahren). Allerdings verbindet mich mit Eberhard auch noch das gemeinsame Jung-Erbe: Wir gehören beide zur schreibenden Zunft! So stehen wir laufend in Verbindung. Vor einem halben Jahr konnte er mir mitteilen, dass seine in unserer Kolumne erfolgte Suche nach Zeitzeugen von Frieda Jung doch recht erfolgreich verlaufen war. Eine Leserin habe ihm mitgeteilt, dass ihre Freundin die Tochter jener Hebamme sei, der Frieda Jung anlässlich ihrer Entbindung ein Buch mit Widmung geschenkt habe. Also setzte sich Eberhard Jung mit der genannten Freundin seiner Informantin in Verbindung, aber es ergaben sich Schwierigkeiten, die Zeitangaben differierten erheblich, es bleiben lediglich der Hinweis der in Hannover lebenden Frau, dass ihre Mutter etwa 1925/26 in der Landesfrauenklinik Insterburg Frieda Jung betreut habe und dass sie noch zwei Bücher der Dichterin besitze. Sie müsste sich aber noch überlegen, ob sie sich von diesen trennen könnte. Leider überlegte sie zu lange, denn sie kam kurz darauf in ein Pflegeheim, ihre Wohnung wurde aufgelöst. „Wir hatten den Wettlauf mit der Zeit verloren", bedauert Eberhard Jung, der hofft, dass die für ihn so wertvoll gewesenen Bücher nicht in der Müllverbrennung gelandet sind. Für Eberhard Jung aber bleibt immerhin ein interessanter Briefwechsel mit der Informantin, Frau **Irene Werner** geborene **Steinbacher**, die aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode stammt und die auf mindestens einen Besuch der Dichterin in der Gastwirtschaft ihres Vaters verweisen kann. Und auch die Hoffnung, dass sich noch andere Leserinnen und Leser melden, die in irgendeiner Beziehung zu Frieda Jung standen, vielleicht noch Briefe, Fotos, Widmungen oder andere persönliche Erinnerungen an die Dichterin haben, sich bei ihm zu melden. (Eberhard Jung, Deutschherrenstraße 131 in 53179 Bonn, Telefon 0228/330901.)

Bei der Nennung der ostpreußischen Ortsnamen werden manche Leser wieder moniert haben: Damals hieß doch der Ort Bilderweitschen und lag im Kreis Stallupönen. Und damit sind wir wieder bei unserem leidigen Dauerthema.

Immer wieder gibt es Irrtümer durch die 1938 geänderten Ortsnamen, das bekam auch Frau **Inge-Lore Gratias** aus Halle zu spüren. Auf ihr Schreiben an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, ihren aus dem Kreis Wehlau stammenden Onkel **Bruno Fischer** betreffend, erhielt sie statt Angaben über dessen Geburtsort Ellerlack eine Auskunft über den im Kreis Ebenrode/Stallupönen gelegenen Ort Ellerbach. Nun hieß Ellerlack früher auch kaum anders, nämlich Ellerlacken, war ein Vorwerk und gehörte zur Gemeinde Uderhöhe, und dieses Dorf wiederum trug bis zur Umbenennung den angestammten Ortsnamen Augstupönen. Dass irrtümlich genannte Ellerbach ist das frühere Grigalischken. Damit konnte ich die Fragen von Frau Gratias klären. Es stimmt schon, wenn bezüglich dieses Themas Frau **Maria Riechert** aus Hamburg fragt: „Warum hat man bloß damals unsere einzigartigen ostpreußischen Namen umbenannt? Ich ärgere mich jedes Mal beim Lesen der Ortsangaben, wenn nur der geänderte Name angegeben ist. Um auf das in Folge 2 angegebene Beispiel zu kommen: Wie schön hörte sich statt ‚Jägersfreude' der alte Name ‚Sodinehlen' an. Gegen die eingedeutschten Namen klingen die alten doch wie Musik." Für mich auch, liebe Frau Riechert, und deshalb bemühe ich mich immer, bei betreffenden Ortsangaben beide Namen zu nennen.

Frau Gratias hat aber noch ein anderes Problem. Seit dem vorigen Jahr bewahrt sie aus dem Nachlass der Königsbergerin **Ilse Gehlhaar** Bücher und Fotos. Für die alten Aufnahmen aus Neuhausen interessierten sich schon zwei Familien. Nun hat Frau Gratias eine Frage an die ehemaligen Mitschüler und Mitschülerinnen der 1927 geborenen Ilse Gehlhaar. Leider – und darin liegt die Schwierigkeit – weiß sie nicht, um welche Königsberger Schule es sich handelt, auch sonst sind die Angaben sehr knapp. Die Verstorbene hatte aber an mehreren Schultreffen teilgenommen und war glücklich gewesen, einigen Ehemaligen zu begegnen. Von diesen erhofft Frau Gratias nun Auskunft über Frau Gehlhaars Bruder **Hans-Georg** Gehlhaar und dessen Familie zu erhalten. Über einen betreffenden Anruf würde sie sich freuen. Ihre Telefonnummer lautet (0345) 4445063.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Um alte Fotos geht es auch bei der nächsten Frage, die Frau **Käte Mosinski** aus Halle an unsere Ostpreußische Familie richtet. Angeregt durch die guten Ergebnisse, die unsere Kolumne zu verzeichnen hat, schreibt sie: „Ich bin im Mai 1945 in Königsberg in die Zivilgefangenschaft geraten. Im April verstarb in Rauschen Frau **Grigo** aus Lyck, die dort in der Hindenburgstraße 16 gewohnt hatte. Ich bin noch immer im Besitz von einigen Familienbildern aus ihrem Nachlass. Immer wieder habe ich versucht, die Anschrift des jüngsten Sohnes von Frau Grigo und ihrer Schwiegertochter zu ermitteln, die in Berlin gewohnt haben." Frau Mosinski hat sich immer wieder bemüht, diese oder eine nachfolgende Adresse zu erhalten, aber auch ihre Nachfragen auf den Heimattreffen in Leipzig und Hagen, an denen sie teilnahm, blieben ergebnislos. Die 89-Jährige, der das Schreiben schon sehr schwer fällt, möchte aber auf jeden Fall diese Fotos, die für die Nachkommen von Frau Grigo sicherlich sehr wertvoll sind, in die richtigen Hände geben. Nach dem Krieg konnte Frau Mosinski nicht auf die Suche gehen, denn sie wurde erst im Mai 1951 aus der Gefangenschaft entlassen. Es ist spät, aber nicht zu spät, und uns bleibt doch noch ein Funken Hoffnung, dass die Fotos der Familie Grigo aus Lyck jetzt über unsere Ostpreußische Familie ihre Empfänger finden. Wir haben gerne Ihren Wunsch vermittelt, liebe Frau Grigo, und müssen nun abwarten, (Käte Mosinski, Adam-Kuckhoff-Straße 6 in 06108 Halle/S., Telefon 0345/1222581.)

Und jetzt komme ich noch einmal zurück zu den „Veilchen vom Litauerwall", der Geschichte aus meiner Kindheit in Königsberg, die auch bei anderen Lesern und Leserinnen ähnliche Erinnerungen geweckt hat, und eine fügt sich sogar nahtlos in Raum und Zeit ein. Denn Frau **Edith Neumann** aus Garmisch-Partenkirchen wohnte nicht nur am Litauer Wall, sondern landete beim Spiel genau wie ich auf den Schienen der Kleinbahn. Ich lasse sie erzählen: „Vom fünften Lebensjahr 1922 bis zur Flucht 1945 lebte ich mit meinen Eltern am Litauer Wall zwischen Königstor und Sackheimer Tor. Als Kinder tobten wir auf dem Wall vor den Kleinbahnschienen herum. Die Jungen liefen den Abhang hinunter und bogen, kurz vor der steil abfallenden Mauer, links ab. Ich wilde Hummel lief einfach geradeaus und landete mit dem Rücken auf dem Schienenstrang. Natürlich wurde nichts erzählt, und so wunderte sich Mutter beim Baden über die lilablaugelben Blutergüsse auf meinem Rücken. Obwohl es kein Stacheldraht war wie bei Ihnen, musste ich zum Orthopäden, weil ich nach dem Unfall beim Gehen die rechte Schulter vorschob. Ich wurde in einen Schraubstock gespannt und Hals und Kopf in eine Lederhalterung geschnallt und am Galgen hochgezogen bis auf die Zehenspitzen, um die Wirbelsäule gerade zu strecken. Eine Tortur wie im Mittelalter, um eine gerade Körperhaltung zu erreichen. Sport und Tanzen haben mit der Zeit dann doch geholfen. Mit den Seidenstrümpfen war das Betteln ähnlich. Erst mit 13/14 Jahren durfte ich sie am Sonntag anziehen!" Na, da bin ich ja mit meinen Stacheldrahtwunden noch glimpflich davon gekommen, wohl dank der Jod-Tinktur und -Tortur meines Bruders.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Lob und Tadel

Europaratsdelegation in der Republik Polen

Eine Delegation des Europarates hat die Republik Polen besucht, um sich ein Bild davon zu machen, inwieweit der mitteleuropäische Staat die vor zwei Jahren ratifizierte Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen einhält.

Im Rahmen des Polenbesuchs kam es auch zu einer Begegnung mit Vertretern der deutschen Volksgruppe. Themen waren der Deutschunterricht, das Lehrpersonal, die Verfügbarkeit von Schulbüchern, der Zugang zu den Medien sowie schließlich die Nutzung der Möglichkeiten, welche die Charta bietet.

> Delegation traf sich mit Ostdeutschen

Die Vertreter der deutschen Volksgruppe, darunter auch der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Ryszard Gaida, lobten die Charta. Bei der Nutzung der Möglichkeiten, welche die Charta der Volksgruppe biete, würde man sich jedoch mehr Unterstützung seitens der polnischen Behörden wünschen. Die Initiative zur Umsetzung von Chartabestimmungen ginge meistens von der Volksgruppe aus und diese sei dabei völlig auf sich selbst gestellt. Gaida formulierte es wie folgt: „Die Ratifizierung der Charta hätte dieses Bemühen um die deutsche Sprache auf die Regierungsseite übertragen müssen, stattdessen kommen sämtliche Initiativen zur Förderung und zum Schutz der Sprache aus der deutschen Minderheit. Trotz Ratifizierung sehen wir keine Änderung bei der Einstellung zur Präsenz der deutschen Sprache im öffentlichen Raum." *PAZ*

Bedrohliche Identitätsfrage

Volkszählung 2011 in der Republik Polen: Gefahr für die Zukunft der dortigen Deutschen

Von April bis Juni 2011 zählt die Republik Polen ihre Staatsbürger. Für die deutsche Volksgruppe stellt dieses Ereignis einen Prüfstein besonderer Art dar. Ihre Angehörigen müssen sich nunmehr nach jahrzehntelanger Unterdrückung deutlich bekennen. Sollten sie das nicht tun, wäre es ihnen nicht mal zu verübeln. Bekennende Vorbilder sind rar gesät, und die Bundesregierung nimmt ihre Obhutspflicht höchstens sehr diskret wahr.

Sollte die Zahl der offiziell erfassten Deutschen sinken, droht ein Dammbruch. Substanziell wie auch finanziell (staatliche Unterstützung) wäre aufgrund der ermittelten Zahlen mit drastischen Einschnitten zu rechnen.

In die mit ihrer Selbstfindung beschäftigten Reihen der Deutschen Oberschlesiens stößt jüngst massiv eine neue, sich jugendlich gebende und wohlfeil „europäisch" argumentierende Gruppierung „schlesischer Autonomisten", kurz RAS. Sie bringen interessante Aktionen zustande, übernehmen im ehemaligen Lager Zgoda öffentlichkeitswirksam das Gedenken an deutsche Opfer der Roten Armee und der polnischen Miliz in Oberschlesien, veranstalten „Autonomie-Märsche" durch Kattowitz und verdrängen so die deutsche Volksgruppe nach und nach aus der öffentlichen Wahrnehmung.

> Schlesische RAS lockt junge Deutsche zu sich

Die Autonomisten stellen daher bei der Volkszählung eine Gefahr für die Deutschen dar. Nicht nur, weil ihre Ziele ambitioniert, doch aus innerpolnischen, rechtlichen Gründen illusorisch sind. Auch nicht bloß deshalb, weil sie der Bevölkerung ein politisches Produkt ohne realen Wert verkaufen. Vielmehr pflegt die „Bewegung" neben Demonstrationen als zweites Markenzeichen eine ominöse „schlesische Nationalität", die bei der diesjährigen Zählung offiziell angeben werden kann. Die RAS propagiert diese „Nationalität" überaus raffiniert in verschiedenen Medien und gewinnt so junge Menschen für sich, die über ihre familiäre Herkunft hinaus nie die Möglichkeit hatten, durch die deutsche Muttersprache eine enge Bindung an die deutsche Kultur zu entwickeln. Auch deshalb, weil die vormalige Führung der Deutschen in der Republik Polen die Problematik der fehlenden deutschen Kindergärten und Grundschulen entgegen der Warnungen der Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen (AGMO e.V.) aus Bonn mindestens ignorierte und heute nicht die entscheidenden Schritte dahingehend zu unternehmen wagt. Der Humus fehlender Verwurzelung in der eigenen Kultur ist der Nährboden für Parolen der RAS.

Die vom Zeitgeist geleitete Diskussion vom „kulturell vielfältigen" Schlesien, welches mit Hilfe einer Autonomie besser regiert werden könne, findet auch hierzulande allzu gedankenlose Rezipienten. Viele mögen der Idee eines „Europas der Regionen" anhängen oder sich von der Überlegung, dass der Gegner ihres Gegners ihr Freund sei, leiten lassen. Doch greift diese Phrase zu kurz. Die Frage, wem es nützt, wenn die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen durch das Erstarken der schlesischen Autonomisten bei der Volkszählung 2011 geschwächt würde, sollte gestellt werden. *Tobias Körfer*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Hartwich, Anna, geb. **Vongehr**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Helenenweg 2, 98574 Schmalkalden, am 9. März

Ussat, Alfred, aus Ebenrode, jetzt Händelweg 3 A, 31785 Hameln, am 7. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kellner, Käthe, aus Lyck, jetzt Brambusch 280, OT Rolfshagen, 31749 Auetal, am 7. März

Swiderski, Käthe, geb. **Goerke**, aus Kallen, Kreis Samland, jetzt Goetheweg 11, 75015 Bretten, am 7. März

Wehrmann, Frieda, geb. **Garstka**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Verbindungsstraße 15, 41334 Nettetal, am 5. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Geffken, Eva, geb. **Wagner**, aus Königsberg, jetzt Herbststraße 111, 28215 Bremen, am 13. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bremm, Elfriede, geb. **Daginnus**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, jetzt Tüllinghofer Straße 129, 59348 Lüdinghausen, am 13. März

Rupp, Anna, geb. **Rowek**, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Erikaweg 8, 40723 Hilden, am 1. März

Strauss, Margarete, aus Lötzen, jetzt Wilhelmstraße 12-16, App. 7, 35066 Frankenberg, am 10. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Julke, Herta, geb. **Widder**, aus Kirschdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Neustadt 9, 17440 Lassan, am 24. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, jetzt Postfach 106, 90576 Langenzenn, am 8. März

Murach, Ida, geb. **Olomski**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, jetzt Eifler Straße 7, 45968 Gladbeck, am 11. März

Nickel, Gertrud, geb. **Mross**, aus Ortelsburg, jetzt Boehläckerstraße 6, 67435 Neustadt, am 7. März

Prade, Margot, geb. **Thurau**, verw. **Kroll**, aus Deutsch Thierau, Mühlenstraße 14, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Feldbach 2, 34132 Kassel, am 22. Februar

Schmetzer, Marta, geb. **Steppukat**, aus Kummeln, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Barlach-Straße 12, 34414 Warburg, am 7. März

Siebert, Erika, geb. **Fischer**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hesterberg 26, 24837 Schleswig, am 13. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arndt, Kurt, aus Heiligenbeil, Große Kirchenstraße 1-2, jetzt Schwarzenbergstraße 14, 79183 Waldkirch, am 22. Februar

Bury, Erna, geb. **Nikolaus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Husholz 10, 50968 Köln, am 12. März

Jesziorowski, Martha, geb. **Kulinna**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Weissenburgstraße 2, 45663 Recklinghausen, am 6. März

May, Hans, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Stettiner Straße 13, 55218 Ingelheim, am 8. März

Rosinski, Berta, geb. **Gumbal**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Eskenshof 13, 45277 Essen, am 9. März

Schmidtke, Hildegard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Am Lindengraben 20, 26725 Emden, am 8. März

Stein, Paul, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, jetzt Königsberger Straße 9, 37242 Bad Sooden-Allendorf, am 7. März

Voigt, Wanda, geb. **Broszinski**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Moorweg 17, 22949 Ammersbek, am 9. März

Wohlgemuth, Ernst, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Richard-Wagner-Straße 41, 63263 Neu-Isenburg, am 1. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bautze, Erna, aus Wehlau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Leher Heerstraße 18, 28359 Bremen, am 11. März

Butzeck, Heinz, aus Reichenthal, Kreis Mohrungen, jetzt Untere Wernerstraße 62, 42651 Solingen, am 13. März

Enskat, Herbert, aus Ebenrode, jetzt Julius-Leber-Straße 6, 33615 Bielefeld, am 12. März

Hinz, Margarete, geb. **Noch**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Breslauer Straße 6, 37186 Moringen, am 8. März

Idel, Brunhild, geb. **Kerbein**, aus Falkenort bei Breilenstein, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Treuenbrietzener Straße 8, 13439 Berlin, am 13. März

Jarsetz, Dora, geb. **Kerstrupp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Burgthanner Weg 1/3, 90518 Altdorf, am 13. März

Kass, Helga, geb. **Rohde**, aus Neidenburg, jetzt Kölner Straße 74-84, App. 910 A, 50321 Brühl, am 8. März

Kempas, Viktor, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Hertaplatz 7/8, 13156 Berlin, am 7. März

Luschnat, Lucie, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Weltersbach 78, App. 214, 42799 Leichlingen, am 7. März

Reiners, Edith, geb. **Deiwiks**, aus Memel, jetzt Residenz am Rehpark, Wohnung 3, Kuhstraße 3, 28755 Bremen, am 9. März

Roeger, Erika, geb. **Michalzick**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, jetzt OT Silberborn, Sonnenhang 2, 37603 Holzminden, am 7. März

Tischner, Helene, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 12 C, 04874 Belgern, am 10. März

Westphal, Walter, aus Deschen, Kreis Elchniederung, jetzt Meeschestraße 25, 31246 Lahstedt, am 10. März

Wielgoß, Hans-Edwin, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Postfach 21, 23936 Questin, am 13. März

Ziemer, Margarete, geb. **Pawellek**, aus Geißlingen, Kreis Ortelsburg, jetzt Charlottenstraße 12, 12247 Berlin, am 13. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Boelter, Elfriede, geb. **Waschkewitz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Heidelberger Straße 9, 45886 Gelsenkirchen, am 8. März

Donder, Hans, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Buchenstraße 54, 42283 Wuppertal, am 11. März

Dresen, Edith, geb. **Kaselowski**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Burggrafenstraße 5, 53489 Sinzig, am 12. März

Dürselen, Wolfgang, aus Taplaken, Kreis Wehlau, jetzt Anna-Siemsen-Straße 17, 07745 Jena, am 7. März

Erwin, Gerda, geb. **Lenz**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Döllnitzerstraße 2, 39629 Bismarck, am 11. März

Girrulat, Felizitas, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Brucher Straße 9, 42853 Remscheid, am 13. März

Groth, Hildegard, geb. **Zwiesler**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, jetzt Scheffelstraße 18, 24118 Kiel, am 8. März

Gutzeit, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Lerchenstraße 72, 73650 Winterbach, am 8. März

Hofmann, Erika, geb. **Ballnus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Hintere Straße 59, 70734 Fellbach, am 12. März

Huwe, Wolfgang, aus Lötzen, jetzt Fröbelstraße 4, 61118 Bad Vilbel, am 13. März

Keßler, Christel, geb. **Pelletier**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Hardenbergstraße 49, 57072 Siegen, am 7. März

Laudien, Gerhard, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 14, jetzt Grünewaldstraße 20, 96215 Lichtenfels, am 15. Februar

Laurien, Wolfram, aus Seeben, Kreis Neidenburg, jetzt Ulmer Straße 41, 88471 Laupheim, am 13. März

Mantwill, Herbert, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Kettelerstraße 2, 59394 Nordkirchen, am 10. März

Pogoda, Werner, aus Lyck, jetzt Hohlstraße 22, 41747 Viersen, am 10. März

Rapelius, Hans-Joachim, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Kaulberg 9, 96132 Schlüsselfeld, am 9. März

Rieser, Gerhard, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, jetzt Rückertstraße 38, 22089 Hamburg, am 11. März

Schulz, Liesbeth, geb. **Breßlein**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, jetzt Hirschbergstraße 18, 69493 Hirschberg, am 10. März

Urban, Reinhold, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Marktplatz 8, 71691 Freiberg, am 11. März

Wagner, Elisabeth, geb. **Unruh**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Seniorenresidenz Unter der Homburg, Steinkuhle 3, 37627 Stadtoldendorf, am 8. März

Werner, Herta, geb. **Pfau**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Jenaer Weg 10, 30179 Hannover, am 7. März

Zabel, Werner, aus Ortelsburg, jetzt Otto Straße 44, 85521 Ottobrunn, am 12. März

Zander, Erika, geb. **Haaszio**, aus Bergwalde, Kreis Lötzen, jetzt Südring 16 A, 39288 Burg, am 7. März

Zimmermann, Elfriede, geb. **Metzdorf**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 29, 09623 Nassau-Frauenstein, am 7. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beneke, Gertrud, geb. **Pattschull**, aus Braunsberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rettbrook 1, 26160 Bad Zwischenahn, am 12. März

Berft, Erika, geb. **Orgas**, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, jetzt Händelstraße 38, 46282 Dorsten, am 7. März

Berger, Else, geb. **Grüner**, aus Sareiken, Kreis Lyck, jetzt Grimlinghausener Weg 89, 50769 Köln, am 13. März

Bessel, Hans, aus Zohpen, Kreis Wehlau, jetzt Theodor-Fontane-Straße 10, 22848 Norderstedt, am 8. März

Bojahr, Herbert, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, jetzt Buchenweg 7, 58119 Hagen, am 10. März

Cziepluch, Edith, geb. **Westphal**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Weitmarer Straße 102, 44795 Bochum, am 11. März

Droeger, Irmgard, geb. **Kristahn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Weißkirchener Weg 1, 60439 Frankfurt, am 9. März

Drückler, Arno, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Bahnhofstraße 15, 65366 Geisenheim, am 8. März

Fallik, Lotte, geb. **Lengemann**, jetzt Dr.-Martin-Luther-King-Straße 28, 19061 Schwerin, am 10. März

Fischkal, Edith, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Jahnstraße 11, 78554 Aldingen, am 13. März

Froese, Gertrud, aus Hessenhöh, Kreis Lötzen, jetzt Waldenburger Straße 18, 44795 Bochum, am 3. März

Garrn, Margit, geb. **Zechlin**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Kiebitzweg 17, 24211 Preetz, am 7. März

Godbersen, Christel, geb. **Erismann**, aus Hallenfelde/Steinbrück, Kreis Goldap, jetzt An de Möhl 1, 25842 Langenhorn, am 10. März

Goerke, Dietrich, aus Brasdorf, Kreis Samland, jetzt Johannes-Robert-Becher-Straße 76, 39218 Schönebeck, am 7. März

Grenz, Kurt, aus Baumgart, Kreis Heiligenbeil, jetzt Segeberger Weg 5, 40468 Düsseldorf, am 13. März

Hermann, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hans-Thoma-Straße 2, 15517 Fürstenwalde, am 11. März

Hoppe, Bruno, aus Wehlau, jetzt Lindenring 6, 16515 Oranienburg, am 12. März

Janz, Ulrich, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Zollweg 7, 23911 Ziethen, am 9. März

Kalina, Herbert, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Lahmbecke 5 A, 44866 Bochum, am 7. März

Kantimm (Schiedler), Siegfried, aus Nesselbeck, Kreis Samland, jetzt Hasenroth 11, 44309 Dortmund, am 12. März

Klasen, Christel, geb. **Jörgens**, aus Lyck, jetzt Triebseestraße 39, 18507 Grimmen, am 7. März

Koepke, Ladia, geb. **Kolless**, aus Schertingswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Thomas-Knorr-Straße 16 A, 82467 Garmisch-Partenkirchen, am 12. März

Kownatzki, Karl, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Thorner Straße 19, 59065 Hamm, am 9. März

Krehbiel, Elsbeth, geb. **Möbius**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Am Schimmelberg 20, 67729 Sippersfeld, am 12. März

Krohn, Helga, geb. **Ridder**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Hettenholter Straße 37, 32602 Vlotho, am 7. März

Labusch, Horst, jetzt Pirolweg 4, 41189 Mönchengladbach, am 8. März

Likomski, Edith, geb. **Mekes**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Neuer Weg 4 C, 23974 Neuburg-Steinhausen, am 8. März

Mai, Alma, geb. **Kuhnert**, aus Ebenrode, Kreis Lyck, jetzt Weiherstraße 10, 90542 Ekkental, am 9. März

Probstmeyer, Erna, geb. **Bruchmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Petershagener Straße 3, 38259 Salzgitter, am 11. März

Raudschus, Erwin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Amselsteig 21, 29699 Bomlitz, am 7. März

Rollmann, Erika, geb. **Hein**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlenstraße 55, 23936 Grevesmühlen, am 7. März

Ruske, Edith, geb. **Maczeyzik**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Milow 19, 17337 Uckerland, am 12. März

Salewski, Helmut, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Stendaler Straße 1, 39326 Loitsche, am 9. März

Schiewe, Karl-Heinz, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, jetzt Maschkuhlen 23 B, 28759 Bremen, am 9. März

Schneider, Wolfgang, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Wolbecker Straße 95, 48155 Münster, am 13. März

Schröder, Christel, geb. **Schröder**, aus Thierenberg, Kreis Samland, jetzt Meister-Francke-Straße 1, 22309 Hamburg, am 13. März

Schulz, Hilde, geb. **Schulz**, aus Hasselpusch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Franz-Mehring-Straße 25, 06333 Hettstedt, am 12. März

Sonntag, Günter, aus Lyck, jetzt Geschwister-Scholl-Straße 2, 58730 Fröndenberg, am 13. März

Wichmann, Johanna, geb. **Czarnetta**, aus Brödienen, Kreis Sensburg, jetzt Am Stadtfeld 35, 39218 Schönebeck, am 9. März

Wielk, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Wickedestraße 12, 23554 Lübeck, am 13. März

Wittkowski, Horst, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Preziosastraße 5 A, 81927 München, am 9. März

Wittwer, Ingrid, geb. **Manteuffel**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dunstablestraße 3, 51145 Köln, am 1. März

Wydra, Horst, aus Johannisburg, jetzt Suhrmannskamp 28 A, 45661 Recklinghausen, am 10. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

- **11.–13. März**: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
- **11.–13. April**: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont
- **16./17. April**: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
- **28./29. Mai**: Deutschlandtreffen in Erfurt
- **10.–13. Juni**: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
- **16. Juli**: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
- **23.–25 September**: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
- **10.–16. Oktober**: Werkwoche in Bad Pyrmont
- **15.–16. Oktober**: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
- **28.–30. Oktober**: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
- **5.–6. November**: OLV in Bad Pyrmont
- **7.–11. November**: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 5. März, 18 Uhr, Eins-Extra: Trümmerhaufen Kirche?

Sonnabend, 5. März, 20.15 Uhr, EinsExtra: Fliegen heißt Siegen. Die verdrängte Geschichte der Deutschen Lufthansa.

Sonnabend, 5. März, 21.40 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Geraubte Kindheit.

Sonntag, 6. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat.

Sonntag, 6. März, 16.30 Uhr, Phoenix: Vor 30 Jahren.

Sonntag, 6. März, 23.40 Uhr, MDR: Mauerhase. Doku über Hasen auf dem „Todesstreifen“ rund um Westberlin.

Montag, 7. März, 15.15 Uhr, 3sat: Die Pamir – Untergang eines Großseglers.

Dienstag, 8. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Frauen der Krupps. Dokumentation.

Mittwoch, 9. März, 20.15 Uhr, Arte: Hitler und Mussolini. „Eine brutale Freundschaft“.

Donnerstag, 10. März, 7.30 Uhr, EinsExtra: Tod einer Richterin. Auf den Spuren von Kirsten Heisig.

Donnerstag, 10. März, 22.45 Uhr, RBB: Der KB in Deutschland. Romeos und Dissidenten.

Freitag, 11. März, 19.20 Uhr, 3sat: Kulturzeit. Hintergründe, Gespräche und Porträts.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

LANDESGRUPPE

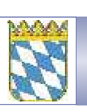
Stuttgart – Mittwoch, 9. März, 18 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Es referiert Christian Günther: **„Eine Schienenkreuzfahrt von Stuttgart nach Königberg“.** Herr Günter hat im Jahr 2010 an einer „Schienenkreuzfahrt Masuren-Königsberg-Danzig“ ab Stuttgart per Sonderzug teilgenommen. Über Thorn, der Geburtsstadt Nicolaus Copernicus, ging die Fahrt nach Masuren, einer der schönsten Naturlandschaften Mitteleuropas. Gewaltige Eiszeitgletscher haben eine bezaubernde Hügellandschaft mit fast 9000 Seen und Teichen geformt, die in eine abwechslungsreiche Waldlandschaft eingebettet sind. Inmitten der eindrucksvollen Naturkulisse finden sich viele Zeugnisse preußischer Geschichte, aus der Ordenszeit mit den gewaltigen Ordensburgen, mittelalterlichen Kirchen erbaut in Backstein, der barocken Wallfahrtskirche „Heiligelinde“ mit ihrer berühmten Orgel und ihren beweglichen Figuren. Besucht wurden die nach Krieg und Zerstörung wieder aufgebauten bzw. restaurierten Städte Allenstein, Nikolaiken mit Bootsfahrt, Braunsberg, Königsberg, Rauschen, Frauenburg, dort erinnert ein Gedenkstein an die Flucht über das zugefrorene Frische Haff im Januar 1945, Danzig mit der Marienkirche, dem größten aus Ziegeln errichteten Sakralbau der Welt, sowie die Marienburg, die größte Burganlage und Backsteinbau Europas, die von 1309–1455 Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens war.

KREISGRUPPE

Buchen – Sonnabend, 12. März, 14 Uhr, Pfarrscheune in Buchen-Hainstadt: **Mitglieder-Hauptversammlung mit Wahlen und Ehrungen.** Uwe Jurgsties, Mannheim, wird über das „Memelland gestern und heute“ berichten. Es gibt Schmandhering mit Pellkartoffeln.

Esslingen - Ost- und Westpreußen. Die diesjährige **Hauptversammlung** der Landsmannschaft fand in der Gaststätte Waldheim auf dem Zollberg statt. Nach der Begrüßung durch die kommissarische Vorsitzende Helga Hornick gedachten die Anwesenden des 2010 verstorbenen Landsmannes Klaus Markewski in einer stillen Gedenkminute. Rückblickend erinnerte Helga Hornick in ihrem Rechenschaftsbericht an die geleisteten Aktivitäten im vergangenen Jahr. Programmgemäß folgten die Berichte des Kassenwarts und des Kassenprüfers. Dem gesamten Vorstand wurde einstimmig die Entlastung ausgesprochen. Die anschließende Neuwahl ergab nachstehend das einstimmige Ergebnis: Erste Vorsitzende Helga Hornick, zweiter Vorsitzender Georg Kolke, dritte Vorsitzende Elisabeth Bonacker, Schriftführer Michael Hornick, Kassenwart Erich Thiel, Beisitzer Wilhelm Krupp und Herbert Katryniak, stellv. Beisitzerin Gertraut Wörner, Kassenprüfer Michael Hornick und Gerda Kersten. Die Vorsitzende erinnerte an den Termin des Deutschlandtreffens der Ostpreußen vom 28.–29. Mai 2011 in Erfurt. Es besteht noch Mitfahrgelegenheit mit dem Bus der Stuttgarter Landesgruppe. Reisetermin: 25.–30. Mai 2011. Die Vereinsversammlung erfreute sich beim anschließenden gemütlichen Beisammensein an heiteren heimatlichen Vorträgen.

Stuttgart – Montag, 16. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Monatsversammlung der Kreisgruppe. „Käthe Kollwitz“, ein Bildervortrag von Uta Lüttich. – Dienstag, 22. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, kleiner Saal. Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich, „Der Lenz ist da!“



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. März, 15 Uhr, Orangerie: Pommern – Kolberg. Ernst Schröder, Vorsitzender der LM Pommern in Bayern erzählt aus seiner Heimatstadt Kolberg mit einem Bildbericht.

Bamberg – Mittwoch, 16. März, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Bamberg, Promenade: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen.

Ingolstadt – Sonntag, 20. März, 14.30 Uhr, Gasthaus „Bonschab“, Münchner Straße 8, Ingolstadt: Monatliches Heimattreffen.

Nürnberg – Freitag, 11. März, 15 Uhr, Tucherbräu am Opernhaus: Vortrag „Masuren, Land und Menschen“. Gäste sind herzlich willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

FRAUENGRUPPE

Mittwoch, 9. März, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10953 Berlin: Treffen der Frauengruppe. Eventuell Diavortrag. Infos bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 13. März, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin. Infos bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Samland/Labiau – Freitag, 11. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen bei: Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 25 15 995.




BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Oberhavel – Auf der letzten Vorstandssitzung am 10. Februar, die im Beisein unseres Landesvorsitzenden Elard v. Gottberg stattfand, konnte unser stellvertretender Vorsitzender Horst Trimkowski berichten, dass er alle Vorbereitungen für die Teilnahme am Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28./29. Mai in Erfurt, abgeschlossen hat. Natürlich gibt es noch immer Kleinarbeiten, die jedoch überschaubar sind. Die Abfahrt des Busses ist am 27. Mai um 14 Uhr in Oranienburg ab altem Busbahnhof (Nähe S-Bahn-Ausgang). Der Vorstand bittet die Teilnehmer, rechtzeitig zu erscheinen, damit die Abfahrt pünktlich erfolgen kann, da in Brandenburg weitere Landsleute zusteigen. Die Fahrt führt nach Wandersleben im Hotel „Burgenlandung“, wo Übernachtungen gebucht sind. Weitere Informationen des Vorstandes: Die Vorstandssitzungen finden ab sofort im Bürgerzentrum Oranienburg, Albert-Buchmann-Straße 17, statt. Nächste Sitzung: Donnerstag, 10. März um 14.30 Uhr. Thema: Wahlvorbereitung und Information. Sonnabend, 19. März, 10 Uhr, Regine-Hildebrand-Haus, Sachsenhauser Straße 1: Hauptversammlung der Kreisgruppe Oberhavel mit Neuwahl des Vorstandes.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Unter dem Motto „Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung“ findet das Deutschlandtreffen vom 28. bis 29. Mai auf dem Messegelände in Erfurt statt. Die Fahrt wird von Freitag, 27. bis Montag, 30. Mai stattfinden. Der Reisepreis beträgt 260 Euro bei Übernachtung im DZ, 335 Euro im EZ. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, 3 x Übernachtung im Hotel „Park Inn by Radisson“ in Erfurt-Apfelstädt, 3 x Frühstücksbuffet mit Halbpension, Stadtführung mit der historischen Straßenbahn und anschließendem Rundgang durch mittelalterliche Gässchen zur Krämerbrücke (am 28. Mai), Besuch des Kyffhäuser-Denkmals einschließlich einer Pferdekutschenfahrt (am 30. Mai), Eintritt und Führung im Burgmuseum am Kyffhäuser-Denkmal (am 30. Mai), Transfer zum und vom Messegelände an beiden Tagen des Ostpreußentreffens, Eintritt zum Ostpreußentreffen. Es stehen noch nicht alle Einzelheiten fest, Anmeldungen sind aber ab sofort direkt bei Frau Venderbosch, Telefon 4854633, möglich. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Kontonummer 18 27 67 17, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01. Anmeldeschluss ist der 15. April.

LANDESGRUPPE

Bremen-Lesum-Vegesack – Mittwoch, 23. März: Jahreshauptversammlung. Eine ganz wichtige Veranstaltung ist das Deutschlandtreffen am 28. und 29. Mai in Erfurt. Nähere Infos sind bei Walter Schröder unter der Telefonnummer (0421) 483424 zu erhalten. Hier können Sie sich auch anmelden und Informationen über Ablauf und Preise erhalten, wobei sich der Fahrpreis nach der Beteiligung richtet. Anmeldungen nimmt auch Christel Kunigk, Telefon (0421) 74165, entgegen.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 20. März, Besuch der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird die Tragikomödie „Die Ratten“ von Gerhart Hauptmann. Tagesablauf: 13 Uhr, Abfahrt des Busses von Meckelfeld, Höpenstraße 88 (Gasthaus Waldquelle), 14 Uhr Abfahrt Kirchenallee gegenüber dem Hamburger Hauptbahnhof, 15 Uhr Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang, 16 Uhr Theateraufführung, 18.30 Uhr Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040)6933520.

Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, Delegiertenversammlung der Landesgruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Alle Bezirks- und Gruppenleiter mit ihren Delegierten sind herzlich eingeladen.

Elchniederung – Mittwoch, 6. April, 15 Uhr, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hoheweide, U-Bahn Christuskirche: Kulturnachmittag. Nach dem Kaffee soll in einer gemütlichen Runde mit Vorträgen, frohen Liedern und Musik der Frühling angelockt werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt: 2 Euro.



Heiligenbeil – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt vom 26. bis 29. Mai 2011. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands, und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai 2011. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon und Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar. – Sonntag, 20. März, 13 Uhr, Besuch der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird das Drama „Die Ratten“ von Gerhart Hauptmann. 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle (Höpenstraße 88, Meckelfeld). 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof. 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang. 16 Uhr, Theateraufführung. 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.



Osterode – Sonnabend, 19. März, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562. Einladung zum gemeinsamen Frühlingssingen mit Musikbegleitung. Eintritt frei. Gäste sind mit oder ohne Kappe herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 8. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Schrebers Café-Restaurant (im Kulturpalast), Öjendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. März, 15 Uhr: Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Motto: „Jetzt fängt das schöne Frühjahr an...“

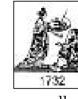
HEIMATKREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonnabend, 5. März, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreffen der AWO, Bauerbergweg 7. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstationen: Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Von der Bushaltestelle Bauerbergweg sind es dann nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Treffpunkt. Der Vorstand würde sich freuen, wenn viele Mitglieder zur Jahreshauptversammlung erscheinen würden. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen bis zum 5. März beim Vorsitzenden K. Wien, Telefon (040) 30067092.

Sensburg – Sonntag, 13. März, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg, Jahreshauptversammlung. Anregungen und Bedenken bitte an K. Budszuhn, Telefon (04141)72767 richten.

SALZBURGER VERIN



Zum Treffen am Sonnabend, dem 5. März um 13 Uhr im Hotel „St. Raphael“ in Hamburg, Adenauerallee 41, wird herzlich zu folgendem Programm eingeladen: 1. Film-Vortrag „Flug über Nord-Ostpreußen“ (Fortsetzung), Teil II: Von Königsberg nach Insterburg, Teil III: Rominter Heide – Trakehnen – Elchniederung, 2. Musikalischer Rahmen: Chor aus der „Schöpfung“ von Josef Haydn, „Heimatlied aus Stallupönen“ (Grau-Wiesemann-Schubert). Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

KREISGRUPPE

Bergstraße – Freitag, 25. März, 18.30 Uhr, „Alleehotel Europa“, Bensheim: 48. Preußische Tafelrunde würdigt Königin Luise, die preußische Königin der Herzen. Thema der Veranstaltung: „Königin Luise von Preußen – Stationen ihres kurzen Lebens“. Als Speisenfolge wird geboten: Schweine-

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

nackenbraten an Speckbohnen mit Risoléekartoffeln, Nachtisch Rote Grütze mit Vanilleeis zum Preis von 12,50 Euro. – Das Jahr 2010 war das Luisenjahr, zu Ehren der beim Volk beliebten Königin gefeiert, deren Todesjahr sich zum 200. Mal jährte. Das Leben dieser jungen Frau, die ihre Kindheit und Jugend in Darmstadt verbrachte, war das Sujet sehr vieler Filme und sonstigen Publikationen. Viele ältere Menschen werden sich noch an die Verfilmung mit der bekannten Schauspielerin Ruth Leuwerik in der Titelrolle erinnern. Die Veranstalter konnten die bekannte Historikerin und Publizistin Karin Feuerstein-Praßer aus Köln als Referentin gewinnen, die ihre Publikationen dem Leben berühmter Frauen widmet. Dass von der Person Königin Luise immer noch eine große Attraktion ausgeht, bewies der sehr gute Besuch aller Veranstaltungen zu diesem Thema im letzten Jahr überall in Deutschland. – Die Veranstaltung steht allen Interessierten offen. Die Tafelrunde findet diesmal wieder in Bensheim statt. Die Landsmannschaft der Ostseedeutschen bittet um rechtzeitige Reservierungen. Anmeldungen an: Reinhard Sablowski, Lahnstraße 11 in 64646 Heppenheim, Telefon (06252)71476.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 19. März, 15 Uhr, Bürgersaal in Neu-Kranichstein, Treffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel Hauptversammlung mit Neuwahl des Vorstands mit Bericht von Karl Lask: Pflanzung einer Europaeiche in seiner Heimatstadt Treuburg anlässlich des 450. Stadtjubiläums“.

Wiesbaden – Dienstag, 8. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Freidrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Wer weiß es? Ein Quiz-Nachmittag. – Sonnabend, 19. März, 15 Uhr, Haus der Heimat: „Er kam aus jener großen Stille“. Leben und Werk des Schriftstellers Ernst Wiechert. Vortrag von Dr. Bärbel Beutner (Unna), Vorsitzende der Internationalen Ernst-Wiechert-Gesellschaft e.V. – Donnerstag, 24. März, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 18. März bei Familie Schetat, Telefon (06122)15358. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 12. März, 10-17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen. Zugleich ist es das 20-jährige Jubiläum: Am 9. März 1991 trafen sich erstmalig 500 Landsleute im Theater Anklam. Die Besucherzahlen haben bis heute nicht nachgelassen. Ehrengast ist Wilhelm v. Gottberg, langjähriger verdienstvoller Sprecher der LO und 1991 an der Gründung in Anklam beteiligt. Das Jubiläums-Programm gestaltet der Kant-Chor Gumbinnen, der eigens zu diesem Treffen nach Anklam kommt. Für Mittagessen, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze ist wie immer gesorgt. Alle Landsleute und Interessenten von fern und nah sind herzlich zum Jubiläum willkommen.



NIEDERSACHSEN

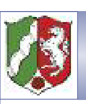
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonnabend, 19. März, 15 Uhr, Hoheluft: „Literatur-Kaffee“. Erinnerung an die große Balladendichterin Agnes Miegel, geboren am 9. März 1879 in Königsberg, mit Beiträgen in Originalstimme. Statt einem festen Unkostenbeitrag wird um eine Spende gebeten. Anmeldungen erbeten bis zum 15. März.

Hannover – Freitag, 25. März, Ruder-Club Ihme-Terrassen, Roesebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah): Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Um Anregungen und Vorschläge wird gebeten.

Hildesheim – Donnerstag, 10. März, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8. Mitgliederversammlung. Plachandern unter Heimatfreunden.

Osnabrück – Dienstag, 15. März, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Treffen der Gruppe zum Kegeln. – Freitag, 18. März, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Sonnabend, 26. März, 11 Uhr, Osnabrück-Halle: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Anmeldung bis 12. März bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

BUND DER VERTRIEBENEN

Espelkamp – Besuch des Preußenmuseums am 13. Juli 2010. Eine Besuchergruppe des BdV Ortsverbandes Espelkamp hatte am Dienstag, dem 13. Juli 2010, die Gelegenheit, von Herrn Mückenberger, dem Leiter der Unterabteilung Samland im Preußenmuseum Minden durch die Ausstellung geführt zu werden. Es war sehr lehrreich. Die Gruppe erfuhr viel über die deutsche Geschichte in Ostpreußen, die leider heute an den Schulen – wenn überhaupt – recht lückenhaft vermittelt wird. Grundlage jeglicher Versöhnungsaktivität sollte die geschichtliche Wahrheit sein, um die sich beide Seiten bemühen sollten. Deutsche Geschichte darf nicht so weit verbogen und manipuliert werden, dass sie nur noch Futter für einen verordneten Schuldkult darstellt. Wichtig ist zum Beispiel: der deutsche Ritterorden wurde von den polnischen Königen ins Land der Prussen geholt, um sie zu christianisieren und zu befrieden. Am Anfang steht ein Besiedelungsvertrag, genannt „Die goldene Bulle von Rimini“. Hierin dokumentiert 1226 der Herzog Konrad von Masowien die Schenkung Ostpreußens an den deutschen Ritterorden. Kaiser Friedrich II. und Papst Gregor IX. bestätigten dies. Das Original dieses wichtigen Dokumentes deutscher Geschichte wurde den Polen als Zeichen eines aufrichtigen Versöhnungswillens ausgehändigt. Im Jahre 1657 übertrug der polnische König Casimir dem Kurfürsten Sigismund von Brandenburg die volle Souveränität über Ostpreußen. Es war der Dank des Polenkönigs für die Unterstützung durch den Kurfürsten im Krieg gegen die Schweden. 1848 wurde der Königsberger Jurist Eduard Simson Präsident der Frankfurter Nationalversammlung. Er bot dem Preußischen König die deutsche Kaiserkrone an. Jetzt ging die Geschichte Ostpreußens in der Deutschen Geschichte auf.

LANDESGRUPPE

Bielefeld – Donnerstag, 17. März, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 26. März, 15 Uhr, Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 35, 33649 Bielefeld: Jahreshauptversammlung.

Dortmund – Montag, 21. März, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße. Treffen der Gruppe.

Düren – Montag, 14. März,14.30 Uhr, Haus des deutschen Osten, Holzstraße 7A: Treffen der Frauengruppe. – Freitag, 18. März, 18 Uhr, HDO, Treffen der Gruppe. – 27.–30. Mai, Busreise zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. Infos beim Vorstand.

Düsseldorf – Donnerstag, 17. März, 19.30 Uhr, GHH, Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Mittwoch, 23. März, 19.15 Uhr, GHH, Konferenzraum: Vortrag von Dr. Guido Hitze „Um 90 Jahren: Volksabstimmung“.

Gütersloh – Montag, 14. März, 15-17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Kontakt und Info: Ursula Witt, Telefon 37343. – Donnerstag, 24. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe. Führung durch das neue Theater Gütersloh, Kosten: 2 Euro. Alle Interessierten sind willkommen. Anmeldungen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

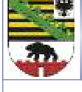
Oberhausen – Sonnabend, 12. März, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße, Frühjahrs-, Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen, da Wahlen anstehen. Geboten wird ein interessantes Programm. Reger Besuch von Landsleuten, Jugend und Gästen ist wie in den vergangenen Jahren willkommen. Auf der Tagung wird die Gedenkschrift zum 60-jährigen Bestehen der Landesgruppe vorliegen.

Wesel – Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Am 20. Februar führte die Landsmannschaft Ostpreußen/Westpreußen, Kreisgruppe Wesel, ihre Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen durch. Der erste Vorsitzende, Kurt Koslowski, konnte eine stattliche Zahl von Landsleuten begrüßen

und verlas die Tagesordnung. Aus der Wahl eines Versammlungs-/Wahlleiters ging Harry Jacknau hervor. Es folgte der Jahresbericht des ersten Vorsitzenden Kurt Koslowski mit Totenehrung. Es folgte der Bericht der stellvertretenden Schatzmeisterin Ursula Paehr, da der Schatzmeister Hermann Paehr wegen eines Krankenhausaufenthalts verhindert war. Die Kassenprüfer Irma Laukmichel und Rudi Hinz berichteten, dass es keine Beanstandung gab. Der Wahlleiter Harry Jacknau beantragte die Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes. Daraufhin wurde der Schatzmeister und der Vorstand von der Mitgliederversammlung einstimmig entlastet. Danach ging man zum Kaffeetrinken mit selbstgebackenem Kuchen über. Nach der Pause führte Wahlleiter Jacknau die gesamte Neuwahl des zu wählenden Vorstandes durch. Der zweite Vorsitzende Paul Sobotta wurde zum neuen ersten Vorsitzenden gewählt. Der bisherige erste Vorsitzende Kurt Koslowski stellte sich aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung. Weiter gewählt wurden: zweite Vorsitzende: Irma Laukmichel, erste Schriftführerin: Gudrun Hartmann, zweiter Schriftführer: Manfred Rohde, erster Schatzmeister: Hermann Paehr, zweite Schatzmeisterin: Ursula Paehr, Kulturreferent: Paul Sobotta, Frauenreferentin: Lise-Lotte Malle, erster Beisitzer: Hans Laukmichel, zweite Beisitzerin: Edith Nischik. Als Kassenprüfer wurden Rudi Hins und Christa Elias gewählt. Der neue Vorsitzende Paul Sobotta führte als erste Amtshandlung die Ehrung für sieben verdiente Mitglieder für 25 Jahre Mitgliedschaft in der Kreisgruppe durch. Geehrt wurden: Hildegard Feuchthofen, Hedwig Halas, Waltraut Koslowski, Gerhard Koslowski, Alfred Pichler, Heinz Podschadel und Manfred Rohde. Ein weiterer Höhepunkt der Amtshandlung: Der bisherige erste Vorsitzende Kurt Koslowski wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt und erhielt eine Ehrenurkunde. Erwähnt werden muss, dass Kurt Koslowski 25 Jahre lang jede Veranstaltung der Weseler Gruppe durchgeführt hat. Seine Frau Waltraut, die scheidende Frauenreferentin, die ebenfalls 25 Jahre treu an der Seite ihres Mannes die Frauenkulturarbeit versah, bekam ein Blumengebinde überreicht. Das Ehepaar Koslowski wurde nicht in den Ruhestand verabschiedet, sondern in den Vorruhestand versetzt, so Paul Sobotta. Sobotta ging in seiner Ansprache auf die weiterzuführenden Ostdeutschen Kulturaktiviäten am Niederrhein, über die Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen und über Deutschlands Grenzen hinaus ein und lud den neu gewählten Vorstand ein, hinter ihm zu stehen, damit die bisherige erfolgreiche Arbeit Kurt Koslowskis über einen längeren Zeitraum fortgeführt werden kann.

Witten – Montag, 21. März, 15 Uhr, Evangelisch-lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Treffen der Gruppe. Frühling in Wort und Lied.

Wuppertal – Sonnabend, 12. März, 15 Uhr, Ergo-Haus (vormals Victoria), Neumarkt 2 in Wuppertal-Elberfeld: Vortrag von Dr. W. Rothe über Nordostpreußen. Gäste sind willkommen! – 27. bis 30. Mai: Fahrt der Gruppe zum Deutschlandtreffen der LO nach Erfurt. Leistungen: Fahrt im komfortablen Reisebus, 3 Übernachtungen mit Frühstück, 3 Abendessen, am Sonnabend und Sonntag Transfer zur Messe und zurück zum Hotel. Kosten: 298 Euro. Vorgesehen ist noch ein Zwischenstopp in Eisenach auf der Hinfahrt, am Sonnabend in Erfurt eine Stadtrundfahrt, ein Ausflug in die Umgebung am Sonntag, ein Besuch in Weimar am Montag. Es sind noch Plätze frei. Informationen unter Telefon (0202) 461235, Anmeldungen unter Telefon (0202) 500077.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Gardelegen – Freitag, 25. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Buchlesung: „Tante Martchen auf Männerfang. Krimi-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

nalfälle von Ostpreußen, Schlesien und Ostbrandenburg“.

Magdeburg – Freitag, 25. März, 15 Uhr bei TUS: Singproben des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Montag, 14. März, 15 Uhr, Restaurant Treffpunkt Mürwik, Kielseng 30, Jahreshauptversammlung. Anschließend Gesang mit Gedichtvorträgen. Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen. Anmeldungen bitte rechtzeitig bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. – Dienstag, 22. März, 19.30 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Ein festliches Essen mit anschließendem Vortrag verschönert den Abend. Anmeldungen bitte an Wolfgang Kanstorf, Telefon (0461) 64847.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Neuauflage des Buches „Angerburg, Beschreibung der Stadt und ihrer Einwohner“ soeben erschienen. Die erste Auflage des Buches war überraschend schnell vergreiffen und so sah sich die Kreisgemeinschaft Angerburg zur Herausgabe einer zweiten Auflage veranlasst. Durch Text- und Fotoergänzungswünsche hat sich die Seitenzahl des Buches von 427 auf 438 erhöht. An einigen Stellen wurden Berichtigungs- beziehungsweise Änderungswünsche vorgenommen. Es ist nach Straßen mit Hausnummern nebst Abbauhöfen- und siedlungen mit vielen Bildern und Skizzen geordnet. Der Autor des Buches, Wolf Möller, hat in einer außerordentlichen Fleißarbeit versucht, die Namen der noch bekannten Einwohner, ihre Wohnungen, Geschäfte und Einrichtungen der vielfältigen und schönen Kreisstadt Angerburg im ostpreußischen Masuren mit Hausnummern möglichst umfassend zu ermitteln und zu erläutern. Hieraus ergibt sich eine Gesamtstruktur der Stadt, die gleichsam wieder mit Leben erfüllt wird. Es ist ein sehr informatives Buch entstanden, das über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Angerburg zum unveränderten Preis von 10 Euro zuzüglich 3 Euro Versandkosten bezogen werden kann.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

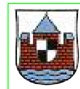
Regionaltreffen, Sonntag, 20. März, 10 Uhr, Pfarrzentrum St. Elisabeth, Dollendorfstr. 51, 45144 Essen. Programm: Begrüßung durch Kreisvertreter Stephan Grigat, Ostpreußenlied, Bericht Umzug Patenschaftsmuseum A. Trucewitz, Gedicht, Vortrag in Wort und Bild „Verschwundene Gleise – Die Kaiserbahn von Goldap nach Szittkehmen“, Dieter Zeigert. Anschließend gemeinsames Mittagessen und gemütliches Beisammensein. Verkauf von Heimatartikeln, Büchern und historischen Heimatbrücken – Bücherflohmarkt mit interessanten Ostpreußenbüchern zu Schnäppchenpreisen. Brigitte Karow ist für Sie da! Mitgebrachte, historische Fotos können während der Veranstaltung eingescannt werden. Ansprechpartner: Informationen bei Annelies und Gerhard Trucewitz. Telefon (04142)3552. Ansprechpartner bei Fragen zur Veranstaltung: Manfred Gawrisch, Schimmelsfeld 44, 45139 Essen. Tel. (0201) 287988. Die Gruppe freut sich auf Ihr Kommen!



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Neue Ortsvertreter. In seiner Sitzung am 18. Februar 2011 hat der Kreisausschuss folgende neue Ortsvertreter gewählt. 068 Königswalde, Dr. Helga Walter-Joswig, Sonnenstraße 29a, 97334 Sommerach, Tel. (09381) 4871. 084 Lissau, Manfred Stiemer, Lüttringhauser Straße 100, 44225 Dortmund, Tel. (0231) 710 320. 167 Zeysen, Irmgard Heise, Stubaier Str. 7, 81739 München, Tel. (089) 637 74 86.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: (komm.) Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Nächstes Regionaltreffen – Mit Rücksicht auf das in diesem Jahr stattfindende Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt wird das nächste Regionaltreffen der drei Heimatkreise Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung erst im Jahr 2012 stattfinden. Mit der Ausrichtung ist Tilsit-Stadt an der Reihe. Von allen drei Kreisgemeinschaften wurde der Standpunkt vertreten, dass der ursprünglich geplante Austragungsort in Kiel wenig sinnvoll sei. Statt dessen sollte es ein Ort sein, der zentral gelegen und gut erreichbar ist. In die engere Wahl sind Potsdam oder Halle/Saale gekommen. Die endgültige Entscheidung fällt im Mai in Erfurt.

Nachbarschaftstagung – Die alljährlich stattfindende Nachbarschaftstagung der drei Heimatkreise Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung wurde diesmal unter der Regie der Stadtgemeinschaft Tilsit durchgeführt. Hannover erwies sich als günstige Ortswahl. Auf der Tagesordnung standen Fragen der weiteren nachbarschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer späteren Fusion. Wegen fehlender ehrenamtlicher Mitarbeiter wird die Zusammenlegung einiger Aufgabengebiete immer akuter. Man kam überein, ab Weihnachten 2011 einen gemeinsamen Heimatbrief für Tilsit-Ragnit und Tilsit-Stadt herauszugeben. Mit Rücksicht auf das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt wurde für dieses Jahr das regionale Heimattreffen zurückgestellt, doch im Jahr 2012 wird es wieder ein gemeinsames Heimattreffen der drei Nachbarkreise geben. Als Austragungsort wurde Potsdam, Magdeburg oder Hannover vorgeschlagen. Im Hinblick auf das Deutschlandtreffen in Erfurt wurde das Auftreten der drei Nachbarn abgestimmt mit dem Ziel einer wirkungsvollen Präsentation.

Veröffentlichung **„Die Tilsiter Dragoner“** – In Tilsit machte man unlängst eine aufsehenerregende Entdeckung. Bei der Renovierung einer Kaserne kamen 36 Fresken zum Vorschein, auf denen die zweihundertjährige Geschichte des Dragoner-Regiments Nr. 1 verewigt ist. In der von der Stadtgemeinschaft Tilsit herausgegebenen Broschüre „Die Tilsiter Dragoner“ wird auf den spektakulären Fund eingegangen und Aufschluss über die historische Vergangenheit des legendären Regiments gegeben. Es sind noch einige Broschüren erhältlich. Sie können bei der Stadtgemeinschaft Tilsit auf Spendenbasis angefordert werden.

Auf Seite 20 in Folge 8 hat sich der **Fehlerteufel** eingeschlichen. Im Artikel über Helene Dauter muss am Ende die Anschrift in der E-Mail-Adresse richtig heißen: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Westpreußen – das Land an der unteren Weichsel

Dia-Show von Roland Marske. Knapp 3000 Kilometer ist der Fotograf Roland Marske durch dieses Land mit deutscher Vergangenheit und polnischer Gegenwart gereist und hat dabei den Zauber und die Schönheit seiner einzigartigen Landschaften und Städte eingefangen:

Mittwoch, 16. März 2011, 19 Uhr, Eintritt: 4 Euro (erm.: 3 Euro)

Meine Heimat, deine Heimat. Begegnungen in Ostpreußen

Autorenlesung mit Wolf von Lojewski. Auf seinen Reisen durch das Land seiner Kindheit hat Wolf von Lojewski an viele Türen geklopft. Die meisten, die er traf – Sieger wie Besiegte des sinnlosen Krieges –, hat das Schicksal erheblich härter getroffen als ihn. Dienstag, 22. März, 19 Uhr, Vorverkauf: 7 Euro / Abendkasse 9 Euro. Aufgrund der begrenzten Plätze empfehlen wir dringend den Vorverkauf!

Gesprächskreis als Therapie

Späte Hilfe für Opfer von Flucht und Vertreibung

Zu einer Informationsveranstaltung über ein neues Programmangebot lud kürzlich das Haus des Deutschen Ostens in München ein. Hinter dem Gesprächskreis „Flucht, Vertreibung, Neuanfang?“, der ins Leben gerufen werden soll, versteckt sich der Anspruch, Hilfen für lebensbewältigende Maßnahmen zu diskutieren, traumatische Erlebnisse im kleinen Kreis aufzuarbeiten und nach dem Sinn individuellen Schicksals in einer Gemeinschaft Betroffener oder nicht Betroffener zu fragen. An der Sinnfrage entbrannte auch die erste heftige kontroverse Diskussion, die der Initiator und Referent Ulrich Sachweh, Sohn der oberschlesischen Künstlerin und Akademischen Malerin Gerda Sachweh, in den Raum stellte: „Flucht und Vertreibung, ein Neuanfang im kriegszerstörten, fremden Land, das zur neuen Heimat werden sollte – was macht das mit einem Menschen? Ist es persönliches Schicksal, das halt durchlitten werden musste oder lässt sich darin ein Sinn finden – und wenn ja, welcher und wie?“ Der Referent stellte seine Ausführungen unter das Nietzsche-Zitat „Wenn man ein Wozu im Leben hat, erträgt man jedes Wie.“

Der Direktor des HDO, Dr. Ortfried Kotzian, betonte bei seiner Begrüßung einer großen Runde von Interessenten den therapeutischen beziehungsweise heilenden Ansatz, der in dieser neuen Form erprobt werden soll. Bei jedem schrecklichen Geschehen gebe es heute psychologische Betreuung für Opfer und Zeugen. Damals 1945/46 stellte niemand Hilfen für traumatisierte Flüchtlinge, Vertriebene oder Deportierte zur Verfügung. Der Einzelne war in der Phase der seelischen Bewältigung des schrecklichen Erlebens mit sich selbst allein. Lediglich Kirchen und Hilfsorganisationen versuchten die offensichtliche physische Not zu lindern.

Der Psychotherapeut Ulrich Sachweh meinte, es fände ein für die Betroffenen schmerzlicher gesellschaftlicher Verdrängungsprozess statt, mit dem die Vertriebenen zusätzlich fertig zu werden hätten. Dabei gehe es individuell darum zu analysieren, wie die eigene Situation angenommen wurde, welche „offenen Stellen“ verblieben sind oder ob die eigene Leistung jene Anerkennung erfahre, die ihr gebührt.

Offene Diskussion über Sinn und Wert verlief emotional

In der offenen und sehr spontan und emotional geführten Diskussion über den Wert eines solchen Gesprächskreises, die von der stellvertretenden Direktorin des HDO, Brigitte Steinert, moderiert wurde, betonten Teilnehmer: „Das Thema kommt einfach zu spät.“ Die dauerhafte Unterdrückung des Wissens um das Elend der Eltern und Großeltern führe zu einem Schwelbrand, der immer wieder aufflackert. Ulrich Sachweh betonte, für die eigene Traumabewältigung komme ein Thema nie zu spät. Vielleicht ergebe sich mit größerem zeitlichen Abstand die Möglichkeit, das Thema „lockerer“ anzugehen, mit Leid, Schuld und Opferrolle sachlicher und vor allem „entideologisiert“ zu verfahren. Provokativ fragte eine Teilnehmerin, ob es überhaupt einen „Sinn“ im Vertreibungsgeschehen gebe. Bestimmte Erfahrungen seien nicht kommunizierbar.

Generalisierend kann man natürlich behaupten, meinte Ulrich Sachweh, „alles historische Geschehen um Krieg, Vernichtung, Vertreibung ist gekennzeichnet durch eine allgemeine Sinnlosigkeit. Aber um mit den Verletzungen besser umgehen zu können, die einem der Alltag schlägt, müssen doch einige Fragen gestellt und auch analysiert werden: Was hat das Schicksal für meine Persönlichkeitsentwicklung bewirkt? Was kann ich davon Kindern und Enkeln weitergeben? Wie reagieren die Generationen auf meine eigene Trauerarbeit? Wie lässt sich meine Identität wiederfinden? „Kann man Leiderfahrung konservieren?“

Zwei Stunden wurden unter den Teilnehmern Meinungen ausgetauscht, bevor sich eine beachtliche Zahl von Besuchern der Informationsveranstaltung für eine Mitwirkung am neuen Programmangebot des HDO, dem Gesprächskreis „Flucht – Vertreibung – Neuanfang?“ entschied. *ok*

»Wenn die Atemschaukel stockt«

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: Literatur-Symposium zu Gulag-Erfahrungen

Ähnlich wie Herta Müller in ihrer „Atemschaukel“ dem Leser einiges zumutet, forderte das jüngste Literaturwissenschaftliche Symposium der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen die volle Aufmerksamkeit des Publikums. Die Thematik des Seminars im Christkönigshaus in Stuttgart-Hohenheim war gut gewählt: „Bis hin zum Gulag? Bestehen und Versagen deutschsprachiger Autoren des Ostens gegenüber den Herausforderungen des Totalitarismus“. Die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an die Banater Schwäbin Herta Müller im Oktober 2009 bildete ebenso einen öffentlichkeitswirksamen Hintergrund wie die im Herbst letzten Jahres bekannt gewordenen Securitate-Verstrickungen des Lyrikers Oskar Pastior, dessen persönliche Aufzeichnungen aus dem Alltag der 60000 rumäniendeutschen Zwangsarbeiter in der Sowjetunion der „Atemschaukel“ als Vorlage dienten.



Beim Vortrag: Hans-Günther Parplies, Prof. Karol Sauerland, Georg Aescht (v.l.n.r.).. Bild: Kulturstiftung

Prof. Dr. Karol Sauerland, in der DDR aufgewachsener Sohn deutsch-jüdischer Emigranten und Leiter der Abteilung für Literaturwissenschaft an der Warschauer Universität, führte in die Thematik ein. Dabei zitierte der seinerzeitige Chefredakteur der polnischen Untergrundzeitschrift „Europa“ aus einem 1988 dort veröffentlichten Interview mit dem Gulag-Insassen Horst Bienek, in dem der oberschlesische Schriftsteller prophezeite: „Ich bin überzeugt, dass es einst in Workuta ein Museum geben wird, so wie es eines in Auschwitz gibt.“

Das Stadtmuseum Workuta erinnert heute zwar auch an die stalinistische „Vernichtung durch Arbeit“, doch die allgemeine Bewusstmachung dieser Massenverbrechen hat längst nicht den Stellenwert wie die der Verbrechen der NS-Rassenideologie.

Stadtmuseum in Workuta erinnert an Stalin-Verbrechen

Nachdem der erste Seminartag mit einem Konzert des Malinconia-Ensembles Stuttgart unter dem Motto „Nun sind die Tage grau und düster geworden – Komponisten des Ostens in Zeiten der Bewährung“ klassisch-melancholisch ausgeklungen war, begann der Sonntag mit Ausführungen Dr. Jörg Bernhard Bilkes über „Vergewaltigungen durch die Rote Armee? – Wie Boris Djacenko mundtot gemacht wurde“, dann folgten Ingmar Brantschs Gedankengänge zum Thema „Unter Larven die einzig fühlende Brust – Eginald Schlattner und die Möglichkeiten des Widerstandes in einer Diktatur“ sowie Stefan Teppferts Ausführungen über den „Genozid in Titos Jugoslawien – Johannes Weidenheims Roman Treffpunkt jenseits der Schuld“.

Am Schluss des Hohenheimer Symposiums stand, wie hätte es anders sein können, die Auseinandersetzung mit der rumäniendeutschen Nobelpreisträgerin Herta Müller. Georg Aescht, Chefredakteur der von der Stiftung deutsche Kultur im östlichen Europa herausgegebenen Kulturpolitischen Korrespondenz, referierte über „Wenn die Atemschaukel stockt – Herta Müllers stetes episches Ringen mit der Sprachlosigkeit vor der erlebten Geschichte“. Mit einer dem Thema angemessenen Sprachkraft begründete der Siebenbürger Aescht seine Wertschätzung der Autorin, in deren Werken es „immer um alles“ gehe und die deshalb heute als „totale Schriftstellerpersönlichkeit“ nicht ihresgleichen finde.

Auseinandesetzung mit Herta Müllers Romanen

Mit Herta Müller spreche eine Geschädigte des Ceausescu-Systems zu uns, deren Erfahrungen zum Erkenntnismittel auch für andere Totalitarismus-Schilderungen wurden, allen voran den in der Atemschaukel dargestellten Sowjetarbeitslagern für die Rumäniendeutschen. Aescht betonte, dass sogar bei seinem alles andere als literaturerfahrenen Vater, der selbst fünf Jahre als Zwangsarbeiter schuften musste, die „Wortgewalt“ Müllers Eindruck machte. Trotz des Fehlens klarer Handlungsstränge las und verstand er die „Atemschaukel“ und wurde von meisterhaften Bildern wie dem „Hungerengel“ ebenso gebannt wie Millionen anderer Leser. Die Prosa Herta Müllers tauge zwar nicht für den modernen Fernsehkonsumenten, so das Fazit des Referenten, sei aber wie ihr ganzes Werk „wahrer als die genauesten dokumentarischen Aufzeichnungen“. *Martin Schmidt*

Kontakt: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Kaiserstr. 113, 53113 Bonn, Tel.: 0228-915120, kulturstiftung@t-online.de, www.kulturstiftung-der-deutschen-vertriebenen.de

Blütenzauber

Vorboten des Frühlings erfreuen Jeden

Als Sabine morgens das Haus verließ, goss es in Strömen. Von wegen Frühling! dachte sie missmutig und spannte den Schirm auf. Dabei streifte ihr Blick das Parterrefenster, in dem sich ihr Nachbar gerade an seinen Blumentöpfen zu schaffen machte. Mit konzentriertem Gesichtsausdruck, die weißen Brauen leicht gerunzelt, zupfte er vorsichtig welke Blüten von seinen Geranien.

Sabine nickte grüßend herüber, was höflich erwidert wurde. Ja, höflich war er schon, der alte Herr Kreitmeier. Gleichzeitig legte er ihr und den anderen Hausbewohnern gegenüber aber ein so unterkühltes, distanziertes Verhalten an den Tag, dass ihm jeder tunlichst aus dem Weg ging.

Es schien, als hätte das Eis Risse bekommen

Zweifellos wollte der alte Herr in Ruhe gelassen werden, und so hatte es auch Sabine längst aufgegeben, in seiner Gegenwart eine Bemerkung übers Wetter zu machen oder ihm bei einer zufälligen Begegnung in der Stadt gar von der anderen Straßenseite fröhlich zuzuwinken.

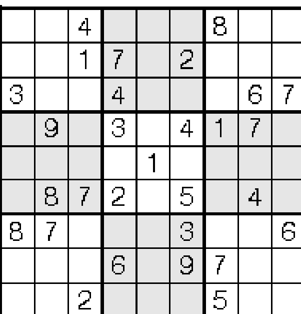
Immerhin schien es ihr noch das kleinere Übel zu sein, einen Eisblock als Nachbarn zu haben als eine alte Tratsch'n! In diesem tröstlichen Bewusstsein machte sich Sabine auf den Weg zur Arbeit. Selbst der Regen drückte nicht mehr aufs Gemüt. Wenn die Wolken auch in düsterem Grau daherwaberten – irgendwann würde ja doch die Sonne durchbrechen!

Die Sehnsucht nach Wärme und Frühling im Herzen, schaute sie nach Feierabend noch kurz in dem kleinen Blumenladen in ihrer Straße vorbei. Herrlich war der Anblick der leuchtenden Hyazinthen, Tulpen und Narzissen! Er stimmte Sabine so froh, dass sie gleich drei Narzissentöpfchen erwarb. Daheim würde sie die Frühlingsboten ins Küchenfenster stellen, um sich auf diese Weise schon beim Frühstück an ihnen erfreuen zu können.

Die knospende Pracht fröhlich vor sich hertragend, stieß Sabine schwungvoll die Haustür auf – und prallte im nächsten Augenblick mit Herrn Kreitmeier zusammen. „Oh, pardon“, murmelte sie erschrokken. „Ich war wohl zu schnell mit der Tür. Haben Sie sich etwa gestoßen?“ „Nein, nein.“ Der alte Herr kniff die Lippen ein, musterte Sabine nochmals aus seinen blassen Augen, deren Blick stets nach innen gerichtet schien, und schickte sich dann, das Haus zu verlassen.

Es war eine plötzliche Eingebung, die Sabine veranlasste, hastig das Blumenpapier zu lösen und ihrem Nachbarn eines der Töpfchen in die Hand zu drücken: „Hier – quasi als Wiedergutmachung für den Schrecken.“ Sekundenlang sah es ganz so aus, als wollte ihr Gegenüber das Präsent von sich weisen. Schmallippig starrte Herr Kreitmeier auf das Töpfchen in seiner Hand. In seinem Gesicht zuckte es. Aber dann blickte er hoch und ein sprödes Lächeln schimmerte auf: „Danke. Sehr liebenswürdig von Ihnen.“ Es war eine höfliche Floskel, nicht mehr. Dennoch ging sie Sabine noch nach, als sie längst in ihrer kleinen Küche saß und die zarten Blütenköpfchen auf dem Fensterbrett bewunderte. „Sehr liebenswürdig“, hatte Herr Kreitmeier gesagt. Nicht die Worte an sich machten sie nachdenklich, sondern der zittrige, ja, brüchige Unterton in seiner Stimme. Es schien, als hätte das Eis Risse bekommen.Als sie am nächsten Morgen aus dem Haus trat, freute sich Sabine über den gelben Blütenschein in ihrem Fenster. Ungleich größer war ihre Freude jedoch über das kleine Narzissentöpfchen im Parterre ... *Renate Dopatka*

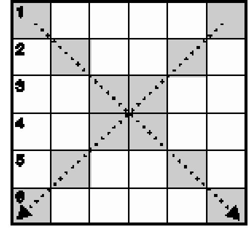
Sudoku



		4				8		
		1	7		2			
3			4				6	7
	9		3		4	1	7	
				1				
	8	7	2		5		4	
8	7				3			6
			6		9	7		
		2				5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je ein mal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



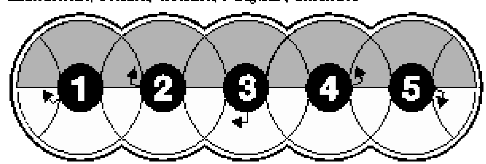
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Kantone der Schweiz.

1 Tätigkeit
2 Schmetterling
3 Teppichart (Kurzwort)
4 Apostel des Nordens
5 Tagesabschnitt
6 Höhenlage; Bildungsstand

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um die Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Ansichten, Vorstellungen.

1 Tagesabschnitt, 2 Gauner, Spitzbube, 3 Anhänger einer freidenkerischen Einheitslehre, 4 fühlen, berühren, 5 Organist, Chorleiter



So ist's richtig

Frühjahrskörung

Drei Trakehner-Väter in Münster-Handorf

Die Trakehner feiern ihr erstes Veranstaltungs-Highlight im Jahr traditionell bei der Frühjahrskörung mit großer Hengstschau im westfälischen Pferdezentrum in Münster-Handorf. Dreizehn Kandidaten stellten sich der Körkommission um Zuchtleiter Lars Gehrmann, drei von ihnen dürfen von nun an in der Trakehner Zucht wirken. Gekört wurde der dreijährige Russian Deal v. Long Deal/Hockey (Z.: Gestüt Hellerholz, Alveslohe). Lars Gehrmann erklärte: „Ein sehr typvoller und nobler Hengst mit Blutanschluss auf den großen Hockey.“ Anerkannt wurde außerdem Herzberg v. Leonardo/Persaldo. Der mittlerweile 18-jährige Dunkelbraune (Z.: Anton Urnau, Saarwellingen) war über zehn Jahre in Kalifornien/USA stationiert und sammelte dort Platzierungen im Viereck auf Grand Prix-Niveau. Nun ist er zurück in Deutschland und steht den Trakehner Züchtern zur Verfügung. Komplettiert wird das Väter-Trio durch den Anglo-Araber Ismahn AA (Z.: Thomas Wehner, Mittelkalbach). Der Braune v. Marekx/Bouquet AA wurde bereits vom Araber-Verband mit einer Prämie ausgezeichnet.

Bei der großen Trakehner Hengstschau präsentierten sich rund 50 Vererber dem Publikum in der ausverkauften Halle des westfälischen Pferdezentrums – vom gerade gekörten Youngster bis zum bewährten Beschäler. Hengstschau-Organisator Hans H. Becker fasste zusammen: „Wie in jedem Jahr haben wir tolle Bilder gesehen – besonders das Springbild und die Darbietungen der zahlreichen, mittlerweile auf S-Niveau erfolgreichen Dressurhengste waren beeindruckend.“

Mehr Informationen im Internet: http://www.trakehner-verband.de. Trakehner Verband e.V., Postfach 27 29, 24517 Neumünster, Telefon (04321) 90 27-0, Telefax: (04321) 90 27 19, E-Mail: info@trakehner-verband.de

Dichter werden

Eine Autorenlesung wirkt Wunder

War das heute gut in der Schule!“ Alle Kinder sind sich einig. Und das kommt – weiß Gott – auch in der dritten Grundschulklasse nicht oft vor. Ich stehe vor der Schule, betrachte mir das quirlige Treiben auf dem Schulhof, denn es ist Pause. Nur mein Enkel, dem ich versprochen habe, ihn abzuholen, ist noch nicht aus dem Gebäude gekommen. Es hat doch schon geläutet!

Aber nun! 25 Jungen und Mädchen kommen doch sonst wie eine Horde von Räubern, Indianern, Piraten, vielleicht auch Tigern, Löwen, Affen durch die Schultür gewirbelt und sind meist nicht zu bändigen. Sie lärmen, toben und raufen sich. Da sind sie sich in ihrem Ungestüm alle gleich. Heute quasseln sie und klatschen im Rhythmus, singen und lachen, malen mit den Fingern Bilder in die Luft und laufen auf Zehenspitzen oder auf ihren Hacken. Da hat mich nun aber Manuel entdeckt! Schon bin ich umringt von einer Kinderschar, habe ja nur zwei Ohren für 25 Stimmen, aber soviel vernehme ich doch: Sie haben eine ganz besondere Schulstunde erlebt. Ein Dichter war bei ihnen, ein richtiger Dichter. „Weißt du, Oma, von dem stehen auch Sachen in unserm Lesebuch. Du, das war prima!“ Und dann bekomme ich Proben seiner schnurrigen Reime zu hören. Die Kinder haben sie gut behalten.

Eines muss Manuel, mein Enkel, mir ins Ohr sagen: „Oma, ich will nicht mehr Busfahrer werden!“ – „Busfahrer? – Wolltest du nicht Astronaut, Kapitän, Eismann oder Bäckermeister werden?“ „Nein, Oma, Dichter! Dichter! Dichter! Dichter-dichterdichterdichterdichter!“ schallt es mir in den Ohren, nicht nur von meinem Abkömmling. „Ich auch! – Ich auch! Ich auch!“ echot es aus der Menge. Nun ist mir um die deutsche Sprache nicht mehr so bange.

Anne Bahrs

Begegnungen mit Tradition

100. grenzüberschreitendes Jugendaustausch-Projekt im Haus Schlesien in Königswinter



Studenten in Haus Schlesien: Sie kamen aus Grünberg/Zielona Góra. Bild: D. G.

Das Haus Schlesien Königswinter beteiligt sich seit 1996 an grenzüberschreitenden Jugendaustausch-Projekten. Im Fokus stand diesmal: Die „Jubiläumsgruppe“ von der Universität Zielona Góra/Grünberg.

Die verständigungspolitischen Begegnungen von Studenten und jungen Lehrern aus Polen und der Tschechei haben im Haus Schlesien – Deutsches Kultur- und Bildungszentrum e.V. – inzwischen Tradition. Seit 1996 verbringen jährlich bis zu zehn Studentengruppen mit jeweils 30 Teilnehmern einwöchige Seminare in Königswinter-Heisterbacherrott.

Die „Schlesischen Begegnungen“ erlebten Ende Januar 2011 ihre nunmehr 100. Auflage. Zu Gast waren diesmal Studentinnen und Studenten von der Universität Zielona Góra/Grünberg. Ehemalige Seminar-Teilnehmer kommen gelegentlich als Praktikanten oder Gruppenleiter nach Königswinter.

So sind auch die Studenten aus Grünberg in Begleitung ihres Lehrers Piotr Kricki angereist, der bereits im Jahre 1999 als Student bei einem dieser Seminare dabei war.

> Die Treffen richten sich an zukünftige Multiplikatoren

Die vom Bundesministerium des Innern geförderten Maßnahmen werden von den Hochschulen offiziell für den Bachelor-Studiengang anerkannt. Die Germanistikstudenten, Schüler bilingualer Lyzeen und Grundschul- bzw. Gymnasiallehrer nehmen während ihrer einwöchigen Aufenthalte an einem abwechslungsreichen Programm mit Vorträgen und Besichtigungen teil. Am Ende des Seminars erhält jeder Teilnehmer einen Leistungsnachweis von der Akademie Haus Schlesien.

Regelmäßige Partner des Kooperations-Projektes sind seit vielen Jahren vor allem die Hochschulen und Fachhochschulen sowie Lehrerkollegs aus Breslau, Oppeln, Ratibor, Grünberg, Waldenburg, Tschenstochau, Troppau, Hirschberg und Neisse.

Die als verständigungspolitische Maßnahme eingestuften Begegnungen richten sich an künftige Multiplikatoren, die durch das Seminarprogramm ihr Bild von den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen in Deutschland vertiefen. Gespräche mit Angehörigen der Erlebnisgeneration der Vertriebenen bewirken gegenseitiges Verstehen und den Abbau von Vorurteilen auf beiden Seiten.

Die 100. Studentengruppe unter der Leitung und Betreuung von Vorstandsmitglied Adrian Sobek und Ministerialdirigent a.D. Volker F. Knoerich bot zum Abschluss ihres Besuches eine plenare Berichterstattung. Von Seiten des Gastgeberhauses war u.a. Museumsleiterin Nicola Remig dabei. Die Veranstalter waren sich darüber einig, dass die Kompaktlehrgänge eine sinnvolle und nachhaltige Investition in die Zukunft darstellen und zugleich als ein wichtiger Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung zu verstehen sind.

In fünf Arbeitskreisen stellten die Studentinnen und Studenten aus Grünberg historische und aktuelle Themen wie „Kriege in und um Schlesien“, „Die Abkommen von Jalta und Potsdam“, „Flucht und Vertreibung“, „Europäische Einigung“ und „Die Wirtschaft folgt der Politik“ in multimedial unterstützten Referaten vor.

Eine besondere Herausforderung für die Jugendlichen war es, dass sie ihre Ideen und Gedanken in deutscher Sprache formulieren mussten. Die meisten haben nämlich Deutsch nur in der Schule als Fremdsprache gelernt.

Wie einige der jungen Menschen verrieten, hatten sie vor ihrer ersten Reise nach Deutschland die Sprachbarriere als ein schwieriges Problem eingeschätzt. Inzwischen haben sie erleichtert festgestellt, dass sie sich mit deutschen Jugendlichen bestens verstehen konnten.

> Teilnehmer würden gerne mehr von Deutschland erfahren

Wie auch die bisherigen Seminarteilnehmer hat auch diese Gruppe ein interessantes und lehrreiches Vortrags- und Besichtigungs-Programm absolviert. Die Inhalte wurden mit Unterstützung von Jennifer Groß und Sabine Beringer organisatorisch umgesetzt. Für die Jugendlichen waren die Besichtigungen von kulturellen und politischen Einrichtungen in Bonn und Köln sowie die Stiftung Konrad Adenauer in Bad Honnef-Rhöndorf und das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen-Hösel besonders spannend.

Wie sich herausstellte, war für die meisten das Haus der Geschichte in Bonn ein herausragendes Erlebnis. Hier konnten sie Einzelheiten der deutschen Geschichte vor Ort kennenlernen und dadurch historische sowie gegenwärtige Zusammenhänge besser verstehen.

Sie würden gerne noch mehr über Deutschland lernen und wiederkommen.

Die „Schlesischen Begegnungen“ im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott gehen inzwischen weiter. Studentengruppen der Fachhochschulen Breslau, Ratibor und Hirschberg bekommen in diesem Frühjahr die Möglichkeit, an den Kompaktseminaren teilzunehmen.

Dieter Göllner

Handicap ist kein Hindernis

Eine Erfolgsgeschichte: Das Stadthaushotel in Hamburg hat schon Nachahmer gefunden

„Anders, aber gut", steht im Prospekt, mit dem das Stadthaushotel Hamburg für sich wirbt. Und in der Tat ist manches anders als in anderen Gästehäusern: Neun der zwölf Mitarbeiter haben geistige und körperliche Behinderungen.

Die Türglocke läutet. Der junge Mann nestelt nervös an seiner Krawatte, bevor er etwas unbeholfen öffnet. Mit einem schwer verständlichen Nuscheln werden die Gäste freundlich hereingebeten. Manche sind irritiert, wenn Nikolaus Gerlach sie in Empfang nimmt. Kaum jemand erwartet schließlich, in einem Hotel auf einen behinderten Mitarbeiter zu treffen.

„Wir bringen Menschen mit und ohne Handicap zusammen", sagt Kai Wiese, der Vorstandsvorsitzende vom Verein Jugend hilft

Eine tragfähige Verbindung von Arbeit und Wohnen

Jugend e.V., der das Stadthaushotel betreibt. Als ein kleines und sehr persönliches Hotel bietet das Stadthaushotel sieben rollstuhlgerechte und sechs weitere modern eingerichtete Zimmer: vier Einzelzimmer, acht Doppelzimmer sowie ein Mehrbettzimmer für Familien – jedes ist mit Dusche und WC, Telefon und Fernseher ausgestattet. Dem Konzept entsprechend ist das Hotel behindertengerecht ausgestattet.

Die Idee hierzu hatten 1987 die Eltern acht behinderter Kinder, die sich in der Initiative „Werkstadthaus e.V." zusammenschlossen, um den Heranwachsenden, die gemeinsam die Schule besuchten, auch als erwachsene Menschen eine dauerhafte und tragfähige Verbindung von Arbeit und Wohnen zu ermöglichen. 1993 konnte das Stadthaushotel endlich eröffnet werdem. Die heutigen Mitarbeiter wurden zwei Jahre lang in einer Berufsschule ganztägig unterrichtet; heute werden sie bei ihrer Tätigkeit von zwei Hotelfachkräften begleitet und unterstützt.

„Wir studieren klare Arbeitsabläufe mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein", erklärt Wiese. „Die Arbeitsabläufe werden auch genau auf ihre Fähigkeiten abgestimmt." Durch das Projekt werden Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Handicap im Dienstleistungssektor geschaffen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Anstellung finden. Weiterhin dient es der Eröffnung beruflicher und persönlicher Perspektiven und der Förderung der Integration. In der Fachdiskussion spricht man allerdings nicht von Integration, sondern von Inklusion. „Wer integriert wird, war draußen", verdeutlicht Wiese, „Inklusion steht für eine Begegnung auf der gleichen Ebene."

Ohnehin bekommt man hier schnell das Gefühl, dass eher die Leute ohne Behinderung Integration nötig haben. Nicht wenige sind unsicher, wie sie Menschen mit Behinderung begegnen sollen. Um 9 Uhr ist Dienstbeginn. Unter den wachsamen Augen von Hotel-Leiter Christian Wagner machen sich die behinderten Mitarbeiter daran, die Zimmer herzurichten.

Clemens Paschen hat an diesem Tag „Schmutz- und Putzdienst", wie er es formuliert. Das Wichtigste dabei ist seine Liste. Sie ist so etwas wie das Gedächtnis, das ihm manchmal fehlt. „Ich bin sehr vergesslich", sagt er. Auf der Liste hakt er ab, was er erledigt hat, und liest nach, was als Nächstes ansteht. „Wenn dreckige Handtücher da sind, dann raus und neue rein" steht da beispielsweise, oder „Müll raus, neue Müllbeutel", oder „WC-Papier da?" Das Wichtigste, meint er, sei ein zufriedener Gast. „Das Waschbecken", sagt er, „wird zunächst von den Sachen der Gäste befreit, die lege ich in ihrer Reihenfolge zur Orientierung auf die Seite, damit ich sie später wieder genauso zurücklegen kann. Aber vorher müssen alle Flecken beseitigt werden, damit der Gast bei seiner Rükkehr einen sauberen und positiven Eindruck erhält." Viereinhalb Stunden dauert eine Schicht, vom Tarifgehalt kann er leben und Steuern zahlen.



Kümmern sich um die Gäste: Timo Schulze und Claudia Petersen — Bild: Paul Christensen

Vier der Mitarbeiter wohnen im Altbau über dem Hotel in einer Wohngemeinschaft. Hier werden auch Annalena und Britta, zwei junge schwerstmehrfachbehinderte Frauen, die ständig und umfassend auf Hilfe angewiesen sind, betreut. Laut Wiese gibt es bundesweit inzwischen schon 15 vergleichbare Gästehäuser.

„Es ist eine Erfolgsgeschichte", sagt er. Und der Vorstandssitzende hat eine Vision: Er wünscht sich, dass Behinderungen für alle eine Spur selbstverständlicher werden. Das nächste große Projekt ist ein Stadthaushotel in der Hafencity, das Fundament ist schon da, 2013 soll es eröffnet werden – mit 60 Arbeitsplätzen, 40 davon für Menschen mit Handicap. Wiese nennt das Vorhaben „einen sozialen Leuchtturm". Und natürlich hat er dazu auch noch einen nachdrücklichen Satz parat: „Der soll nicht nur strahlen, damit keiner untergeht, sondern er soll auch andere Schiffe anlocken."

Corinna Weinert

Mehr über das Stadthaushotel Altona, Holstenstraße 118, Hamburg, unter www.stadthaushotel.com

Die Hammel sind los

Karneval auf den kleinen Kanarischen Inseln El Hierro und La Palma ist besonders wild und ausgelassen

Sie ist die kleinste und vielleicht auch reizvollste unter den Kanarischen Inseln. Diese im äußersten Westen „am Ende der Welt" mitten im Atlantik gelegene felsige Insel El Hierro misst knapp 268 Quadratkilometer und zählt 11000 Einwohner. Aber die haben es faustdick hinter den Ohren. Im Februar / März feiern sie einen ebenso originellen wie ausgelassenen Karneval, bei dem manchen im wahrsten Sinne die „Hammelbeine" lang gezogen werden.

Juan, der Besitzer einer kleinen Pension am Rande der Inselhauptstadt Valverde, ist Feuer und

Geschäftiges Treiben vor dem Fest

Flamme. Mit einigen seiner Freunde bereitet er sich seit Tagen auf die „Fiesta de los Carneros" vor, ein Fest, das die Bevölkerung des Eilandes schon seit Monaten in Atem hält. Vor Beginn der tollen Tage geht es sehr geschäftig in den Straßen und engen Gassen der Ortschaften zu. Die Frauen sind mit Kochen, Braten, Backen beschäftigt. Und der Hausherr holt die besten Tropfen aus dem Keller. Denn ein solches Fest wird selbstredend mit einem großen Gelage begangen. Bevor es so richtig zur Sache geht, werden Kinder und Touristen nach Charco Manso geschickt. Hier können sie nach Herzenslust bei auch zu dieser Jahreszeit angenehmen Außentemperaturen von 20 Grad Celsius in einem von schroffen Felsen gerahmten Meerwasserbecken schwimmen und tollen. In unmittelbarer Nähe gibt es eine Besonderheit zu bestaunen – das Hotel „Punta Grande", das wohl kleinste Hotel der Welt. Es hat nur vier Zimmer und liegt wie ein Außenposten auf einer von Wellen umspülten schmalen Landzunge.

Währenddessen verwandeln sich die jüngeren männlichen Insulaner in eine Furcht einflößende Hammelherde. In einem verschwiegenen Innenhof hüllen sie sich in dicke Hammelfelle, setzen sich riesige Hörner auf und schwärzen Hände, Gesicht und Beine mit Ruß. Und dann beginnt die Hatz. Eine wilde Meute stürzt sich auf alles, was sich auf Straßen und Plätzen bewegt. Zaungästen wird empfohlen, alte, möglichst dunkle Kleidung anzuziehen, denn die zweibeinigen Hammel beschmieren jeden, der ihnen in die Hände fällt, mit schwarzer Schuhcreme. „Das ist ein archaischer Brauch, so etwas wie ein Frühlingsritual, in dem früher wohl Blut verwendet wurde", erklärt Juan und wischt sich die Lachtränen aus den Augen. Gerade hat er einen seiner Freunde „angeschmiert". Der läuft in voller Kriegsbemalung an einem Spalier Schaulustiger vorbei, lässt sich geduldig von allen Seiten fotografieren und verschwindet dann in einer überfüllten Bodega, wo er von den Gästen begeistert mit einem randvoll gefüllten Glas Wein begrüßt wird.

Das Treiben dauert bis in den späten Abend und endet mit einer feierlichen Messe in der Kirche. Anschließend wird an langen Tischen üppig getafelt. Da kommen fangfrischer Fisch, auf dem Stein gebratenes Fleisch sowie in Honig gratinierter Inselkäse auf den Tisch. Und zum Dessert wird ein großes Stück goldgelber, leicht rauchig schmeckender Käsekuchen gereicht. Für diese Spezialität ist El Hierro über seine Grenzen hinaus berühmt. Die „Fabrica de Quesdillas", die von der alt eingesessenen Familie Gutiérez betriebene Käsekuchenfabrik, muss sogar während der „tollen Tage" Sonderschichten fahren und auf die hier so geheiligte Siesta verzichten, um der großen Nachfrage Herr zu werden.

Hotel Punta Grande: Von Wellen umtost — Bild: Archiv

Die fünfte Jahreszeit hat eine lange Tradition auf den Kanaren. Sie erreichte ihren Höhepunkt im 16. Jahrhundert, als die Menschen bis zur Unkenntlichkeit verkleidet auf die Straßen gingen, um ihrem Unmut über die damaligen politischen Verhältnisse Ausdruck zu verleihen. Wen verwundert es,

Franco hatte das Spektakel verboten

dass Diktator Franco später das Spektakel strikt verbot. Aber seit 1975 gilt in der gesamten Inselwelt wieder Narrenfreiheit.

Einen reizvollen Kontrast zu dem schwarzen Karneval auf El Hierro bildet das Fest „Los Indianos" auf der Nachbarinsel La Palma. Dort sind die Teilnehmer in strahlendes Weiß gekleidet. Dieser Brauch feiert die Heimkehr der „Zuckerbarone", die einst auf Kuba reich wurden. Auch hier seinen Touristen gewarnt. Wer dem Festzug zu nahe kommt, wird von oben bis unten mit Talkumpuder bestäubt.

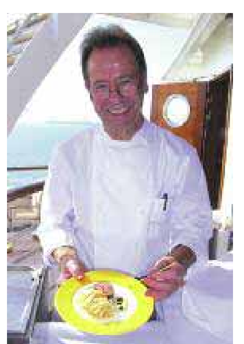
Uta Buhr

IN KÜRZE

Gourmet-Tempel auf hoher See

Dieter Müller, einer der renommiertesten und höchst dekorierten Köche Deutschlands, hat als erster Sternekoch ein Gourmetrestaurant an Bord eines Kreuzfahrtschiffes eröffnet. Als Patron leitet er seit Herbst 2010 das „Restaurant Dieter Müller" auf MS „Europa" und hält sich selbst regelmäßig an Bord auf. „Ich verbringe hier mindestens 70 Tage im Jahr und bekoche meine Gäste persönlich", so Müller, „dabei versuche ich meine Aufenthalte so zu legen, dass ich gegen Ende der einen und zum Beginn der folgenden Reise anwesend bin, so dass ich Kontakt zu möglichst vielen Passagieren habe."

Klare Linien bestimmen das Interieur des neuen Gourmet-Tempels mit 26 Plätzen. Ein warmer Rot-Ton an den Wänden wird ergänzt durch Design-Sitzmöbel und Ausstattung in dunklem Holz. Die kulinarischen Kreationen reichen von Klassikern der französischen Küche bis zu mediterran oder asiatisch inspirierten Kompositionen, die bei aller Unterschiedlichkeit eines gemeinsam haben:

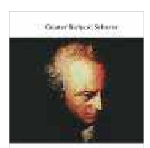


Dieter Müller — Bild: Fischer

die persönliche Handschrift des Patrons. Auch die badische Heimat von Dieter Müller ist spürbar, und das nicht nur bei den Weinempfehlungen, die der Gast „im Paket" bestellen und glasweise zu den einzelnen Gängen genießen kann. „Auf diese Weise wird jedes Gericht von einem perfekt passenden Wein begleitet und nicht von einem Kompromiss, der sich allem irgendwie anpasst", so Müller. Ein weiteres Plus für die Passagiere: Ein Abendmenü im Restaurant Dieter Müller pro Kreuzfahrt ist im Reisepreis eingeschlossen.

Der von sämtlichen nationalen wie internationalen Gourmetführern hoch gelobte und mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete Spitzenkoch führte zuvor 18 Jahre lang bis 2010 das mit drei Michelin-Sternen ausgezeichnete Schlosshotel Lerbach in Bergisch-Gladbach. Zuvor kochte er von 1973 bis 1990 in den „Schweizer Stuben" in Wertheim, die er anfangs zusammen mit seinem Bruder Jörg betrieb. Zweimal wurde er in dieser Zeit „Koch des Jahres" und er erhielt vom Restaurantführer Gault Millau als erster deutscher Koch 19,5 von 20 maximalen Punkten – eine bis heute unübertroffene Höchstbewertung. Jetzt, im Alter von 62 Jahren, die man ihm nicht ansieht, möchte er etwas kürzer treten, wie er sagt. Ans Aufhören denkt ein Koch aus Leidenschaft wie Dieter Müller dabei natürlich nicht. Die neue Herausforderung an Bord von MS „Europa" erfüllt für ihn ideale Bedingungen: „Die wirtschaftliche Verantwortung für den gesamten Betrieb ruht nicht mehr auf meinen Schultern, und ich kann mich ganz und gar auf das Wesentliche konzentrieren: die Küche. Nur das Beste für den Gast auf dem besten Kreuzfahrtschiff – das ist mein Bestreben!"

Angelika Fischer



Kant im Sperrmüll

Spuren führen zu Porträtmaler

Ostpreußens Hauptstadt Königsberg, Immanuel Kant und ein Bildnis des Philosophen, dessen Herkunft und Urheberschaft bis heute ungeklärt blieb, bilden die drei Themenkreise in dem Roman „Kant, die Handschrift und das Bild" von Günter R. Scherer, einem Hobby-Schriftsteller aus Königswinter. Bekanntlich gibt es nur wenige malerische und graphische Bildnisse Kants, die als authentisch, also als zeitgenössische Darstellungen angesehen werden. Eigenartigerweise wurden sie durchweg von relativ unbedeutenden Künstlern ausgeführt. Fast alle Originale sind verschollen, wobei zu vermuten ist, dass sie bei der Zerstörung Königsbergs Ende des Zweiten Weltkriegs vernichtet wurden.

Mit dem wohl bekanntesten und gleichzeitig ausdrucksvollsten, aber auch rätselhaftesten Kant-Porträt beschäftigt sich der Autor in seinem Roman. Es entstand „um 1790" und wurde von Clasen 1924 anlässlich der Königsberger Ausstellung zum 200. Geburtstag von Immanuel Kant der Schule des berühmten Malers Anton Graff zugeordnet. Nachdem das Werk erst 1896 im Dresdener Antiquariatshandel aufgetaucht und von der Stadt Königsberg erworben worden war, gelang es anschließend nicht, dessen Spur zurückzuverfolgen. Es handelt sich um ein Brustbild, auf dem sich nur das hell beleuchtete Gesicht des Perücke tragenden Philosophen, der den Kopf leicht vornüber geneigt hält, von fast völlig dunkler Umgebung abhebt. Kommt die Königsberger Kaufmannstochter Elisabeth von Stägemann, die Kant nachweislich porträtiert hat, als Malerin in Frage? Der Romanautor hielt das aus bestimmten Gründen für unwahrscheinlich. Er machte sich seine eigenen Gedanken und ließ seiner Phantasie freien Lauf.

Der Roman beginnt und endet mit einer Rahmenhandlung. Der Ich-Erzähler, ein Verwaltungsjurist, und sein Freund Markus, ein Zahnarzt, beschäftigen sich in ihrer Freizeit mit einem alten Manuskript, das Ersterem beim Durchsuchen von Sperrmüll aus dem Haus eines Bekannten in die Hände gefallen ist. Zwar gelingt es den beiden Freunden nicht auf Anhieb, die altdeutsche Schrift zu entziffern, doch die Jahreszahl 1792 und die Namen „Kant" und „Königsberg" fallen ihnen auf. Es ist der Auftakt zu einigen Gesprächen über Königsberg und seine Geschichte, über Kant, den berühmtesten Sohn der Stadt, und dessen Zeitgenossen – einige vulgäre Späße inbegriffen. Unterdessen bringen sie in Erfahrung, dass in dem fraglichen Konvolut ein Konterfei Kants eine wichtige Rolle spielt. Sollte ihr geheimnisvoller Fund womöglich zur Aufklärung der Urheberschaft jenes erst spät bekannt gewordenen Kant-Porträts beitragen?

Kaum Bildnisse des Malers vorhanden

Die zugrunde liegende Idee dieses Romans ist prächtig, insgesamt ist der Roman selbst jedoch nur als mittelprächtig zu bezeichnen.

Dagmar Jestrzemski

***Günter Richard Scherer: „Kant, die Handschrift und das Bild"**, Husum Taschenbuch, Husum 2010, broschiert, 232 Seiten, 9,95 Euro*



Quälende Erinnerungen bleiben

Prominente aus Wissenschaft und Kunst erinnern sich an das Kriegsende 1945

Ein 16-Jähriger wird Ende 1944 zum Kriegsdienst eingezogen und soll sich im April 1945 „freiwillig" an die Front melden. Er sieht, wie noch jüngere Soldaten zurückgefahren werden, ohne Arme, ohne Beine, verstümmelt und dem Wahnsinn nahe. Eine junge Frau erlebt das Kriegsende in Danzig, wird bei der ersten Überrumpelung durch sowjetische Soldaten mehrere Stunden vergewaltigt; trotzdem zeigt sie, was ihr möglich gewesen wäre, ihre Peiniger nicht an. Ein Hitlerjunge kommt bei der Flucht durch Berliner Kanäle kaum vorwärts, weil diese über und über mit Leichen verstopft sind. Ähnlich ergeht es einer jungen Frau, die im Februar 1945 das Inferno von Dresden erlebt.

Vor mehreren Jahren hatte der WDR aus Anlass des Kriegsendes vor 60 Jahren eine Fernsehsendung mit dem Titel „Mein Kriegsende" produziert (verantwortlicher Redakteur war der mehrfach mit dem Grimme-Preis ausgezeichnete Felix Kuballa), bei der 23 Prominente aus Literatur, Wissenschaft und Kunst, alle in den 20er Jahren geboren, bei Kriegsende also meist erst zwischen 16 und 18 Jahre alt, über ihre Erinnerungen an das Ende des Krieges befragt wurden. Die damaligen Interviews sind in diesem gleichnamigen Buch komprimiert und in Erzählform zusammengefasst worden.

Berliner Kanäle waren mit Leichen verstopft

Was bei Erlebnisberichten dieser Art wohl immer wieder berührt, ist die durchweg spürbare Grausamkeit des Regimes, noch in letzter Minute junge und jüngste Menschen regelrecht zu verheizen, sie bedenkenlos in den Tod zu schicken oder sie, wo sie flüchten mussten, zynisch ihrem Schicksal zu überlassen. Es ist bezeichnend, wie genau sich die inzwischen weit über 80-jährigen Männer und Frauen an diese Zeit erinnern können. Die Schrecken jener Tage haben sich ganz offensichtlich tief eingegraben und sind ein Leben lang im Gedächtnis geblieben.

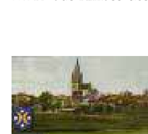
Das Buch fängt ein breites Spektrum an Erlebnissen ein. Da sind die Hitlerjungen, die zur Wehrmacht eingezogen werden, KZ-Häftlinge, die wie durch ein Wunder überleben, junge Frauen, die bis zum Ende an den Führer glauben, und da sind untergetauchte Flüchtlinge, die derart geschwächt sind, dass sie sich schon nicht mehr wehren können, wenn sie von Ratten angefressen werden.

Aber immer gibt es auch andere, tröstliche Erfahrungen: einsichtige Offiziere, die den Jungen helfen, Menschen, die Brot und Unterkunft anbieten; Fälle, wo man – hier im Falle des späteren Dirigenten Kurt Masur – die Musik im wahrsten Sinne des Wortes als lebensrettend erlebt.

Offensichtlich wurden die Fernsehinterviews erheblich komprimiert, so wirken manche Texte etwas sehr knapp, zumal wenn man von manchen Betroffenen – etwa von Joachim Fest – deren sehr viel ausführlichere Lebensberichte aus anderen Quellen kennt. Aber das tritt letztlich doch zurück angesichts der geschilderten Erlebnisse, auch angesichts der selbstkritischen Offenheit, mit der die Befragten über sich selbst berichten.

Dirk Klose

***Dieter Hildebrandt, Felix Kuballa (Hrsg.): „Mein Kriegsende – Erinnerungen an die Stunde Null"** Propyläen Verlag, Berlin 2010; 224 Seiten, 19,95 Euro*



Sich der Wurzeln erinnert

Holzmindener Unternehmer ließ spannende Firmenchronik erarbeiten

Alles hat eine Geschichte, schließlich kommt nichts aus dem Nichts. Das gilt auch für Firmen. Doch normalerweise sind Firmengeschichten eher mäßig spannend. Ganz anders „Von Gollnow nach Holzminden – Ein Unternehmen im Wandel der Zeit". Herbert Laabs, Inhaber der Laabs Kunststoff Recycling GmbH, ist überzeugt, dass es mehr Freude macht, an der Zukunft zu arbeiten, wenn man weiß, woher man kommt. Und seine Firma hat ihren Ursprung im nahe Stettin gelegenen Gollnow. Dort gründete sein Vater Willi Laabs 1913 die „Fabrik für Holzbearbeitung, Willi Laabs Gollnow", abgekürzt „Wilago". Trotz des Ersten Weltkrieges, Umbruch, Wiederaufbaus, Wirtschaftskrise und Weimarer Chaos gelang es dem Unternehmer, seine Firma zum zeitweise drittgrößten Serien-Möbelhersteller Deutschlands auszubauen.

Besonders ansprechend ist, dass der Autor Clemens Range die Firmengeschichte in die Geschichte Deutschlands eingebettet hat. Der Leser erfährt also nicht nur viel über das Unternehmen, sondern auch über das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld, in dem es wirkte. Die reich bebilderte, mit vielen Informationskästen versehene, liebevoll gestaltete Firmengeschichte ist zudem auch eine Familiengeschichte, denn, so der Unternehmer Herbert Laabs, „hinter jeder Firmengründung stehen Menschen, die Mut bewiesen haben". Und über die Familie Laabs erfährt man erstaunlich viele persönliche Details. So erfährt man, dass die erste Frau des Firmengründers sehr vergnügungssüchtig gewesen sein soll und die zweite Frau zuerst als Geliebte durch das Fenster zu Willi Laabs klettern musste, bevor er sich dann für die deutlich jüngere Paula, die Mutter des heutigen Firmeninhabers, entschied. Auch Streitigkeiten im Unternehmen und der Familie werden nicht unter den Teppich gekehrt, so dass die Firmenchronik „menschelt".

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sah es so aus, als würde auch die Firma „Wilago" auf ewig verloren sein, zumal Willi Laabs bei der Flucht aus der künftig von Deutschland abgetrennten Heimat verstarb. Doch Ehefrau Paula gelang es trotz steter Sorge um ihre sechs Kinder, im hungernden Nachkriegsdeutschland den Grundstein für einen Neuanfang zu legen. Erst Mitte der 90er Jahre wechselte das Unternehmen dann von der Möbelproduktion zum Kunststoffrecycling, doch auch der Weg dorthin und bis heute war von vielen spannenden Entwicklungen gekennzeichnet.

Bel

***Clemens Range: „Von Gollnow nach Holzminden – Ein Unternehmen im Wandel der Zeit"**, Translimes Media, Müllheim-Britzingen 2010, gebunden, 224 Seiten, 24,90 Euro (im Buchhandel oder plus Porto bei Laabs GmbH, Lüchtringer Weg 30, 37603 Holzminden)*



Dubioser Gast

Einsamer Tierarzt lässt sich auf Besucherin ein

In seinem ersten ins Deutsche übersetzten Roman „Ein Morgen wie jeder andere" berichtet der französische Autor Christian Pernath aus dem Leben des Tierarztes und ewigen Junggesellen Bélouard. Bélouard ist ein gutmütiger, dicklicher Landtierarzt in einem Dorf in Frankreich, weit weg von der Metropole Paris. Er ist ein einsamer und recht melancholischer Mann und trockener Alkoholiker, der jeden Morgen in seine Praxis fährt, um sich um seine tierischen Patienten zu kümmern. So auch an diesem bestimmten Morgen, welcher das gesamte Dorf aus seiner üblichen Lethargie reißt und sogar die Presse anlockt.

„,Ich nehme an, Sie wissen schon das Neueste?'" Er schüttelte den Kopf. ,In Les Sauvignères ...?', sagte sie. Sie setzte eine tragische, ruhige, tapfer gefasste und zugleich genüssliche Miene auf. ,... Mangin', sagte sie, ,seine beiden kleinen Töchter, die Oma: abgeschlachtet. Alle vier .... Und Mangins Frau, Geneviève ... spurlos verschwunden ...'"

Christian Pernath beschreibt Bélouard als einen Mann, der sich in das Schicksal seines einsamen Junggesellendaseins gefügt hat. Er erträgt mit stoischer Gelassenheit die Unbesonnenheit seiner Kunden, mit denen diese die Gesundheit ihrer Haus- und Nutztiere ruinieren.

Doch bleibt auch Bélouard von den außergewöhnlichen Ereignissen dieses Morgens nicht ganz unberührt. So sammelt er auf dem Heimweg aus Hilfsbereitschaft die

Ein Mord und eine Frau am Straßenrand

Ehefrau des alkoholabhängigen und gewaltbereiten Bauern Brunel auf, um ihre Wunden bei sich zu Hause zu verarzten. Bélouard quartiert Madame Brunel für die kommende Nacht in seinem Gästezimmer ein. Doch plötzlich wird aus einer Nacht eine ganze Reihe von Nächten und Tagen, die Madame Brunel, ohne darum groß Aufhebens zu machen, bei Bélouard verbringt.

Der Autor beschreibt Madame Brunel als verschlossene und von den Launen her unberechenbare Frau, die in ihrem Leben bereits viel hinnehmen musste. Doch schafft gerade diese Tatsache eine Verbindung, ein unsichtbares Band zwischen ihr und dem einsamen, von den Frauen und dem Leben enttäuschten Junggesellen, der jedoch immer wieder sein Bestes gibt, um sie zum Lachen zu bringen.

Dem Leser wird schnell klar, dass der Moment des Abschieds, welcher mit jedem Tag zwangsläufig näher rückt, Bélouard in ein schlimmes emotionales Tief stürzen wird. Als dies auch Bélouard bewusst wird, ist es jedoch bereits zu spät, um umzukehren.

Vom Buchcover angefangen, welches einen verrostenden Oldtimer auf einer Wiese vor einem menschenleeren Feld zeigt, über die gesamte Handlung hinweg schwebt über dem Buch eine große Wolke der Melancholie. Es fällt schwer, Christian Pernaths „Ein Morgen wie jeder andere" als Kriminalroman zu bezeichnen, auch wenn dies auf dem Buchdeckel so zu lesen ist. Es handelt sich bei dem Roman des Autors, welcher erst nach der Ausübung diverser handwerklicher Berufe seinen Faible fürs Schreiben entdeckte, vielmehr um eine tragische Geschichte über die Liebe, über Affären und Eifersucht und todbringende emotionale Verwicklungen.

Vanessa Ney

***Christian Pernath: „Eine Morgen wie jeder andere"**, dtv, München 2010, 220 Seiten, 14,90 Euro*



Eine Identitätssuche

Was macht Serbien aus? Slawisten nähern sich an

„Serbien muss sterbien" lässt Karl Kraus in seinem Monumentaldrama „Die letzten Tage der Menschheit" von 1922 den Wiener Mob grölen. Die Szene spielte zu Beginn des Ersten Weltkriegs, aber Kraus' Serbien-Slogan erlebte nach 1990 in Kommentaren zum Bürgerkrieg in (Ex-)Jugoslawien, an welchem nach allgemeiner Ansicht Serbien die Alleinschuld trug, vielfältige Wiederbelebungen. An diesem Krieg blieb nur das Land unschuldig, das sich aus ihm heraushielt (was außer Makedonien keines vermochte), und wer Serbien immer noch als Europas bête noire behandelt, muss sich und anderen erklären, wie man Sicherheits- und Ordnungspolitik auf dem Balkan betreiben will, wenn man sie gegen das größte Land und Volk der Südslawen, Serbien und Serben, konzipiert.

Deutschland könnte aus politischem Eigeninteresse und historischer Berechtigung Vorreiter einer fairen Würdigung Serbiens sein. Das ist der unausgesprochene Grundgedanke des vorliegenden Sammelbandes, der wissenschaftliche Referate von zwei Symposien enthält. Die Beiträge sind von erfrischender Vielfalt, die selbst harsche Gegensätze nicht scheut: Da erwähnt der Literaturwissenschaftler Michael Müller im Vorwort die „Schlacht auf dem Amselfeld" von 1389 als „serbisches Urtrauma", während der Slavist Wolf Oschlies in einem langen Aufsatz über Serben und Deutsche die These vertritt, dass diese „Schlacht" niemals stattgefunden habe.

Spuren zu Herder, Grimm und Goethe

Alle Autoren behandeln Themen aus dem weiten Feld serbisch-deutscher kultureller Wechselseitigkeit. Ulrich Obst, Wolf Oschlies und Zeljko Markovic befassen sich mit Germanismen „im Serbokroatischen", womit sie sich als Anhänger der 150 und mehr Jahre international vertretenen Lehrmeinung erweisen, dass Serben, Kroaten und Bosnier ein und dieselbe Sprache sprechen. Manfred Jähnichen, vormals führender Slawist in der DDR, und Jens Herlth, Slawist aus Fribourg, steuern kundige Aufsätze zu serbischer Epik und Poesie bei.

Auf den Symposien, deren „Ernte" der Band einfährt, erweckten zwei Beiträge von Michael Müller besonderes Interesse – als er Serbiens Weg „vom zweiten zum dritten Jugoslawien" anhand von Artikeln aus einer Belgrader Sportzeitung nachzeichnete und als er deutsche Zeitungsberichte über den Belgrader Diktator Milosevic einer literaturwissenschaftlichen Analyse unterzog. Gerhard Ressel, Slawist aus Trier, liefert mit einem biographischen Aufsatz über den montenegrinischen Dichter und Fürstbischof Petar II. Njegos Aspekte zum Verständnis des (wieder) souveränen Staates Montenegro.

Serbische Sprachforscher waren „Schüler" Herders und der Gebrüder Grimm, Leopold von Ranke schrieb vor 180 Jahren Bücher über Serbien, die dort bis heute „Kult" sind, Goethe lernte Serbisch, um altserbische Epen wie die „Aslanagica" nachdichten zu können. Und es gab noch zahllose Kontakte mehr, die in Deutschland vergessen sind. Es gibt vieles und aufregend Interessantes wiederzuentdecken. Dazu liefert der Kölner Sammelband Hinweise.

EB

***Bodo Zelinsky (Hrsg.): „Serbien – Identitätskrise als Kontinuum"**, Schriftenreihe des Zentrums Osteuropa der Universität zu Köln, Bd. 2, Kirsch-Verlag, Nümbrecht 2010, 313 Seiten, 17,50 Euro*

Wulf D. Wagner, Heinrich Lange

Das Königsberger Schloss, Bd. 2

Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 2. Von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung (1740-1967/68). Das Schicksal seiner Sammlungen nach 1945. Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preußischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrschersitze Nordosteuropas. Band 2 der Gesamtdarstellung zeichnet die Geschichte des Schlosses von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung 1968 nach und dokumentiert das Schicksal der Sammlungen nach 1945. Der Band beginnt mit der Huldigung Friedrichs des Großen 1740. Der weitere Weg der Schlossnutzung etwa als Residenz des russischen Gouverneurs im Siebenjährigen Krieg, als Wohnung der königlichen Familie 1806-1809 oder als Sitz von Behörden, in denen u. a. Heinrich von Kleist und Joseph Freiherr von Eichendorff wirkten, vergegenwärtigt die wechselvolle Geschichte. Das 18. und 19. Jh. sind sowohl durch Verfall wie durch großartige Umbauentwürfe gekennzeichnet, die z. T. erstmals publiziert werden. Die Krönung Wilhelms I. 1861, für die F. A. Stüler das Schloss umbaute, steht im Zentrum der Ereignisse. Nach Ende der Monarchie 1918 diente das Schloss als überregional bedeutendes Museum mit einer hervorragende Sammlung von Expressionisten und Gemälden von Lovis Corinth. Im zweiten Teil des Bandes wird die Zerstörung des Schlosses vom Bombenangriff 1944 bis zur letzten Sprengung 1968 anhand einer einzigartigen Fotodokumentation nachgezeichnet. Ein abschließendes Kapitel gilt dem Schicksal der Sammlungen seit Kriegsbeginn 1939 – Möbel, Gemälde und die berühmte Silberbibliothek haben sich bis heute erhalten. Gesamtdarstellung mit bisher unveröffentlichtem Bildmaterial.

Geb., Großformat, 608 Seiten, Farbabbildungen: 71, S/W-Abbildungen: 671

Best.-Nr.: 7075, € 80,00

NEU

Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010

Maßstab 1 : 10.000

aktueller Plan Kaliningrads und neu gezeichneter Plan von Königsberg im Jahr 1932, beide Pläne des inneren Stadtgebietes von Königsberg/Kaliningrad (Festungsring) in vergleichender Darstellung nebeneinander auf einer Seite.

Russische Straßennamen im Plan Kaliningrad 2010 in Kyrillisch und Lateinischer Umschrift sowie ehemalige deutsche Bezeichnungen

Nebenkarten Amalienau/Ratshof/Mittelhufen und Maraunenhof 2010

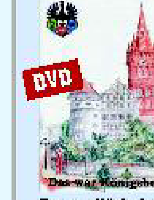
Überlagerung beider Pläne mit Darstellung des verschwundenen Stadtgefüges

- Straßenverzeichnisse Russisch – Deutsch sowie Deutsch – Russisch
- Straßenumbenennungen 1933 – 1945
- Verzeichnis der wichtigsten Gebäude Königsbergs im Jahre 1931 und ihrer heutigen Nutzung / Bezeichnung

Karte 75 x 50 cm, gefalzt 15 x 25 cm

Best.-Nr.: 7067

€ 5,95





DVD

Das war Königsberg

Erleben Sie das unzerstörte Königsberg

Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/weiß-Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs

Best.-Nr.: 4470, € 19,00

Straßenkarte West-Ost-Preußen Danzig-Elbing-Thorn

Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, deutsch/polnisch, separates Ortsnamenverzeichnis, deutsch-polnisch/polnisch-deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, brauchbare Lupe, Innenstadtplan von Elbing

Best.-Nr.: 1277

€ 10,90



Wulf D. Wagner

Das Königsberger Schloss, Bd. 1

von 1255 bis 1740

Geb., 392 Seiten mit 41 farbigen Illustrationen, 315 S/W-Abbildungen und 2 Lageplänen, 30 Grundrisse

Best.-Nr.: 6556, € 76,00

Wolfgang Budde

Die gescheiterten Kommandounternehmen

Deutsche Fallschirmpioniere

Kart., 191 Seiten

Best.-Nr.: 3800, statt € 9,90 nur noch € 3,95

Ruth Geede

Typisch ostpreußisch

Jede Landschaft, Region oder Stadt hat ihren speziellen Charakter und ihre kleinen Eigenheiten, die sie vom übrigen Land unterscheiden. Ob nun die Sprache und Literatur, die Geschichte und Anekdoten oder die Küche mit ihren Spezialitäten, diese Besonderheiten schätzen die Einheimischen ebenso wie die Besucher. Typisch ostpreußisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern, in Sprüchen und Kochrezepten vor, was das Land und seine Menschen prägt und so liebenswert macht.

200 Seiten, 15 Abbildungen, Format 170 x 200 mm, gebunden mit farbigem Überzug

Best.-Nr.: 1048, € 7,95



Helmut Schnatz

Der Luftangriff auf Swinemünde

Dokumentation einer Tragödie

Geb., 192 Seiten mit Abb.

Best.-Nr.: 6924, statt € 24,90 nur noch € 14,95



Marion & Michael Grandt

Das Handbuch der Selbstversorgung

Überleben in der Krise

Geb., 312 Seiten, durchgehend farbig illustriert

Best.-Nr.: 7073, € 19,95



lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Neuauflage

Erich Murawski

Der Kampf um Pommern

Die letzten Abwehrschlachten im Osten

Diese umfangreiche und detailgenaue Dokumentation behandelt die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee von Januar 1945 bis zur Kapitulation im Mai 1945. Murawski gelingt es, die verzweifelten, erbittert harten und außerordentlich verlustreichen Abwehrkämpfe der deutschen Truppen anschaulich darzustellen. Vom Zusammenbruch der deutschen Ostfront an der Weichsel bis zu den letzten Absetzbewegungen der zerschlagenen deutschen Truppen nach Mecklenburg und über die Ostsee werden alle wesentlichen militärischen Aktionen beschrieben. Der Autor konnte dazu neben deutschen auch polnische und sowjetische Quellen auswerten. Ein wissenschaftlich fundiertes Werk von großer militär- und landesgeschichtlicher Bedeutung!

Geb., 512 Seiten, gebunden, Hardcover, 16 Seiten Bilder, zahlreiche militärische Lageskizzen

Best.-Nr.: 7078

€ 24,80





Heinz Erhardt

Was bin ich doch wieder für ein Schelm

Heinz Erhardt – was ein Komiker vor dem Herrn! Was ein Schelm, der im Radio oder im TV der 50er und 60er Jahre zu den erfolgreichsten freien humorvollen Unterhaltern zählte. Seine erfolgreichen gesungenen Geschichten waren beliebt und mit Raffinesse interpretiert.

CD

10 Titel

Best.-Nr.: 7080



€ 9,95



Ingo von Münch

„Frau, komm!“

Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45

Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder „nur“ Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten mit Abb.

Best.-Nr.: 6847



€ 19,90



Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte

Europa vor dem Crash

Europa steht vor dem Zusammenbruch. Die ersten Vorboten haben sich bereits gezeigt. Wer hätte vor einem Jahr an einen Staatsbankrott von Griechenland und Irland geglaubt? Daran, dass Portugal, Spanien und sogar Großbritannien kurz davorstehen? Auch in Deutschland ist der Staatsbankrott bereits vorprogrammiert. Er ist nur noch eine Frage der Zeit. Langsam haben es auch die größten medialen Realitätsverweigerer und politischen Schönredner begriffen: Nichts ist mehr sicher. Der Euro ist eine tickende Zeitbombe und der Countdown läuft. Eine Währungsreform in naher Zukunft wird immer wahrscheinlicher. Verzweifelt versuchen Politiker mit gefälschten Arbeitslosenzahlen, geschönten Konjunkturdaten und dem Verschweigen der wahren Staatsverschuldung, die so hoch ist, dass man es sich kaum mehr vorstellen kann, das Volk zu belügen, zu betrügen und zu beruhigen. Sie fürchten Ausschreitungen wie in Griechenland und Frankreich oder gar Revolutionen wie jene, die mit Tunesien erst Nordafrika und dann mit Ägypten weite Teile der arabischen Welt erschütterten. Interne Studien von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten warnen bereits vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Deutschland. Der Niedergang scheint unausweichlich. Wie ernst ist die Lage also wirklich? Was wird den Bürgern noch immer verschwiegen? Wann und wo wird sich der Volkszorn entladen? Das sind einige der wichtigsten Fragen, die in diesem Buch beantwortet werden. Und zwar mit schonungsloser Offenheit.

Gebunden, 336 Seiten

Best.-Nr. 7081, € 19,95

Hörbuch



JÜRGEN FRITSCHE

Die Schlacht im Teutoburger Wald

Das Hörbuch "Arminius und die Varusschlacht" behandelt in Form einer Geschichte, die historische Fakten und Fiktion miteinander verbindet, die Zeit kurz vor der Schlacht unter Führung des Arminius bis zu seinem bitteren Tode – durch seine eigenen Landsleute. Spannender und unterhaltsamer Geschichtsunterricht – mit einem Augenzwinkern!!!

2 CDs

2 CDs, Laufzeit ca. 130 Minuten

Best.: 7079

€ 14,95

Wir machen Musik!

Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre

Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Marlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a

Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n, Wenn die Sonne hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a

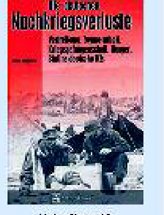


2 CDs

38 Titel auf 2 CDs

Best.-Nr.: 7074

€ 12,95



Heinz Nawratil

Die deutschen Nachkriegsverluste

Geb., 144 Seiten mit Abbildungen

Best.-Nr.: 6330, € 14,95

Erika Steinbach

Die Macht der Erinnerung

Wer nicht fähig ist, seine eigenen Toten zu betrauern, kann nicht ehrlich am Leid anderer teilnehmen. Das ist ein tragender Gedanke, von dem Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, sich leiten läßt. Das 20. Jahrhundert war vor allem in seiner ersten Hälfte durch ein zuvor nie erlebtes Maß an Leid für die Völker Europas geprägt. Die Erinnerung daran wird vielfach fokussiert auf einen einzigen Ursprung für alle Menschenrechtskatastrophen der Folgejahre. Das klassische »vae victis« schwingt darin mit. Millionen von Deutschen, nämlich die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, gehören auch zu den Opfern. Sie hatten nicht nur den Verlust von Angehörigen, von Hab und Gut und der angestammten Heimat zu beklagen, sondern waren nicht selten einem Mangel an Mitgefühl und Solidarität der heimischen deutschen Aufnahmegesellschaft ausgesetzt. Eine Erfahrung, die sich auch in den Erinnerungen von Erika Steinbachs Mutter widerspiegelt. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die Betroffenen angeht, sondern auch die Solidarität aller Deutschen erfordert. Die Autorin zeigt auf, dass diese Vertreibung dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt. Mutig und schlüssig wendet sie sich zudem gegen jegliche Relativierung der Vertreibung. Menschenrechte sind ihr auch für die deutschen Vertriebenen unteilbar. Für sie ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar, egal welchem Volk er angehört. Die europäische Dimension und Bedeutung dieses Vorganges wird beeindruckend aufgeblättert. Ob vor Studenten der Karls-Universität in Prag, der Wyszynski-Universität Warschau oder vor dem Deutschen Bundestag: Erika Steinbach zeichnet sich durch Kompetenz und Mut zur Wahrhaftigkeit aus. Im Anhang zu dem Buch kommen neben gewichtigen Medienstimmen auch engagierte Wegbegleiter zu Wort.



Geb., 230 Seiten mit farbigen Karten

Best.-Nr.: 7045

€ 22,00

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger mit der Elchschaufel, Durchmesser 30 mm.

Best.-Nr.: 6820, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens

Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920

Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse

Best.-Nr.: 6825, € 6,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger

Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger mit dem Ostpreußenadler. Emaillierte Oberfläche.

Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Schlüsselanhänger Belling'sche Husaren





Inschrift: VINCERE, AUT MORI, emaillierte Vorderseite

Best.-Nr.: 6809, € 5,95



Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

09/11

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

EU-Behörde frisst nur Geld

Straßburg – Die CDU-Europaabgeordnete Inge Gräßle hat den neu geschaffenen Auswärtigen Dienst der EU als gigantische Geldvernichtungsmaschine kritisiert. Der Zweck der Behörde unter der Britin Catherine Ashton liege „völlig im Dunkeln“. Auffallend viele Beamte stünden in hohen Gehaltsstufen, so verschlängen die 3720 Mitarbeiter 464 Millionen Euro jährlich. Den Schaden hätten die europäischen Steuerzahler. *H.H.*

»Anleihen« bei Guttenberg

Hamburg – Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg ist selbst Opfer eines Plagiators geworden. Der frischgebackene CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Dennis Thiering hat ganze Passagen von Guttenbergs Homepage für seinen eigenen Internet-Auftritt abgekupfert. Nicht nur unter dem Punkt „Tradition und Moderne“ finden sich übernommene Passagen, auch bei der Beschreibung seiner Qualitäten als Politiker hat sich Thiering beim Minister bedient. *J. H.*

ZUR PERSON

Hilfreiches Foto mit Merkel

Am Montag, den 14. Februar gewährte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel dem irischen Ministerpräsidentschaftskandidaten **Enda Kenny** ein Treffen. Wie üblich wurden Pressefotos von dieser Zusammenkunft gemacht, die in Deutschland niemanden interessierten, in Irland dem 59-jährigen Parteichef der Fine Gael aber zwei Wochen später maßgeblich zum Wahlsieg verhalfen.

Denn dieses Foto wurde in Irland so interpretiert, dass Kenny wirklich einen guten Draht zur deutschen Kanzlerin habe und somit sein wichtigstes Wahlversprechen, die Bedingungen für das 85 Milliarden Euro schwere Rettungspaket von Europäischer Union und Internationalem Währungsfonds nachzuverhandeln, erfüllen könne.

Ansonsten gilt der ehemalige Lehrer nämlich eher als blasser Hinterbänkler, weshalb wohl bis vor wenigen Monaten niemand geglaubt hätte, dass er für seine Partei das beste Wahlergebnis seit 1922 erzielen könne. Doch die Bankenkrise öffnete dem dreifachen Vater neue Karrierechancen. Zwar sitzt er schon seit 1975 im Leinster House in Dublin, dem Parlament, doch die meiste Zeit war er, der den Sitz von Vater Henry „geerbt“ hatte, nur in der Opposition. 2002 übernahm er den Vorsitz seiner eher konservativen, zentralistischen Partei, doch die lag nach der Parlamentswahl in dem Jahr dermaßen am Boden, dass seine Konkurrenten um das Amt auch rar waren. Doch mit der Bankenkrise zeigte sich die Regierung in dermaßen schlechtem Licht, dass Kenny, der am liebsten vom Manuskript abliest, mit seinem Versprechen, die Bedingungen des Rettungspaketes mit der in Irland als extrem hartherzig wahrgenommenen EU nachzuverhandeln, gewann. *Bel*





Zeichnung: Mohr

Dr. Dampf

Wie sich alles als schöner Traum erwies, was uns an gewissen Guttenberg-Jägern missfällt, und wie Erdogan die letzten Türken aufrichtet / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Tief in unserem Inneren ahnten wir von Anfang an, dass wir uns das alles nur eingebildet haben: Ein Verteidigungsminister, der näher bei der Truppe zu sein schien als bei seinen Bürokraten und Gremienhengsten. Ein Mann, der Gesicht und Charisma mitbrachte und sogar beim Fehlermachen noch größer aussah als seine Kollegen im größten Triumph. Ein Politiker, dem das wankende „Wohlwollen“ seiner machtbewussten Parteilöwen herzlich schnuppe zu sein schien.

Es war ein wunderschöner Traum, herrlich – bis der Morgen graute und sie uns brutal aus den Federn geschubst haben. Missmutig und tief enttäuscht liegen wir im sumpfigen Grund der Berliner Realität und mustern die Schubser. Es sind Typen dabei, denen wir lieber nie begegnet wären.

Als erster und eifrigster unter ihnen hatte sich Gregor Gysi an die Zerstörung unseres Traums gemacht: „Es wäre besser für ihn, unverzüglich die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten“, giftete der Postkommunist schon am 22. Februar gegen den Minister. Dem Linkspolitiker war es schlichtweg unerträglich, wie die Causa zu Guttenberg das noble Renommee des Doktorgrads besudelte.

Der Herr Gysi ist nämlich selber ein Herr Dr. Gysi und will sich nicht seine eigene Lebensleistung zerzausen lassen. Seine Doktorarbeit von 1975 trägt den Titel „Zur Vervollkommnung des sozialistischen Rechts im Rechtsverwirklichungsprozess“. Darin schreibt uns Doktorand und Genosse Gysi, dass das Rechtssystem der Bundesrepublik ein „Ausdruck der Schwäche des Imperialismus“ sei, andererseits aber auch „Ausdruck der noch vorhandenen Kraftreserven des Imperialismus“. Und „diese Kraftreserven gilt es zu überwinden“, so Gysi, damit die „Scheindemokratie“ BRD verschwinde.

Dieses Meisterwerk kommunistischer Kampfprosa also ist die „akademische“ Basis, von der aus Gysi heute an vorderster Front für die wissenschaftliche Würde des deutschen Doktortitels in die Schlacht stürmt. Selbstverständlich geht es ihm dabei ausschließlich um Glaubwürdigkeit und Anstand. Worum sonst. Ein Magenbitter gefällig?

Warum der Gysi seinen Doktor überhaupt noch hat? Er, und beileibe nicht er allein, hatte gleich zweimal richtig Glück in der Geschichte.

Erstens: Im kommunistischen Propagandadeutsch kann man gar kein „geistiges Eigentum“ stehlen, da konsequente Geistlosigkeit dort Programm ist. Daher diese schrecklich öden, immer gleichen Satzbrocken, die in einer „Doktorarbeit“ ebenso auftauchten wie in der Rede des Genossen Bezirkssekretär zur Eröffnung der Sickergrube „Freundschaft“ anlässlich des 35. Republikgeburtstags.

Zweitens machten es findige Verhandlungsführer während der Beitrittsgespräche zwischen DDR und Bundesrepublik zu einer Sache der Selbstachtung aller Deutschen in der DDR, dass auch die platten Politpamphlete ungeprüft als ordentliche Doktorarbeiten anerkannt wurden.

> Wo Geistlosigkeit Programm ist, kann Diebstahl geistigen Eigentums gar nicht vorkommen

Daraufhin durften die Fachleute für „Wissenschaftlichen Kommunismus“ und ähnlichen roten Dampf Platz nehmen neben den seriösen Wissenschaftlern von Greifswald bis Konstanz. Und deshalb darf heute ein „Dr. Gysi“ hinter dem Herrn zu Guttenberg herlaufen und mit der Würde des deutschen Hochschulwesens auf ihn eindreschen. Noch ein Gläschen?

Wo Frechheit sich als Anstand kleidet, ist sie einfach unwiderstehlich. Was das angeht, war Recep Tayyip Erdogan wie immer glänzend gewandet. Drei Jahre nach seinem letzten Angriff ritt er am Wochenende die zweite Attacke gegen Deutschland auf dessen eigenem Boden.

Erdogan kam tief besorgt nach Deutschland. Offenbar hat er beobachtet, dass sich der eine oder andere Türke regelrecht wohlfühlt bei uns, womöglich sogar freundschaftlichen Kontakt zu Deutschen pflegt. Dagegen ging der türkische Ministerpräsident in Düsseldorf mit feurigem Elan an.

Zunächst einmal machte er seinen begeisterten Zuhörern klar, in was für einem fürchterlichen Staat sie sich befinden: Die Türkei sei die Schutzmacht für die in Deutschland und Libyen lebenden Türken, so Erdogan. Warum ausgerechnet Libyen? Na, weil das ein zurzeit zwischen Chaos und Unterdrückung zerriebenes Land ist, wie Deutschland eben. Nur dass wir weniger Öl, dafür aber umso mehr Ausländerfeindlichkeit haben, die – das hat Erdogan bei der türkeibegeisterten Claudia Roth gelernt – ständig beängstigend zunimmt.

Schrecklich war es allerdings schon immer für die Türken in Deutschland, wusste Erdogan zu berichten. Sie seien vor Jahrzehnten hierhergekommen, wo sie „unter schlimmsten Umständen“ gearbeitet hätten. Aha? Ach deshalb sind sie ja auch bei der ersten besten Gelegenheit zurückgeflüchtet in ihr anatolisches Paradies, aus dem sie fiese teutonische Werber zuvor weggelockt hatten. Und deshalb gibt es heute auch so gut wie keine Türken mehr auf deutschem Boden. Eigentlich. Also, wenn es nach Erdogan geht, jedenfalls.

Den allerletzten 11000, denen die Flucht noch nicht gelungen ist, wollte der Ministerpräsident väterlichen Beistand leisten mit seiner Rede in Düsseldorf. Am schlimmsten sei die „Islamophobie“ der Deutschen, die genauso übel sei wie der Antisemitismus. Ja, die Lage der Menschenrechte im finsteren Germanien. Da versteht Erdogan keinen Spaß. Den „Menschenrechtspreis“, den er erst unlängst von seinem guten Freund Gaddafi überreicht bekommen hat, den hält der Türke hoch in Ehren.

Wegen der unerträglichen Menschenrechtslage soll Deutschland künftig auch nicht mehr allein entscheiden dürfen, nach welchen Kriterien hier eingebürgert wird, so der Gast aus Ankara. Dafür müssten die Deutschen künftig das Placet der türkischen Behörden einholen.

Zur Feier seines Besuchs hatte ihn Kanzlerin Merkel nach der Rede auf der Cebit in Hannover begrüßt, wo die Türkei dieses Jahr „Partnerland“ ist. Erdogan nutzte auch diese Gelegenheit, um den Deutschen einzuschärfen, wer hier Herr und wer dummer Knecht ist. 40 Minuten ließ er die Kanzlerin warten, die da ziemlich belämmert auf dem roten Teppich herumstand.

Als er endlich eintraf, faltete er die Deutsche erst mal zusammen wegen ihrer zögerlichen Haltung zu einem EU-Beitritt der Türkei, um sie dann gleich wieder stehen zu lassen. Für den traditionellen Rundgang war keine Zeit, weil Erdogan zur Beerdigung seines politischen Ziehvaters, des Islamistenführers Necmettin Erbakan, in die Heimat zurück musste. Erbakan ist der Gründer der Islamistengruppe „Milli Görüs“, die auch in Deutschland recht aktiv ist. Ex-„Milli Görüs“-Funktionäre haben bei der Organisation der Duisburger Veranstaltung laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ kräftig mitgeholfen. Es waren ganz gewiss „gemäßigte Islamisten“, die jederzeit zum „Dialog“ bereit sind. Aber das kennen wir ja schon.

Genug Zeit blieb dem Gast hingegen für einen Privatbesuch bei Gerhard Schröder, der sich – wie die Führung der Grünen – noch einmal mächtig für die Interessen seines osmanischen Besuchers ins Zeug legte: Die Türkei müsse als Vollmitglied in die EU aufgenommen werden, alles andere sei „Gerede“, das endlich aufhören müsse.

Da ist sie wieder, diese pitoreske Schwäche vieler deutscher Linker für alle Arten von Nationalismus und Religionseiferei, solange die Nation nicht deutsch und die Religion nicht hiesig ist. Da ist Herr Erdogan natürlich ein geborener Verbündeter.

Für den Ministerpräsidenten war seine Deutschlandattacke jedenfalls ein voller Erfolg. Nicht wenige Deutsche, Türken und Deutschtürken, die den Besuch verfolgt haben, dürften die Nase nun noch ein wenig voller voneinander haben. So klärt, nein, so macht man Fronten. Das mit den „schlimmsten Umständen“, das muss doch hinzukriegen sein, nicht wahr, Herr Erdogan?

MEINUNGEN

__Hans-Olaf Henkel__, langjähriger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), ist der __Verfassungsbeschwerde__ der Europolis-Gruppe __gegen die Hilfspakte zugunsten Griechenlands und Irlands__ beigetreten. In einer Presseerklärung des Konvents für Deutschland e.V. nennt er die Gründe für seine Entscheidung:

„Die Europolis-Gruppe ist die Fürsprecherin bürgerlicher Kontrolle gegen eine Politik der Veruntreuung von Steuergeldern im Namen des Euro. Wenn wir Bürger diese Politik nicht stoppen, die aus der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eine Transferunion macht, hinterlassen die Politiker einen Scherbenhaufen.“

Der Autor __Henryk M. Broder__ berichtet in der „Welt (1. März) von einem __Erlebnis__ am Rande des Auftritts des türkischen Ministerpräsidenten __Recep Tayyip Erdogan__ in Düsseldorf vergangenes Wochenende:

„,Warum gibt es keine deutsche Übersetzung‘ (von Erdogans Rede, d. Red.), frage ich einen türkischen Kollegen auf der Pressetribüne. ‚Integration ist keine Einbahnstraße‘, antwortet der Kollege. ‚Heißt das, ich soll Türkisch lernen?‘ Der Kollege nickt und lacht: ‚Sie haben mich verstanden.‘“

Des Schaffens Krönung

Osama zog einst aus als Geck,
beseelt von Glaubenslehren,
und werkte erst einmal als Zeck
im Pelz des roten Bären.

Von Reagan und dem Vize Bush
gab's reichlich Geld und Segen,
denn ein Dschihad am Hindukusch
kam damals sehr gelegen.

Doch so ist der gerufne Geist
auf den Geschmack gekommen
und hat dann andre Ziele dreist
aufs fromme Korn genommen.

In Afrika, in Übersee,
im Abendlande detto
und in Nahost wie eh und je
empfahl sich sein Libretto.

Ein Glück war's für den
zweiten Bush,
verblaßte dank Bin Laden
ja stets der eigne
Bombenpfusch,
und Dritten blieb der Schaden.

Ganz ähnlich kommen wunderbar
heut' andre über Runden –
und wenn's wo nicht Osama war,
war's wenigst gut erfunden!

Seit langem lebt er nun
versteckt –
vielleicht auch lebt er nimmer,
was manche aber noch
mehr schreckt,
denn sowas wäre schlimmer:

Womit soll künftig man den Fleck
auf eigner Weste decken,
an wem nur säubert man den Dreck
vom eignen krummen Stecken?

Sogar Gaddafis
Intellekt
– das Land geht grad kapores –
hat jüngst den Vielzweckschreck
entdeckt
als Stifter aller Zores!

Doch ob im Paradies bereits,
ob noch in Erdenschwere,
Bin Laden sieht's wohl seinerseits
als Ausdruck höchster Ehre ...

Pannonicus